

Preußen immer mehr gedrängt wurden. Ja, den preussischen Agrariern ist es überhaupt zuzuschreiben, daß die preussische Regierung den Entwurf eingebracht hat. Denn das preussische Gesetz vom 1. April 1910 (den Bau des Rhein-Weserkanals betreffend) bestimmt im § 10 ausdrücklich, daß auf den im Interesse der Schifffahrt regulierten Flüssen Abgaben zu erheben sind. Ja, die Junker haben sogar die Inbetriebsetzung der neuen Kanäle an die Einführung von Schifffahrtsabgaben gebunden. Sie haben damals unter anderem geltend gemacht, daß die Abgabefreiheit auf dem Rhein, der Weser (ausgenommen der Unterlauf) und der Elbe eine Ungerechtigkeit, eine Verletzung des Prinzips „Jedem das Seine!“ zum Nachteil des Ostens darstelle, denn die märkischen Wasserstraßen brachten jährlich 3,7 Millionen Mark, während die Rheinschiffer, trotz der besseren Wasser-Verhältnisse des Rheins, nichts zu zahlen hätten. Daß bei einer Reihe anderer wirtschaftspolitischer Maßnahmen der agrarische Osten gegenüber dem industriellen Westen, so durch die Getreidezölle, das Ausfuhrschiffsystem, die Branntweinlicenzabgaben, hervortragend begünstigt wird, davon hat man wohlwollend nicht gesprochen!

Als weiteres durchschlagendes Argument gilt für die Regierungen und für die ost- und westdeutschen Agrarier der Hinweis auf die Ertragnisse der Eisenbahnen. Wenn — so wird argumentiert — die Eisenbahnen dem Staate hohe Ueberschüsse bringen, sie also mit einer Verkehrssteuer belastet sind, weshalb soll man dann die Benutzer der Wasserstraßen anders behandeln und soll ihnen nicht wenigstens die Kosten, welche die Instandhaltung und der Ausbau der Wasserstraßen verursacht, auferlegen. Daß die Eisenbahnen, denen bei der Güterbeförderung durch die Schifffahrt auf einzelnen Strecken eine beschränkte Konkurrenz gemacht wird, dem Staate gehören, ist für die verkehrsfeindlichen Agrarier und für die Regierung natürlich ein weiterer Grund für die Belastung des Verkehrs auf den Wasserstraßen. Das Letztbegründete bei der ganzen Aktion ist bei Preußen immer, dadurch Geld in die Staatskasse zu bringen; diese Aussicht hat auch die anderen beteiligten Bundesstaaten veranlaßt, ihren Widerspruch aufzugeben, nachdem feststand, daß sie an den Einnahmen partizipieren. Es sollen nämlich für die Stromgebiete des Rheins, der Weser und der Elbe Strombauverbände gebildet werden. Jedem Strombauverbände würden die Ertragnisse aus seinem Verbandsgebiet zufließen und in seinem Bezirk wieder verwendet werden.

Eine sehr wesentliche Belastung wird durch die Schifffahrtsabgaben das Getreide erfahren, das selbstverständlich in die höchste Klasse eingereiht werden wird. Die Mannheimer Handelskammer berechnete in ihrem letzten Jahresbericht, daß bei einem Durchschnittsatz von 0,04 Pf. der deutsche Rhein, wenn im Jahre 1908 die Schifffahrtsabgaben schon wären erhoben worden, 3.139.000 Mark hätte aufbringen müssen, wovon auf den Pfah Mannheim allein 1.268.004 Mark entfallen wären. Hieran würden beteiligt sein: das Getreide mit 483.748 Mark, Steinkohlen mit 304.830 Mark, Holz mit 126.734 Mark, Petroleum mit 72.147 Mark, Salz mit 54.271 Mark, Seifen mit 40.075 Mark, Oel mit 33.231 Mark, Wehl mit 33.062 Mark und so weiter. Mit der Zunahme des Güterverkehrs, der durch die Bevölkerungszunahme von selber bedingt ist, würden die Einnahmen natürlich entsprechend steigen. So berechnet der Arbeitsausschuß der Rheinschifffahrtsinteressenten, daß im Jahre 1920 der Zweckerband des Rheins eine Einnahme von 7 Millionen Mark haben werde.

Da die Schifffahrtsabgaben eine Versteuerung der Getreidefrachten auf den drei Hauptflüssen Deutschlands zur Folge haben und hier von ausschließlich vom Ausland eingeführtes Getreide betroffen wird, so bedeutet ihre Einführung einen erhöhten Zollsatz, bedeutet von neuem eine Versteuerung des Protes und anderer Importartikel. Daß das auch die Absicht der Großagrarien ist, darüber haben dieselben bei der Beratung der Kanalvorlage im Preussischen Abgeordnetenhaus und auch bei anderen Gelegenheiten keinen Zweifel gelassen. In dem Kommissionsbericht des Dr. Am. Behnke ist damals ganz offen gefordert worden, daß der Staat der Landwirtschaft mit hohen Schifffahrtsabgaben zu Hilfe kommen müsse, denn der Rhein sei ein Einfallstor, dessen Geschäftlichkeit durch den an ihn anzubauenden Kanal noch erheblich vermehrt werde.

Bei der Zusammenkunft des Reichstages wird man damit rechnen müssen, daß die Vorlage der Regierung angenommen wird. Der schwarze Wolk, der der Regierung die neuen Reichssteuern bewilligt hat, wird auch den hier beteiligten Bundesstaaten auf dem Umwege über den Reichstag neue Landessteuern bewilligen. Denn darauf läuft die Einführung von Schifffahrtsabgaben doch schließlich hinaus, schon weil der Ausbau der Wasserstraßen doch schließlich aus Landesmitteln in absehbarer Zeit hätte erfolgen müssen, und dann, weil aus den Ertragnissen aus Abgaben, so die Instandhaltungskosten der Damm- und Wehrbauten, sowie der Schleusen usw. bestritten werden sollen, die bisher von den angrenzenden Bundesstaaten zu decken waren. Möglich, ja sehr wahrscheinlich, daß die ganze Aktion auch noch zu unliebsamen diplomatischen Verwicklungen führt, weil auf dem Rhein nicht ohne die Zustimmung der holländischen und auf der Elbe nicht ohne Zustimmung der österreichischen Regierung Schifffahrtsabgaben eingeführt werden können. Die Vorlage bestimmt deshalb auch keinen Termin für das Inkrafttreten, sondern sie will das dem Bundesrat überlassen; man muß erst die eingegangenen Verträge lösen. Ob das der Regierung, ohne die deutschen Interessen auf anderen Gebieten zu schädigen, gelingen wird, muß nach dem bisherigen Verhalten Hollands und Oesterreichs in dieser Frage als ausgeschlossen gelten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. November 1910.

Fortsetzung der Notstandsdebatte.

Aus dem Reichstage, 24. November. Als Hohentlobes seliger Erbe ging heute der freikonservative Landgerichtsrat Schulz (Wormberg) aus der Wahlurne hervor und erhielt bald Belegenheit, sein Amt als zweiter Vizepräsident auszuüben. Der Schnapsblod hatte für ihn 188 Stimmen abgegeben. Genosse Singer erhielt 52 Stimmen, so daß außer den Sozialdemokraten auch einige bürgerliche Abgeordnete für ihn gestimmt haben müssen. Die Nationalliberalen und Freisinnigen gaben weisse Zettel ab.

Dann nahm die Notstandsdebatte ihren Fortgang. Nur der freisinnige Redner Dr. Wiemer stellte sich dabei gleich den Sozialdemokraten auf dem Standpunkt, daß eine wirkliche Not besteht und daß alle Mittel zu ihrer Erleichterung ergriffen werden müßten. Dem Staatsminister Desbrück hielt er vor, daß er als Oberbürgermeister von Danzig auf dem Städtetage eine Auffassung über den Notstand kundgegeben habe, die im Gegensatz stehe zu seinen Ausführungen in dieser Debatte, ganz wie Miquel aus einem

Oberbürgermeister sich zum Liebling der Agrarier durchgemauert habe.

Nach Wiemer kamen dann nur noch Agrarier zum Wort: der freikonservative Herr v. Camp und der Antifreitler Berner, dann auch der nationalliberale Paasche, dessen Auffassung sich nur in Nuancen von denen der Landbändler unterschied. Herr Trimborn, der als zweiter Redner der Zentrumspartei wider allen Brauch innerhalb der ersten Serie zum Wort gelassen wurde, schloß die Debatte mit Bejagen die schutzöllnerischen Auffänge verschiedener Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ gegen die Sozialdemokratie aus. Selbst hing er dann dem agrarischen Hauptteil seiner Rede ein antiagrarisches Schwänzen an, das wohl als Köder für die katholischen Industriearbeiter in Rheinland-Westfalen gute Dienste tun soll.

Nach ihm gab der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer eine kurze Erklärung ab, die natürlich darauf hinauslief, daß es bleibt, wie es ist. Die einmütige Unterstützung der agrarischen Mehrheit erleichterte den Ministern, sich so leichten Laufs aus der Affäre zu ziehen. Schließlich hielt auch noch der Dr. Koeside vom Bund der Landwirte eine endlose Rede, in der abermals die Schutzöllner der „Sozialistischen Monatshefte“ gegen die sozialdemokratische Notstandsbelempfung ausgehollert wurden.

Dann wurde die Debatte auf morgen vertagt. Nachher soll die Interpellation wegen der Kaiserreden an die Reihe kommen.

Aus dem Seniorenkonvent des Reichstages.

Der Seniorenkonvent des Reichstages entschied sich am Donnerstag über die Einleitung der Geschäfte des Reichstages bis zu den Weihnachtstagen. Freitag soll die sozialdemokratische Interpellation über die Kaiserreden auf die Tagesordnung kommen. Nach Erledigung derselben wird die Interpellation über Pensionsversicherung der Privatangestellten zur Besprechung gelangen; nach dieser die Interpellation zum Kampf gegen die Nebelhändler. Sollte bis Sonnabend diese Tagesordnung erledigt werden können, dann wird am Montag die Beratung des Gesetzentwurfs über die Schifffahrtsabgaben auf die Tagesordnung kommen. Danach wird das Kurpfuschereigesetz beraten. Es soll aber in nächster Woche ein Schwesterntag abgehalten werden. Ferner soll dann bis zum 7. Dezember zur Beratung gelangen: Der Gesetzentwurf über Arbeitskammern, die Strafgesetznovelle und Rechnungssachen. Am 8. Dezember fällt die Sitzung aus, weil katholischer Feiertag ist. Am 9. Dezember soll die Beratung des -Stabs beginnen, die jedenfalls bis zum 15. Dezember der Reichstag in Anspruch nehmen wird. Dann soll die Vertagung des Reichstages vom 15. Dezember bis 10. Januar erfolgen. Am 1. Dezember, dem Tage der Volkssitzung, findet Sitzung statt. Vor Weihnachten sollen keine Sitzungsfreie Tage gewährt werden, sollte sollen die Sitzungen Sonnabends 11 Uhr und Montags 2 Uhr beginnen. Auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter wird eine neue Berechnung der Einnahmen für die neu zu wählenden Kommissionen nach der jetzigen Stärke der Fraktionen aufgestellt.

Eine Sammelrede des Herrn von Heydebrand.

Auf dem Parteitag der westfälischen Konserwativen, der am 23. November in Herford stattfand, hielt Herr v. Heydebrand eine Rede, in der er für eine Einigung aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie oder, um es anders auszudrücken, um ein Zusammengehen aller Ausbeuter-schichten zur Niederhaltung der Arbeiterklasse warb.

Herr von Heydebrand hatte allen Schichten und Parteien des Bürgertums manderlei Verbindliches zu sagen. Die konfessionellen Gegensätze erschienen ihm „keineswegs als Unflut“, denn sie hinderten ja nicht, daß Katholiken und Protestanten, ultramontane und konservative Agrarier in wirtschaftlichen und politischen Fragen Hand in Hand gingen. Konservative und Zentrum trenne wohl manches, aber stärker sei doch das — Einigende in dieser Zeit der Glaubenslosigkeit“. Gegen den Vorwurf, daß die konservative Partei dem Bund der Landwirte hörig sei, verwahrte sich Herr von Heydebrand dadurch, daß er ein hohes Loblied auf den Bund der Landwirte anstimmte, dessen „hohe Bedeutung für die deutsche Landwirtschaft und die nationale Sache“ die konservative Partei „besonders freudig anerkenne“. Auch sei es „gänzlich unwar“, daß der Bund der Landwirte „auf Kosten anderer Stände Sonderprivilegien erstrebe“. Andererseits anerkenne die konservative Partei auch durchaus die Interessen der Industrie. Sie werde sich stets verpflichtet fühlen, auch für ihre Lebensbedingungen einzutreten, vornehmlich in Form von Schutzzöllen. Auch das Handwerk wurde der liebevollen Fürsorge der Konserwativen versichert und freundlichst aufgemuntert, doch „alle seine Forderungen genau zu formulieren“ und „genau die Hilfe zu bezeichnen“, deren es bedürfe. Es sei keineswegs konservative Anschauung, daß das Billigste deshalb genommen werden müsse, weil es das Billigste sei.

Während so alle bürgerlichen Schichten eitel Anerkennung und Aufmunterung erfuhren, fiel für die Arbeiter nichts ab als die Warnung vor allzu großer Begehrlichkeit! Die Vereinfachung der Arbeiterkraft, führte Herr von Heydebrand nach der offiziellen Inhaltsangabe seiner Rede durch eine Extraausgabe der „Konservativen Korrespondenz“ aus, sei eine reizvolle Aufgabe gerade für die christlichsozialen Parteien. Nur dürfe diese nicht in der Wahl ihrer Mittel zu weit gehen und nicht die Interessen der Arbeitnehmer ausschließlich voranstellen. Also die Handwerker wurden geradezu aufgefodert, nur ja ihre Wünsche genau und deutlich auszusprechen, dem Bund der Landwirte wurde nachgerühmt, daß er nie auf Kosten anderer Stände Sonderprivilegien erstrebt habe — aber die Christlichsozialen (!) wurden ausdrücklich gewarnt, es in Vertretung der Arbeiterinteressen nur ja nicht an der gegemündenden Verschiedenheit fehlen zu lassen!

Die Sammlung aller bürgerlichen Elemente des gesamten Arbeitgebertums gegenüber der arbeitenden Klasse wurde dergestalt von dem konservativen Führer als Wahlparole ausgegeben. Diese Parole ist ja nicht gerade neu. Aber die Arbeiterklasse darf gleichwohl erwarten, daß ihr bei den Wahlen die ungeheure Mehrheit aller bürgerlichen Elemente folgen wird!

Ultramontane Scharfmacherhege.

Die historischen Reminiszenzen, die wir in der Nr. 272 des „Vorwärts“ zu dem Thema „Die Kultur entsteht“ dem Zentrum ins Gedächtnis zurückrufen, schienen, auf einen Teil der Zentrumspresse wenigstens, ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben. Die „Kölnische Volkszeitung“ wenigstens erklärt, daß eine parteipolitische Zuschlagung der Moabitischen Vorkommisse, der die tatsächliche Grundlage schlie, in der Tat unter allen Um-

ständen verwerflich sei. Sollte sich ergeben, daß die ersten Berichte die Angelegenheit zu sehr aufgebauscht hätten, so werde das nach Abschluß der Verhandlung festzustellen sein und auch festgestellt werden.

Wenn das Kölnische Zentrumorgan eine parteipolitische Zuschlagung der Vorkommisse für verwerflich erklärt, so hätte sich doch die Zentrumspresse auch peinlich davor hüten müssen, vor der gerichtlichen Feststellung die mehr oder minder parteipolitischen Torturmaßnahmen nicht nur wiedergzugeben, sondern auch auf Grund dieser phantastischen Erzählungen obendrein die Sozialdemokratie in der unerhörtesten Weise zu verunglimpfen. In Wirklichkeit aber hat die führende Zentrumspresse in nächster Sozialistenhege mit der „Post“ und der „Deutschen Tagesztg.“ geradezu gewetteifert! So wagte die „Germania“ am 1. November 1910 zu behaupten, daß die Polizei in Moabit wohl nicht mit der nötigen Entschiedenheit vorgegangen zu sein scheint: „Man kann ein rücksichtsloses Einschreiten gegen den sozialistisch verfauchten Mob nur wünschen...“ „Doch ein Unschuldiger bei einem Atawall auch einen Hieb abbekommt, läßt sich gar nicht vermeiden“. Und die „Kölnische Volksztg.“ selbst schrieb am 30. Oktober über die Vorgänge auf dem Wedding, es hätten sich im Zentrum der Berliner Arbeiterviertel „ein paar Tausend streikende Arbeiter mit ihren Gesinnungsgenossen angeammelt, um als revoltierende Massen gegen Eigentum und Ordnung, gegen Gesetz und staatliche Autorität anzustürmen.“

Und einer solchen, die parteipolitischen Verichte noch über-trumpfenden Darstellung machte sich das rheinische Zentrumorgan schuldig, trotzdem durch die Darstellungen des „Vorwärts“, die sich auf detaillierte Mitteilungen stützten, die auch in mehreren bürgerlichen Blättern ihre Bestätigung gefunden hatten, erwiesen worden war, in welcher unerhörten Weise die parteipolitischen Verichte schon die Vorgänge in Moabit aufgebauscht hatten?

Die parteipolitische Vertuschung des Zentrums liegt eben darin, daß es die infame Scharfmacherhege gegen die Sozialdemokratie mitmachte, obgleich es sich dabei nur auf die offiziellen Schaner-geschichten stützen konnte, während doch der Fall Kaufmann und die Wapinger-Affäre dem Zentrum hinlänglich beweisen mußten, welche schamlose Verleumdung und Verdächtigung ein Scharfmacherküngel politischen Gegnern gegenüber fähig ist!

Korfauly als Märchenerzähler.

Die ehemals feindlichen Völker Kapieralski und Korfauly hatten am Vortage die Vertrauensmänner ihrer beiden Parteien zusammengerufen, um sich von diesen die vollzogene Einigung nochmals sanktionieren zu lassen. Das ist beiden anscheinend vortrefflich gelungen, denn die Vertrauensleute sollen Korfauly vor Freuden auf den Schultern getragen haben. Aber nur mit einem Schwindel hat man das fertig bringen können. Nach dem „Ober-schlesischen Kurier“ hat Korfauly in der fraglichen Konferenz wörtlich folgendes ausgeführt:

„... Die Verichte von den kolossalen Unterschlagungen meines Verlagunternehmens sind eine Fabel. Wohl haben mir die Sozialdemokraten im letzten Augenblick ihre Hilfe angeboten, aber unter der Bedingung, daß ich Oberschlesien verlasse, mich von jeder Arbeit zurückziehe und mein Mandat niederlege. Diese Bedingungen habe ich nicht angenommen. (Lebhaftes Bravo! und Sehr richtig!) Ich habe mich dann mit Kapieralski verbunden.“

Wenn der Bericht des ober-schlesischen Zentrumblattes stimmt und daran ist wohl kein Zweifel, dann hat Korfauly eben wieder einmal unterschwatzt gelogen. Weder die ober-schlesische Bezirks-Parteileitung, noch überhaupt ein Genosse in führender Stellung hat jemals mit Korfauly überhaupt gesprochen, viel weniger erst ihm ein solches Angebot machen können. Korfauly konnte mit dieser lägenhaften Darstellung nur bezwecken, seine etwa wegen der Verbrüderung mit Kapieralski noch nicht ganz beruhigten Anhänger zu verführen.

Die Reichsversicherungskommission.

nam in ihrer Donnerstagssitzung die See-Unfallversicherung nach den Beschlüssen der ersten Lesung an. Die geringfügigen Änderungen waren ausschließlich redaktioneller Natur. In der Freitagssitzung wird mit der Beratung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung begonnen.

Spaltung der liberalen Rathenfraktion in München.

Während die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei für die Reichstagswahl ein Wahlbündnis für ganz Bayern getroffen haben, ist gleichzeitig eine Spaltung in der liberalen Rathenfraktion in München eingetreten. Die Jungliberalen haben sich von den Altliberalen getrennt. Wie man hört, ist die Ursache des Konfliktes die Art, wie die Jungliberalen die Interessen der städtischen Angestellten zu vertreten und dabei die Sozialdemokraten zu übertrumpfen suchen. Der jungliberale Gemeindevoll-mächtigte (Stadtverordnete) Zehle, der zugleich städtischer Beamter ist, soll im Rathaus ein förmliches Beschwerdebureau für die Angestellten der städtischen Straßenbahn eingerichtet haben. Nun hat er neuerlich einige Beschwerden vertreten, die nach Auffassung des Magistrats ganz unholdbar sind. Der Oberbürgermeister erklärte, so könne es nicht weitergehen, da die Disziplin in beständiger Weise gelockert werde. Am Mittwochabend ist es deshalb zu heftigen Auseinandersetzungen in der liberalen Fraktion und schließlich zur Sezession der Jungliberalen, denen sich der Demokrat Dr. Daidde anschloß, gekommen.

Geradezu tragikomisch ist das Schicksal der drei Demokraten, die dem Münchener Magistrat und dem Gemeindevollmögium angehören. Der eine ist bei den Altliberalen geblieben, der zweite ist zu den Hausagrarern übergegangen und der dritte hat sich nur den Jungliberalen angeschlossen.

Bruh und Ziman.

Der Verein „Berliner Presse“ hat in seiner letzten Sitzung einstimmig folgende Resolution angenommen:

„In dem Prozeß gegen den Herausgeber der Wochenzeitschrift „Wahrheit“, Wilhelm Bruh, sind sowohl vom Gerichtshof, wie von den Sachverständigen und den Verteidigern Anschauungen über die deutsche Presse bekundet worden, die der Verein „Berliner Presse“ auf das entschiedenste als unzutreffend zurückweisen muß. Insbesondere lehnt der Verein jeden Versuch ab, die redaktionellen Eigenschaften der „Wahrheit“ mit denjenigen der deutschen Presse und ihrer Redaktionen zu identifizieren. Der Verein kann deshalb auch die Ausführungen des als Sachverständigen über Redaktionsführung und Inhalt der „Wahrheit“ benannten Schriftstellers als zutreffend nicht anerkennen.“

Eine Dhrseige für den Sachverständigen, Herrn Ziman.

v. Gerlach eymittiert.

Der liberale Verein in Marburg, der Liberale aller Schattierungen, auch solche von der Freischeid-Gruppe umfaßt, hat beschlossen, den Herrn v. Gerlach bei den nächsten Reichstagswahlen nicht wieder aufzustellen.

Frankreich.

Bürgerlicher Terrorismus.

Paris, 24. November. Nach einer Meldung aus Rouen hat der dortige Bürgermeister den Verwaltungsrat der Arbeitsbehörde aufgefordert, den Sekretär Lortou zu entlassen, da er dem Allgemeinen Arbeiterverband angehöre, der eine ausschließlich revolutionäre Tätigkeit entfalte. Falls Lortou seines Postens nicht enthoben würde, würde der Arbeitsbehörde die ihr von der Stadt bisher bewilligte Geldunterstützung entzogen werden.

Portugal.

Eine Demonstration gegen die Regierung.

Lissabon, 24. November. Mitglieder revolutionärer und republikanischer Vereine und Klubs zogen gestern Abend mit Musik und Fahnen vor den Sitz des republikanischen Parteidirektoriums, um ihre Sympathie mit den Parteileitern kundzutun. Es heißt, daß die Kundgebung den Charakter einer gewissen Opposition gegen die provisorische Regierung gehabt habe. Das Haupt der Revolutionäre Machado dos Santos bringt in seinem Parteiorgan eine unerkennbare Gegnerschaft gegen gewisse Handlungen der Regierung zum Ausdruck.

England.

Der Wahlaufbruch der Sozialdemokratie.

London, 23. November. Die sozialdemokratische Partei veröffentlicht ein Manifest mit heftigen Angriffen gegen beide Parteien. Das Manifest erklärt, die Liberalen seien noch heuchlerischer und verräterischer als die Konservativen und fordert die Angehörigen der Partei auf, beide kapitalistische Parteien stets zu bekämpfen, diesmal aber gegen die am Auser befindlichen Männer zu stimmen, welche die Angriffe auf die politischen Bestrebungen der Trades Unions unterstützt hätten.

Aus dem Parlament.

London, 23. November. Das Oberhaus setzte seine Beratungen bis zu später Stunde fort unter immer geringerer Anteilnahme des Hauses. Der Erzbischof von York tadelte die Regierung wegen der Haft, mit der sie die Frage vor das Volk gebracht habe. Nach weiterer Debatte wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Das Unterhaus hat die dritte Lesung der Finanzbill nach kurzer Debatte angenommen.

Die Frauenrechtlerinnen.

London, 24. November. Die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, die am Freitag verhaftet worden waren, sind ohne Vernehmung von Zeugen auf Anordnung des Ministers Churchill in Freiheit gesetzt worden, da sie nur der Behinderung des öffentlichen Verkehrs angeklagt waren. 52 Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, die angeklagt waren, Fenster zertrümmert und Polizeibeamten angegriffen zu haben, wurden zu Geldstrafen und zwar größtenteils zu einer solchen von 5 Pfd. Straf. oder zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Viele von den Verurteilten zogen die Gefängnisstrafe vor. Die Frauen, die gestern morgen die Wohnung des Präsidenten des Ministerrats angegriffen hatten, erschienen ebenfalls vor dem Polizeigericht in Bowstreet. Der Richter betonte, daß das Zurückziehen der Anklagen eine Ermüdung zu weiteren Gewalttätigkeiten bedeute.

Gegen die Deutschenhege.

London, 23. November. Lloyd George hielt heute in St. Pancras eine Rede, die beständig von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, die bis auf das Dach gestiegen waren, unterbrochen wurde. Der Minister wies darauf hin, daß der auswärtige Handel um 90 Millionen Pfund während des Jahres gestiegen sei, und erklärte, es sei eine bemerkenswerte Tatsache, daß Großbritannien mehr wie je zuvor an Deutschland verkaufe. „Ich wundere mich“, fuhr der Minister fort, „warum der böse Deutsche unsere Waren kauft. Sie können überzeugt sein, daß die gelbe Presse irgendwelche unheilsollen Beweggründe entdehnt wird. Wir haben in diesem Jahre mehr Messerschmiedewaren nach Deutschland verkauft als je zuvor. Was wollen die Deutschen damit? Natürlich um den Hals damit abzuschneiden!“ (Lautes Gelächter.) Lord Lansdowne's Plan bedeute, daß die Demokratie durch eine lange Stange ferngehalten werden solle, so daß sie nicht heissen könne. Die Rederei über gemeinsame Sitzungen und Konferenzen sowie über ein Referendum sei reiner Unsinn. Das Referendum bedeute, daß die Wählerschaft aufgefordert werden solle, über jede liberale Vorlage ihr Urteil abzugeben, und weiter bedeute es, daß die Partei der Reichen die Demokratie durch das Gewicht ihres Geldes allein erdrücken werde. Diese Vorschläge seien lediglich ausgenommen, um das Unterhaus zu beschimpfen und herabzuzuwürdigen, dadurch, daß man seine Autorität verringere.

Rußland.

Neue Studentendemonstrationen.

Petersburg, 24. November. Am frühen Nachmittag sammelten sich auf dem Reimski-Prospekt zwischen der Kasankathedrale und der Polizeibehörde einige tausend Studenten und Studentinnen, wodurch der Verkehr gestört wurde. Ein zufällig vorbeimarschierendes Infanterieregiment sowie eine Kosakenjunta drängten die Menge in die angrenzenden Straßen. Die berittene Polizei versperrte die Zugänge zum Reimski-Prospekt. Die Menge verließ sich allmählich, besonders, da durch Absperrung der Nikolai-Brücke Zugang von Studenten aus dem Stadtteil Wasiljewski Ostrow verhindert wurde. Später besetzte ein Student an einem Zeitungskiosk gegenüber der Kasankathedrale eine schwarze Fahne mit der Aufschrift: Fort mit der Todesstrafe! Fahnen mit derselben und mit der Aufschrift: Ich kann nicht schweigen! tauchten verschiedentlich in der Menge auf. An verschiedenen Stellen griff die berittene Polizei mit blanker Waffe ein und drängte die Menge zum Nikolai-Bahnhof zurück. Am Antischlow-Palais sang die Menge das Lied: Ewiges Gedächtnis und einen Trancemarsch. Bei der Säuberung der Straßen sind einige Verletzungen vorgekommen. Die Ruhe ist vollkommen wieder hergestellt.

Mexiko.

Die revolutionäre Bewegung.

London, 24. November. Die revolutionäre Bewegung hat einen sehr ersten Charakter angenommen; besonders in den nördlichen Provinzen ist die Lage eine sehr kritische. Zahlreiche Indianer befinden sich auf dem Kriegspfade. Madero, der Führer der Insurgenten und Präsidentschaftskandidat, befindet sich in der Provinz Coahuila an der Spitze von 600 Mann. Seine Streitkräfte sind in rascher Zunahme begriffen, auch verfügt er über zwei

Beschüge. Die Kämpfe in Chihuahua und in den Zentralprovinzen scheinen sich zu befestigen. In Pachuca sind Maueranschläge angebracht worden, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, den Präsidenten Diaz sowie seine amerikanischen Freunde zu ermorden. Aus der Stadt Mexiko liegen nur wenige Nachrichten vor. Wie der Korrespondent der „New York World“ meldet, herrscht in der Hauptstadt Ruhe, jedoch macht sich auch dort eine große Spannung bemerkbar; Kavalleriepatrouillen durchziehen die Stadt. Die Telegraphendrähte im Norden der Stadt sind abgeschnitten. Man versichert, daß ein Teil der Truppen zu den Revolutionären übergegangen ist.

Die Regierung läßt dagegen offiziell erklären, daß die Unruhen unsinnig übertrieben und sie wieder Herr der Lage sei.

Madero Gegenpräsident.

New York, 24. November. Madero proklamierte sich als Präsident der provisorischen Regierung Mexikos und fordert seine Anhänger auf, etwas gegen die Ausländer zu unternehmen.

Brasilien.

Meuterei der Flotte.

In der Hauptstadt Brasiliens sind ernste Unruhen ausgebrochen. Eine offiziöse Meldung aus Rio de Janeiro berichtet, daß die Mannschaften der meisten Schiffe der Flotte gestern Abend gemeutert haben. Es scheint sich um eine Insubordination ohne politischen Charakter zu handeln. Doch spricht eine andere Meldung offen von der revolutionären Bewegung, deren Zweck der Sturz des neugewählten Präsidenten Hermes da Fonseca sei. Die Mannschaft zweier Kriegsschiffe habe gemeutert und die Offiziere ermordet. Sie verlangen Solderhöhung und Abschaffung der körperlichen Bückigung. Auf die Stadt wurden Kanonenschüsse abgegeben. Die Lage sei ernst und der Handel stocke. Es seien jedoch zwischen Seemoffizieren, die sich an Land befinden sollen, und den Meuterern Verhandlungen im Gange. Da strenge Telegramenzensur geübt wird und die Regierung bestrebt ist, die Lage möglichst günstig darzustellen, läßt sich der Charakter der Bewegung schwer erkennen.

Abflauen der Bewegung.

Rio de Janeiro, 24. November. Die Nacht ist ruhig verlaufen. Die Schiffe der Meuterei warten außerhalb der Barre auf einen Amnestiebeschluss des Kongresses, der um 1 Uhr nachmittags zusammentreten wird. Alles läßt erwarten, daß die Lage sich bessert.

Aus der Partei.

Die Einäscherung der Genossin Julie Bebel findet bereits am heutigen Freitag statt. Die Hinterbliebenen bitten, von Blumen- und Kondolenzbesuchen Abstand nehmen zu wollen.

Das Partei- und Gewerkschaftshaus in Hannover.

Ein neues eigenes Heim besitzt jetzt auch die hannoversche Arbeiterschaft. In ganz kurzer Zeit schon wird der Bau völlig beendet sein. Es ist gelungen, ein Grundstück an einem der belebtesten Punkte der Stadt zu erwerben. Die Gesamtausgaben für den Neubau, mit dem im Sommer 1906 begonnen wurde, werden circa 1 500 000 M. betragen, wovon 615 000 M. auf den Ankauf des rund 5100 Quadratmeter großen Bauplatzes entfallen.

Energisch sich in die Höhe redend, erhebt sich der massige Bau über die umliegenden Häuser, ein Schmuck für die Gegend. Die Hauptfassade nach der Nicolaisstraße zu ist aus gelbem Sandstein hergestellt und nur mit wenig figurlichem Bildwerk über dem Portal versehen. Das Vorderhaus hat eine besonders geschmackvolle Inneneinrichtung aufzuweisen. Aber auch im Mittelhaus hat man es nicht an kunstvoller Ausstattung fehlen lassen, ebenso wie in der sich anschließenden Herberge. Überall weite, helle Arbeitsräume, denen durch eine technisch vollkommene Ventilationsanlage ständig frische Luft zugeführt wird. Zentralheizung und elektrische Beleuchtung erhöhen die Annehmlichkeit. Eine eigene elektrische Kraftanlage erzeugt die für Arbeits- und Beleuchtungszwecke erforderliche Energie. In den unteren Räumen des Vorderhauses befinden sich außer der Expedition des „Volkswillens“ und der neueröffneten Volksbuchhandlung die Restauration, welche, mit gediegener Ausstattung versehen, den Gästen angenehmen Aufenthalt gewährt. In das Restaurant schließt sich der Speisesaal an, der auch für Vorträge und Sitzungen bestimmt ist. In den drei oberen Geschossen befinden sich die Redaktion des „Volkswillens“, das Arbeiter- und Gewerkschaftssekretariat, das Bureau des Sozialdemokratischen Wohlbereins, dem augenblicklich gegen 19 000 Mitglieder angehören, sowie die Bureau sämtlicher Gewerkschaften, die insgesamt rund 88 000 Mitglieder zählen.

In der am Sonntag dem Verkehr übergebenen öffentlichen Lesehalle stehen dem Leser neben den 100 Zeitungen aller politischen Parteien etwa 75 Zeitschriften sowie eine Handbibliothek zur Verfügung.

Kein Geldopfer hat man gescheut, alle Einrichtungen in diesem Zentralpunkt der hannoverschen Arbeiterbewegung den Anforderungen der Zeit entsprechend zu gestalten. Auch für die Druckerei, die gegenwärtig täglich den „Volkswillen“ in einer Auflage von 31 800, den „Proletarier“ einmal wöchentlich in einer von 168 000 Exemplaren zu drucken hat, sind bedeutende Neuanschaffungen gemacht. Eine neue 32seitige Rotationsmaschine, eine neue Schnellpresse und mehrere neue Segmaschinen vervollkommen fortan die technische Ausrüstung.

In dem massiven Gebäudekomplex, der sich bis zur Dornstraße erstreckt, ist getrennt von den anderen Räumlichkeiten, die Herberge untergebracht. In den weiten Schlafsälen und den einzelnen Fremdenzimmern sind mehr denn 100 Betten aufgestellt; die unteren Räume sind mit Badeeinrichtungen versehen. Eine musterghätige Einrichtung, die allen hygienischen Anforderungen gerecht wird. — Ueber die vorzügliche Einrichtung hat selbst die Polizei bei der Bestätigung ihre Bewunderung ausgesprochen, und auch der erbitterte Feind gesteht die Vortrefflichkeit der Herberge zu.

Rit Stolz kann die hannoversche Arbeiterschaft auf ihr neues Heim blicken, das ein Werkzeichen organisatorischer Zusammenfassung der Arbeiterschaft darstellt.

Gemeindevahlerfolge.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Mainz wurde der seit herige Besitzstand der Sozialdemokratie gewahrt. Wir hatten einen Stimmenzuwachs von 800, obgleich wegen Steuerzuschüssen 1000 Wähler zurückgewiesen wurden.

Die Stadtverordnetenwahlen in Worms ergaben die Wahl der Kandidaten des schwarzen Blocks. Unsere Kandidaten vereinigten auf sich 600—700 Stimmen mehr als bei der vorigen Wahl.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Gießen wurden zwei Sozialdemokraten gewählt, von denen einer neu gewählt ist.

In Hohenlimburg (Kreis Arnsberg) siegte bei der Stadtverordnetenwahl die Liste der vereinigten Sozialdemokraten und Demokraten über die Liste der vereinigten Freisinnigen, Nationalliberalen und Liberalen. Es wurden ein Sozialdemokrat und ein Demokrat gewählt.

In Schönbade, einem Industrieort, in dem die Gelben besondere Anstrengungen machten, siegte die sozialdemokratische Liste mit 300 Stimmen; die Gelben brachten es nur auf 100.

In Neuhäusen im Erzgebirge gewannen wir in der 3. Klasse ein Mandat neu.

In Eschberg gewannen wir zwei neue Mandate.

In Hohenstein-Ernstthal gewannen wir drei und in Stolberg ebenfalls drei Mandate.

Die Gemeindevahlergebnisse in Köppelsdorf i. Thür. ergab die Wahl von zwei Sozialdemokraten. Im Gemeinderat sitzen nunmehr fünf Genossen.

In Tilsit vereinigten sich auf die sozialdemokratischen Kandidaten 500 bis 528 Stimmen; es ist Stichwahl notwendig, doch ist und ein Mandat sicher, da zwei Genossen gegeneinander in die Stichwahl kommen. Drei weitere Mandate werden wahrscheinlich gewonnen werden. Vor zwei Jahren erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 107 Stimmen, seit dieser Zeit also ein glänzender Fortschritt.

Soziales.

Oberflächliches Gutachten eines „Vertrauensarztes“.

Welch ungeheure Schwierigkeiten oft dem auf dem Schlachtfelde der Arbeit verwundeten Arbeiter bei seinem Kampfe um die so jämmerlich unzureichende Kenntnishaftigkeit eines Vertrauensarztes, des Schiedsgerichts und Oberflächlichkeit des Arztes und des Gerichts bereiten, zeigt ein jetzt zugunsten des Arbeiters vom Reichsversicherungsamt entschiedener Fall.

Der Arbeiter Friedrich P. glitt am 6. Januar 1906 im Betriebe auf der Treppe aus und schlug dabei mit der rechten Seite auf eine Treppenstufe auf. Er mußte die Arbeit sofort einstellen und den Arzt aufsuchen. Seit dem Tage hatte er fortgesetzt über Kreuzschmerzen zu klagen. Die Norddeutsche Textil-Verusogensenschaft wies den Antrag des völlig erwerbsunfähig gewordenen Arbeiters auf Unfallrente ab. Denn es sei der Unfall nicht erwiesen, auch keine Unfallfolge mehr nachweisbar.

Gegen diesen dem wirklichen Sachverhalt ins Gesicht schlagenden Bescheid legte der Verletzte beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Stadtkreis Berlin Berufung ein.

Das Schiedsgericht holte von seinem Vertrauensarzt Dr. Engel ein ärztliches Gutachten ein. Dies kam zu dem von keinerlei ärztlicher oder allgemein menschlicher Kenntnis getriebenen Ergebnis: P. mache einen greisenhaften Eindruck und leide an Verhärtung der Schlagadern und allgemeiner Schwäche. Unfallfolgen bestehen keine. Seine Beschwerden seien auf das Alter zurückzuführen. Ohne eingehende Beweisaufnahme wies das Schiedsgericht unter dem 29. 12. 1906 die Berufung mit folgender Begründung zurück: „Die Untersuchung durch Dr. Engel hat ergeben, daß bei P. ein vorgeschrittener Grad der Verengung, Verhärtung der Schlagadern und allgemeine Schwäche besteht. Ein Nervenseiden materieller Art liegt nicht vor, ebensowenig Hüftweh. Auch ist keine auf einen Unfall zurückzuführende Steifigkeit der Wirbelsäule erkennbar. Keuchere Anzeichen eines Rippenbruchs sind schon von den erst behandelnden Ärzten Dr. B. und Dr. A. nicht festgestellt worden. Selbst wenn man annimmt, daß der Unfall sich in der vom Verletzten angegebenen Art zugetragen hat, so hat er keine Folgen hinterlassen. Die Beschwerden, unter denen der Verletzte zu leiden hat, sind eine Folge seiner unabhängig von dem Unfall bestehenden Altersleiden.“

Das Reichsversicherungsamt ordnete auf erhobenen Rekurs weiteren Beweis an. Der Arbeitgeber bekundete: „P. ist voll und ganz erwerbsfähig gewesen, hat die gleiche Arbeit wie jeder andere Arbeiter verrichtet und auch den gleichen Lohn erhalten.“ Ein Mitarbeiter des P. erklärte: „P. wollte etwas forttragen. Er entfernte sich aus dem Arbeitsraume und kehrte nicht wieder. Nach einer Stunde habe ich mich nach dem Verbleib des P. erkundigt, da wurde mir von Arbeitern gesagt, daß P. auf den von meinem Arbeitsraum nach dem Hofe führenden zwei Stufen ausgerutscht sei und sich deshalb nach seiner Wohnung begeben habe.“ Die Ortskrankenkasse bestätigte, daß P. vom Jahre 1905 bis 1907 nur einmal, und zwar vom 12. Dezember bis 10. Dezember 1906 an Hegekrankheit krank und arbeitsunfähig war. Das Reichsversicherungsamt forderte ein ärztliches Gutachten vom Geheimen Medizinalrat Professor Dr. H., Direktor der I. medizinischen Universitätsklinik, ein. Das Reichsversicherungsamt kam dann zu einem dem Kläger günstigen Urteil. Die Norddeutsche Textil-Verusogensenschaft wurde verurteilt, dem P. vom Tage der Verunsfähigkeit an eine Rente von 75 Proz. zu zahlen. In den Urteilsgründen des erkennenden Senats heißt es unter anderem: „... hat das Reichsversicherungsamt die Ueberzeugung gewonnen, daß der Kläger tatsächlich am 6. Januar 1906 den von ihm behaupteten Unfall erlitten hat. Wenn auch Augenzeugen nicht zugegen gewesen sind, so hat er doch an demselben Tage dem von ihm in Anspruch genommenen Arzt Dr. W. den Unfall geschildert. Dr. W. hat auch erhebliche äußere Anzeichen von Verletzungen gefunden, darunter einen Bruch oder eine Anfraktur der linken Rippe. Da auch der Kläger bei verschiedenen Gelegenheiten stets die gleiche Schilderung von dem Unfall gegeben hat, und da er vor dem Unfälle, von geringen vorübergehenden Erkrankungen abgesehen, stets voll arbeitsfähig gewesen ist, so muß der Unfall als erwiesen gelten. Durch diesen hat der Kläger aber nach dem Gutachten des Geheimen Medizinalrats Professor Dr. H. in Berlin vom 10. Mai 1910 derartige Verletzungen an der Leber, Niere und der rechten Lendengegend, einschließlich eines Bruchs des einen Brustwirbels erlitten, daß er hierdurch in seiner Erwerbsfähigkeit um 75 Proz. beeinträchtigt ist. Da gegen die Richtigkeit dieses Gutachtens einer hervorragenden ärztlichen Autorität keine Bedenken bestehen, so war dem Rekurs stattzugeben.“

Aus dem Gutachten interessiert der Teil, der die falschen Ansichten des Vertrauensarztes Dr. Engel korrigiert. Es heißt dort u. a.:

„In keinem Wesen und Verhalten macht P. durchaus nicht den Eindruck vorgeschrittener Greisenhaftigkeit. ... Ferner kann ich das Bestehen von Krankheitszuständen nicht anerkennen, die andere Gutachter als vorliegend und zum Teil als Quelle der geklagten Beschwerden angenommen haben. Dazu gehören einmal die Arteriosklerose: eine solche ist weder durch Verhärtung der fühlbaren Schlagadern, noch durch Verbreiterung der Hauptarterien, noch durch die Beschaffenheit ihrer Töne, noch endlich durch Erhöhung des Blutdruckes nachweisbar, und schließlich konnte ich mich von dem Vorhandensein einer durch sie bedingten vorgeschrittenen Verengung bei P. nicht überzeugen.“

In diesem Falle ist ja schließlich dem Verletzten nach 2 1/2-jährigem aufreibendem Kampfe durch die Instanz sein Recht geworden, die die Reichsversicherungsordnung dem Arbeiter rauben will. In wie wenigen Fällen aber gelingt es, so offensichtlich Unrichtigkeiten, die ein „Vertrauensarzt“ für das Ergebnis wissenschaftlicher Forschungen hält, nachzuweisen? Werden auch die wenigen Fälle, in denen eine sorgfältige Beweisaufnahme in letzter Instanz die Oberflächlichkeit des Verfahrens und die Voreingenommenheit gegen den Arbeiter — Faktoren, die in vielen Fällen das schiedsgerichtliche Verfahren kennzeichnen — zungunsten des Arbeiters durch Gesetz unmöglich, dann läßt sich ohne Uebertreibung leider behaupten: in der Verhandlung des Rechts des verletzten Arbeiters sieht Deutschland an der Spitze aller Nationen,

Gewerkschaftliches.

Die Kirche für die Satten.

Während der brutalen Auspekung der Metallarbeiter in Schwelm hatte der Pfarrer Dittmar den Kampf in einer Predigt erwähnt. Er soll dabei zugunsten der Arbeiter Partei ergriffen haben. Fast sämtliche Arbeitgeber in Schwelm richteten an das Konsistorium in Münster eine Beschwerde. Darauf ist jetzt folgende sehr bezeichnende Antwort eingelaufen:

„Die auf die Eingabe vom 6. Juli 1910, betreffend eine Predigt des Herrn Pfarrers Dittmar vom 19. Juni 1910, von uns angeforderten Ermittlungen haben den genauen Wortlaut der beanstandeten Predigt nicht zweifelsfrei ergeben können, da Herr Pfarrer Dittmar, der leider die Predigt nicht schriftlich vorbereitet hatte, uns erst hinterher eine Rekonstruktion aus dem Gedächtnis eingeliefert hat, die aber nach dem Zeugnis des damals anwesenden Superintendenten die Predigt im allgemeinen richtig wiedergibt. Nach seiner Erklärung, und wie er dies auch in der Einleitung der Predigt betont, hat Herr Pfarrer Dittmar, ohne Partei zu ergreifen, im allgemeinen der Gemeinde Ruhe predigen wollen. Das Wort Gottes ohne Ansehen der Person und des Standes zu verkünden und auf Grund desselben mit Ernst zur Ruhe zu rufen, ist des Geistlichen Recht und Pflicht, und wir würden, wenn er im Rahmen dieser Aufgabe geblieben wäre, keine Veranlassung nehmen können, dem Herrn Pfarrer Dittmar Vorhaltungen zu machen. Doch läßt auch die von ihm eingelieferte Rekonstruktion seiner Predigt erkennen, daß er da, wo er ins einzelne geht, verschiedentlich mit einseitiger Schärfe verfahren ist, was bei der damals in der Gemeinde herrschenden Spannung geeignet war, die Erregung zu vermehren. Damit hat er begründeten Anlaß zur Beschwerde gegeben. Wir haben Herrn Pfarrer Dittmar demgemäß das Nötige eröffnet. Königliches Konsistorium der Provinz Westfalen v. Eydw.“

„Ei, ei, mit „einseitiger Schärfe“. So sagt das Konsistorium und der Befehl der Unternehmer ist erfüllt. „Kommet her, die Ihr mühselig und beladen seid“... wir wollen Euch noch obendrein verprügeln! Kapital, Kirche und Polizei halten zusammen gegen die Gewerkschaften.“

Deutsches Reich.

Eine verfehlte christliche Denunziation.

Die Terrorismusgeschichten erfunden und freigeorganierte Arbeiter verleumdet werden, zeigt ein Brief, den der Vorsitzende des christlichen Holzarbeiterverbandes in Bamberg an die Leitung einer dortigen Möbelfabrik richtete. Der Brief lautete:

„Zentr.-Verb. d. Holzarb. Bamberg, 15. November 1910.
Ehr. geehrter Herr Direktor!

Unterzeichnete Ortsverwaltung obigen Verbandes möchte Herrn Direktor bitten, den in Ihrem Betrieb beschäftigten Sägmüller W. A. vor den Verhaftungen mancher Mitarbeiter, welche denselben zum Uebertreten in den roten Verband bringen wollen, zu bewahren. Hochachtungsvoll

J. A.: Josef Krieger,
1. Vorstand, Egelsestraße Nr. 11.

Der Name des Arbeiters, der hier nur angedeutet ist, ist im Original ganz ausgeschrieben. Mit der löblichen Absicht, gegen die freigeorganierten Arbeiter zu putzen, sind die Herren aber an die unrichtige Stelle gekommen. Sie erhielten von der Firma folgenden Brief:

„Bamberg, den 16. November 1910.
Titl. Zentralverband christl. Holzarbeiter!
(Poststelle Bamberg.)

Wir erhielten Ihr werthes geistiges Schreiben und haben nach Unterbindung des uns mitgeteilten Falles Ihnen mitzuteilen, daß Ihre Ansicht, der bei uns beschäftigte Sägmüller A. werde unter Verhaftung seiner Kollegen zum Eintritt in den Holzarbeiterverband gezwungen, förmlich aus der Luft gegriffen ist, was Ihnen A. selbst bestätigen kann.

Wir sind der Ansicht, daß Sie sich in einem solchen Falle zuvor genauer informieren müssen, ehe Sie eine derartige Anschuldigung erheben, andernfalls bringen Sie Ihre Mitglieder in Verlegenheit und fordern, wie in diesem Falle, die Entlassung der zu Unrecht verurteilten Kollegen heraus.

Wir sind der Ueberzeugung, daß haben wie drüben jeder Überzeugungstreue Arbeiter Mannes genug ist, seine Freiheit selbst zu wahren und wagen und in derartige Angelegenheiten gar nicht, es sei denn, daß die Ordnung unseres Betriebes darunter leidet.

Die Abfuhr ist kräftig, aber wohlverdient. Der Brief des christlichen Führers zeigt deutlich, wie Terrorismusgeschichten entstehen. Nicht immer findet sich eine Betriebsleitung, die die Denunzianten so abfallen läßt und die Machinationen der Christen an den Pranger stellt. Mit diesem Resultat werden die christlichen Terrorismusgeschichtenerzähler wohl nicht an die Desfinitivität treten.

Tarifbewegung der Konfektionsarbeiter. In den Orten Frankfurt am Main, Darmstadt, Mainz, Speyer, Worms und Heidelberg — als Sitz der Industrie — stehen die Konfektionsarbeiter in einer Tarifbewegung. Der 1908 für diese Städte abgeschlossene Tarif, der mit Ende dieses Jahres abläuft, wurde schon vor einigen Monaten vom Zentralverband der Schneider gelündigt. Dieser Tarif war der erste, der in der deutschen Konfektion abgeschlossen wurde. Der nun vom Verband neu eingereichte Tarifentwurf sucht in seiner umfangreicheren Ausarbeitung den fortgeschrittenen Verfeinerungen in der Konfektionsbranche und der eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung Rechnung zu tragen. Er sieht erhöhte Preise in den Grundbedürfnissen und die bessere Erfassung der Extraarbeiten vor. — Diese Bewegung umfaßt hauptsächlich Heimarbeiter. — Am nächsten Montag treten die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter zu Tarifverhandlungen in Frankfurt a. M. zusammen.

Lohnbewegung in der Klavierindustrie. Seit vier Wochen streiken die Schreiner, Polierer, Legehler, Maschinenarbeiter und Bildhauer der Firma C. F. Blah u. Co., Heilbronn a. N. In Betracht kommen circa vierzig meist verheiratete Leute, von denen zwanzig von 10 bis 27 Jahre im Betrieb tätig waren. Nur durch Fernhalten von Arbeitswilligen ist es möglich, den Streik zu erkämpfen. Die Ortsverwaltung Heilbronn.

Vom Koalitions- und Petitionsrecht der Staatsangehörigen.

Der Ortsverein Wilhelmshaven vom Deutschen Techniker-Verband hatte vor einigen Wochen eine Petition an den Staatssekretär des Reichsmarineamts gerichtet, in der er die Ausdehnung der Mäntelordnung auf die Gehaltszüge und den Wohnungsgeldzuschuß der etatsmäßig angestellten Werktechniker und die Schaffung neuer etatsmäßiger Werktechnikerstellen, die Einrichtung von Beamtenaufschüssen und anderes forderte. Die Antwort des Staatssekretärs ging dahin, daß er es grundsätzlich ablehne, in Erörterungen über die dienstlichen Verhältnisse usw. der auf den kaiserlichen Werften beschäftigten Hilfsarbeiter einzutreten, da er nicht in der Lage sei, außerhalb stehenden Interessensverbänden eine Verdrängung zur Einmischung in diesen Angelegenheiten zuzugestehen. Eine Veranlassung nahm zu der schiefen Ablehnung der eingereichten Petition Stellung und erklärte, daß den Berufsorganisationen das Recht eingeräumt werden müsse, die Interessen ihrer Mitglieder, darunter auch der im Staatsdienst beschäftigten Beamten und Angestellten, jeder Stelle gegenüber wahrzunehmen. Die Koalitionsfreiheit sei für die Angestellten der kaiserlichen Werften ausgedehnt, wenn das Reichsmarineamt dem Deutschen Techniker-Verband die Verechtigung zur Wahrung dahingehender Interessen seiner Mitglieder abspredhe. Die Veranlassung fordert nachdrücklich die Anerkennung der Orga-

nisation und damit auch das Recht der Petition. In einer Petition an den Reichstag, den Bundesrat und das Reichsmarineamt soll dieses Recht gefordert werden.

Ausland.

Die Holzarbeiterbewegung in Frankreich.

Schwere Kämpfe führen in diesem Jahre die Holzarbeiter in Frankreich, um ihre Lage zu verbessern. Diese gestalten sich besonders schwierig, weil es mit einer einheitlichen Organisation noch sehr im argen liegt und die Föderationen über erhebliche Mitgliederzahlen nicht verfügen. Weiter kommt aber noch in Betracht, daß die Syndikalisten und Anarchisten mit ihren krasen Ideen recht viel Unheil anrichten und in vielen Fällen jahrelange, mühselige Gewerkschaftsarbeit zunichte machen. So haben es denn die wenigen einflussreichen Gewerkschaftler doppelt schwer, die einzelnen Bewegungen so vorzubereiten, daß dieselben zum Vorteil der Arbeiter durchzuführen können, wobei die geringen Mittel, über welche die Gewerkschaften verfügen, auch eine Rolle spielen. Trotz aller dieser Schwierigkeiten führten in diesem Jahre die Organisationen der Holzarbeiter eine ganze Anzahl Kämpfe mit großer Entschiedenheit durch. Ein solcher wurde jetzt nach 17wöchentlicher Dauer in Paris beendet, und zwar in einer der größten Möbel-fabriken Frankreichs, bei der Firma Sanyas et Papot, wo circa 250 Möbelarbeiter beschäftigt sind. Bei diesem Kampfe wurde Polizei und Militär öfter zum Schutze der Arbeitswilligen aufgerufen und bei einer dieser Gelegenheiten ein Streikender durch einen Säbelhieb getötet. Die Beerdigung dieses Opfers der Polizeiwut gestaltete sich zu einer machtvollen Demonstration, die, weil von der Polizei unbehelligt, friedlich verlief. Bei der Rückkehr der Demonstranten von dem außerhalb Paris liegenden Friedhof wollte die Polizei jedoch den geflohenen Zug der Arbeiter sprengen, und bei dieser Gelegenheit gebärdeten sich die Polizisten wie die Wilden. Nicht weniger als 200 Verwundete blieben auf dem Platze. Der Kampf selbst wurde jetzt ohne materielle Vorteile abgebrochen, doch hat er seinen Eindruck auf die Unternehmer nicht verfehlt, und auch bei einigen anderen Firmen konnten unter dem Eindruck des Kampfes annehmbare Zugeständnisse erzielt werden. Bedauerlich war bei dieser Bewegung, daß sich eine Anzahl deutscher (1) Arbeiter zu Streikbrecherdiensten vergab.

Bei der berühmten Möbelfirma Schwab war ein Streikbrecher von Sanyas et Papot eingestellt und wegen „Verletzung“ dieses Menschen zwei Arbeiter von einem der Werkführer entlassen. Die Arbeiter forderten hierauf die Entlassung des Werkführers und eine angemessene Lohnerhöhung; nach zweiseitigem Streik wurden die Forderungen bewilligt.

Die Bautischler haben in 5 Fabriken einen Lohn von 85 Cents pro Stunde und die 10stündige Arbeitszeit errungen; vorher wurde noch 11 Stunden gearbeitet.

Einige 100 Arbeiter der Lederstuhlmöbelbranche befinden sich in einer Bewegung zur Durchführung eines Normallohnes von 1 Franc pro Stunde.

Die Ristenmacher befinden sich in einer ganzen Anzahl Fabriken im Streik. Eine Anzahl Ristenfabrikanten haben die Forderungen der Arbeiter, unter denen sich auch viele Frauen befinden, bewilligt. Der Streik war zuerst allgemein, braucht jetzt aber aus den angegebenen Gründen nur noch partiell weitergeführt zu werden und die Arbeiter haben die berechnete Hoffnung, daß auch diese bald nachgeben müssen.

Die Normmacher in Saumur haben nach einem vierwöchentlichen Streik einen vollen Sieg errungen. Die Arbeitszeit in dieser Weinstadt beträgt in der Saison noch 12 Stunden und mehr, bei einem Verdienst von 2,50 bis 3 Franc pro Tag. Erreicht wurde ein Aufschlag von 50 Cents täglich.

In Tours stehen die Möbelsticker und Bildhauer seit dem 1. September im Kampfe. Sie verlangen u. a.: Erhöhung des Stundenlohnes um 10 Cents und des Mindestlohnes auf 60 Cents pro Stunde.

Zu erwarten steht, daß durch diese Bewegungen die Organisation der französischen Holzarbeiter, insbesondere in Paris, einen wesentlichen Aufschwung zu verzeichnen hat, und durch die Kräftigung die Zentralisation die so notwendige Förderung erfährt, damit dann eine systematische Verfürzung der jetzt noch 10 und mehr Stunden täglich betragenden Arbeitszeit angejreht werden kann.

Verfammlungen.

Die Töpfer haben in der Zeit vom 14. November bis zum 19. resp. 22. November eine Wautenkontrolle vorgenommen, die manches interessante Ergebnis zeitigte. Das Organisationsverhältnis ist besser, als man angenommen hatte. Auf 109 Bauten mit Kachelofenheizung wurden von den arbeitenden Töpfern 925 als Mitglieder des Zentralverbandes festgestellt, dagegen nur 84 als Lokalorganisierte, also weit weniger, als man von jener Seite immer behauptete; gar nicht oder anders organisierte Töpfer wurden 89 gezählt. In einer Bauvertrauensmännerversammlung, die sich mit den Resultaten der Wautenkontrolle beschäftigte, wurde festgestellt, daß sich noch mancher Töpfer bereit erklärt habe, dem Zentralverband beizutreten. In der vorigen Woche wurden auf dem Reichsweiss 473 Arbeitslose in den Listen geführt. — Von 258 Bauten, die kontrolliert wurden, hatten 80 Zentralheizung für 5558 heizbare Räume. Die 109 Bauten für Kachelofenheizung hatten 2292 Kachelöfen, 3050 Veltener Öfen und 1899 Chamotteöfen. 66 Bauten für Kachelofenheizung sind für Töpfer in Angriff zu nehmen. 76 Bauten hatten einen Vertrauensmann für den Zentralverband. Die Zahl der Begehungen im Gewerbe beträgt 119; davon werden 64 auf den Bauten beschäftigt.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter. Die Filiale Berlin I des Schneiderverbandes hielt am Mittwoch im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Generalversammlung ab. Der Jahresbericht der Ortsverwaltung lag den Mitgliedern in einer 64 Seiten starken Broschüre vor. Im verfloffenen Geschäftsjahre hat sich die Konjunktur gegenüber den beiden vorhergegangenen Jahren gebessert. Am stärksten setzte die Bewegung zur Regelung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Herrenkonfektion ein, wozu eine Auspekung in Steglitz und Charlottenburg Pott, die erfolgreich verliefen. In Steglitz hatten einige Schneidermeister eine einseitige Verfügung erzwungen, durch die die Befähigte über die die betreffenden Firmen verhängten Sperren bei 1500 M. Strafe verboten wurde. Die Angelegenheit hat inzwischen das Landgericht beschäftigt. Gegen das Urteil ist jedoch Berufung eingelegt und die Sache soll nun am 20. November vor dem Kammergericht zur Verhandlung kommen. Außerdem haben einige Steglitzer Schneidermeister gegen den Filialvorsitzenden Künze Anklage wegen Erpressung beantragt, die er durch die Leitung des Streiks begangen haben soll. Andererseits ist aber auch ein Strafverfahren gegen die Schneidermeister Voigt und Schönert beantragt worden, weil sie solche Meister, die mit dem Schneiderverband den neuen Tarifvertrag abgeschlossen hatten, durch Androhung von Geldstrafen zu zwingen suchten, vom Vertrag zurückzutreten. Der Staatsanwalt hat jedoch die Erhebung der Anklage abgelehnt, wogegen nun Befürchtung bei der Oberstaatsanwaltschaft erhoben ist. In der Kostümbbranche ist der im vorigen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag noch bei einigen neuen Firmen durchgeführt worden. Außerdem fanden in der Branche ziemlich langwierige Verhand-

lungen über die durch die Gewerbeordnungsnovelle herbeigeführte Einschränkung der Arbeitszeit an den Sonnabenden und Tagen vor den hohen Festen statt. Auf Vorschlag des Einigungsamtes des Gewerbebezirks einigten sich die Parteien dahin, daß die Wesperrpause an den betreffenden Tagen ausfällt, wodurch die Arbeitszeit an diesen Tagen von bisher 7½ auf 7¼ Stunden verkürzt wurde. In einer anderen Streitfrage, die Lohnbücher betreffend, hat das Einigungsamt einen Schiedsspruch gefällt, der von beiden Parteien anerkannt worden ist. Wegen Einführung der Lohnbücher ist jedoch noch nichts weiter unternommen worden, was namentlich daran liegt, daß auch noch über eine geordnete Lehrzeit für Schneiderinnen verhandelt werden soll.

In der Damenkonfektion beschränkte sich die Tätigkeit der Organisation im allgemeinen darauf, die Gewerbeordnungsnovelle zur Durchführung zu bringen. Es kommt hier noch häufig vor, daß die Arbeiterinnen weit über die gesetzlich vorgeschriebene Zeit hinaus in den Werkstätten beschäftigt werden, ohne daß sie selbst dagegen Einspruch erheben oder die Behörde dagegen einschreitet. Mit einigen Firmen ist es auch in dieser Branche gelungen, Tarifverträge abzuschließen, wodurch wenigstens eine Grundlage für eine allgemeine Regelung gewonnen ist.

In der Knabenkonfektion herrschen im allgemeinen noch so traurige Lohnverhältnisse, daß die vielen dort beschäftigten Frauen sich zum größten Teile noch hoffnungslos in ihr Schicksal ergeben. Bei einer Firma dieser Branche haben die Werkstattdarbeiterinnen durch kurzen Streik die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um eine Stunde erzielt. Unter den Hülfern hat die Organisation in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht.

In der Militärbranche ist nach längeren Verhandlungen ein Nachtrag zum Tarif vereinbart worden, der die Bezahlung für die neuen sehr schweren Uniformen betrifft.

Eine Tabelle über den Umfang der in den verschiedenen Branchen abgeschlossenen Tarifverträge ergibt, daß jetzt 9874 Schneider und Schneiderinnen in tariflich geregelten Betrieben tätig sind. Eine tabellarische Uebersicht über die Lohnbewegungen des verfloffenen Jahres zeigt, daß Arbeitsniederlegungen in 62 Betrieben stattgefunden haben, während in 9 Betrieben die Forderungen ohne Streik bewilligt wurden. Nur in einem Betriebe ist die Bewegung ergebnislos verlaufen.

Der Jahresbericht für das verfloffene Jahr gibt ein recht günstiges Bild. Die Abrechnung der Hauptkasse schließt mit der Bilanzsumme von 136 160,55 M. Die Krankenkassenführung erforderte 16 071,58 M., die Reiseunterstützung 1201,42 M., an die Hauptkasse wurden in bar 86 200 M. abgeliefert, das sind über 20 000 M. mehr als im vorigen Jahre. Die Lokalfasse hatte 84 302,82 M. Einnahmen und 49 187,02 M. Ausgaben. Ihr Bestand ist im Laufe des Jahres von 23 435,85 M. auf 35 115,50 M. angewachsen. Unter den Ausgaben sind neben anderem 1241,38 M. für lokale Streikunterstützung und 1000 M. für die Ausgaben in Steglitz. Die Zahl der Mitglieder ist im Laufe des Jahres von 5661 auf 6783 M. gestiegen, und zwar die der männlichen von 4710 auf 5649, die der weiblichen von 941 auf 1134. — Zu den gedruckten Berichten geben der Bevollmächtigte Künze sowie der Kassierer Kojich eine Reihe mündlicher Ergänzungen und Erläuterungen. — Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge für den ebenfalls gedruckt vorliegenden Kassenbericht vom 3. Quartal sowie für die Jahresabrechnung.

Einstimmig wurden wiedergewählt als 1. Bevollmächtigter Künze, als 2. Bevollmächtigter Pott und ferner wurden gewählt oder wiedergewählt als Mitglieder der Ortsverwaltung: Gebauer, Kuchowski und Schumacher.

Letzte Nachrichten.

Abgeordneter Schüler schwer erkrankt.

Der Zentrumsabgeordnete Julius Schüler, der im Reichstag den badischen Wahlkreis Offenburg-Nord vertritt, wurde während der gestrigen Fraktions Sitzung der Zentrums-partei von einem schweren Unwohlsein befallen. Er liegt in bedenklichem Zustande im Krankenzimmer des Reichstages darnieder.

Stadtverordnetenwahltag.

Mühlhausen i. Th., 24. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Einen glänzenden Sieg errangen unsere Genossen bei der heutigen Stadtverordnetenwahl. Mit 936 Stimmen eroberten sie sechs Mandate der dritten Abteilung. Bisher hatte unsere Partei zwei Vertreter im Stadtparlament.

Die Ergänzungskredite.

Paris, 24. November. (B. T. S.) Die Regierung hat der Kammer die neuen Ergänzungskredite vorgelegt, die 8 680 000 Francs betragen und zur Deckung der in den letzten vier Monaten für die Okkupation marokkanischen Gebiets aufgewendeten Kosten bestimmt sind.

Die Finanzbill im Oberhaus angenommen.

London, 24. November. (B. T. S.) Das Oberhaus nahm die Finanzbill in allen Lesungen an, nachdem Lord Radcliff gegen das Verfahren der Regierung bezüglich des Budgets Protest erhoben hatte.

Bei der Fortsetzung der Debatte über die Resolutionen von Lord Lansdowne wies der Lordkanzler die Behauptung zurück, daß die Auflösung zum Vorteil von Homerule erfolge. Es sei nach Ansicht der Regierung notwendig, die unvereinbaren Verschiedenheiten der Prinzipien über die Abstellung der aus den Beziehungen der beiden Häuser sich ergebenden Uebelständen unverzüglich zum Austrag zu bringen. Die Regierung habe die Erfahrung gemacht, daß es für ein liberales Ministerium unmöglich sei, unter Bewahrung seiner Selbstachtung und mit Ruhen im Amte zu bleiben, wenn für die Uebelstände keine Abhilfe geschaffen werde. Nach dem Scheitern der veto-Konferenz sei die Auflösung des Parlamentes der einzige Weg, den die Regierung beschreiten könne. Der Kanzler kritisierte sodann die Resolutionen Lansdownes. Lord Curzon erklärte, die Resolutionen seien ein ehrsüchtiger und erster Versuch zu einer Reform, die die zweite Kammer als ein echtes und sicheres Charakteristikum des politischen Systems bewahren würde.

Sinnweg mit dem Oberhaus

London, 24. November. (B. T. S.) In dem Wahlmanifeft der unabhängigen Arbeiterpartei wird erklärt, wenn eine Regierung des Volkes zur Tatseite werden sollte, müßte das Oberhaus gänzlich abgeschafft werden. Dies wollten weder die Liberalen noch die Konservativen, aber nichts anderes werde genügen.

Verurteilter Betrüger.

Danzig, 24. November. (B. T. S.) Die hiesige Strafkammer hat heute den Rechtsanwalt und Notar Ernst Hoyer aus Kartaus, der durch jahrelange Unterschlagungen zahlreiche Personen um rund 38 000 M. geschädigt hatte, zu zweiundeinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Cholera.

Konstantinopel, 24. November. (B. T. S.) Heute sind 23 Choleraerkrankungen und 15 Todesfälle zu verzeichnen.

Reichstag.

85. Sitzung, Donnerstag, den 24. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück, v. Schorlemer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Wahl des zweiten Vizepräsidenten.

Es werden 311 Stimmzettel abgegeben, darunter 68 unbeschriebene. Von den 243 gültigen Stimmen hat erhalten Abg. Schulz (Sp.) 186, Abg. Singer (Soz.) 52, die Abgeordneten Neumann (Fortfchr. Sp.), Koblentz (Fortfchr. Sp.), Dr. Müller-Reiningen (Fortfchr. Sp.), Stadthagen (Soz.), Dr. Spahn-Warburg (B.) je 1.

Erklärt die Wahl anzunehmen.

Darauf wird die Besprechung der Interpellationen betr.

Maßnahmen gegen die Verteuerung des Fleisches

fortgesetzt.

Abg. Dr. Wiemer (Fortfchr. Sp.): Eine Verabreichung der Konsumenten, wie gestern Herr Herold von der Besprechung der Interpellationen erwartete, wird nach der Stellung, die Zentrum und Konservative dazu einnehmen, kaum eintreten, sprach doch Herr Rupp von einem Fleischnotzustand. Immerhin ist es bezeichnend, daß die Konservativen diesmal auch eine Interpellation eingebracht haben — freilich sind die bevorstehenden Wahlen die Ursache davon. (Sehr richtig! bei der Fortfchr. Sp.) Aber zum ersten Male sprechen die Konservativen doch in ihrer Interpellation von einer bedauerlichen Verteuerung des Fleisches; aber diese Verteuerung hat nicht nur in den Städten Platz gegriffen, sondern überall. Sie ist eine natürliche und bewußte Folge der seit Jahrzehnten bei uns herrschenden Wirtschaftspolitik. (Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Auch das Reich und die Staaten, diese großen Konsumenten, leiden darunter, und so ist auch die Finanzmisere des Reiches eine Folge dieser Wirtschaftspolitik. Man spricht so viel von einer Mittelstandspolitik. Die beste Mittelstandspolitik ist, auszuweichen mit dem System, dem Mittelstand die Lebenshaltung zu verteuern. (Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.) Freilich, eine einseitige Aufhebung der Zölle von Deutschland aus ist unmöglich. Aber eine Verringerung unserer Wirtschaftspolitik ist die Vorbedingung für eine Gesundung unseres wirtschaftlichen Lebens. (Lebhafte Zustimmung bei der Fortfchr. Sp.) Da an eine solche Verringerung nicht von heute auf morgen zu denken ist, muß man auch nach andere Mittel finden. Der Redner der Konservativen meinte, die Landwirtschaft sei nicht schuld an der Fleischverteuerung, sondern andere Faktoren, aber an die Regierg denke er nicht. In der Tat verdienen diese auch keineswegs besonders viel. Er denkt also wohl an die städtischen Vieh- und Schlachthofgebühren. Aber was bedeutet diese Gebühr von 20 Pf. gegenüber den horrenden Kollagen. In Wirklichkeit hat die Viehproduktion im Inland nicht Schritt gehalten mit der Vermehrung der Bevölkerung. Unter der Feuerung leiden auch die besser situierten Kreise; aber keineswegs sind nur die besseren Qualitäten des Fleisches im Preise gestiegen. Was der Staatssekretär Dr. Delbrück an erleichternden Maßnahmen gestern versprochen hat, ist bezüglich wenig; er wird heute wohl kaum noch zu den Worten sich bekennen, die er seinerzeit als Oberbürgermeister von Danzig auf dem deutschen Städtetage gesagt hat. (Sehr wahr! bei der Fortfchr. Volkspartei.) Es geht ihm wie Herrn Riquel, der sich vom Oberbürgermeister von — Frankfurt zum Haupt und Protektor der Agrarier entwickelt hat. Auch wir erkennen an, daß unsere Landwirtschaft vor der Seuchengefahr geschützt werden muß, wir wollen sie aber nicht als Vorwand brauchen lassen für eine Preistreiberei und Verteuerung der notwendigen Lebensmittel. (Lebhafte Zustimmung bei der Fortfchr. Volkspartei.) Was unsere Landwirtschaft braucht, sind billige Futtermittel. Trotz der Gefährlichkeit der Agrarier, die hier auch nicht einen Feindbären des preussischen Orients vordrängen, sondern einen kleinen süddeutschen Bauern, wächst in den Kreisen der Bauern die Erkenntnis, daß sie nicht gut daran tun, sich in die Gefolgschaft der Großgrundbesitzer zu begeben. Wir sprechen nicht dem Großgrundbesitzer jede Erbsenzberechtigung ab; aber die Wirtschaftspolitik darf nicht die Interessen eines einzigen Standes, sondern muß das Wohl des ganzen Volkes im Auge haben. (Lebhafte Zustimmung bei der Fortfchr. Volkspartei.)

Abg. Dr. Baasche (nall.): Wir haben Fleischnotdebatten gehabt im November 1906, im November 1907 und haben jetzt wieder eine solche Debatte im November 1910. Die Stellung der verschiedenen Parteien zu der Frage hat sich seitdem in keiner Weise ge-

ändert. Unzweifelhaft haben manche Familien unter der Brot- und Fleischverteuerung zu leiden; es wird manche Einzelfälle geben, die mit recht dükteren Worten geschildert werden können; aber zu bestreiten ist, daß von einer allgemeinen Unterernährung des deutschen Volkes gesprochen werden kann. Redner verbreitet sich im weiteren Verlauf seiner Ausführungen u. a. über die Landflucht. Die Bauerntöchter haben keine Lust mehr, Schweine zu füttern (Große Heiterkeit) und gehen lieber in die Stadt. Aber trotz der Leutenot und anderen Schwierigkeiten ist die deutsche Landwirtschaft emsig und mit Erfolg bemüht gewesen, die Fleischproduktion zu steigern. Die Preissteigerungen haben doch gerade immer die kleineren und mittleren Bauern auf die Viehzucht hingewiesen. Freilich: wenn die Uebererwarer vom Vunde der Landwirte 1902 ihren Willen durchgesetzt und die hohen Futterzölle durchgedrückt hätten, dann hätte eine wirkliche Fleischnot Platz gegriffen. Es ist ein großes Verdienst der nationalliberalen Partei, den extremen Hochzoll auf Futtermittel hintertrieben zu haben. Vielleicht können die Zölle auf Futtermittel weiter herabgesetzt werden. Aber eine allgemeine Doffnung der Grenzen können wir nicht befrworten, wenn auch einzelne Erleichterungen vorkommen können. An der wohlbedachten allgemeinen Wirtschaftspolitik des Reiches hält die nationalliberale Fraktion einstimmig fest, wenn sie auch Reformen im einzelnen, z. B. in der Frage der Ausfuhrzölle, nicht abgeneigt ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Camp-Massauen (Sp.): Auf die mit der Frage der Fleischpreise nur in losem Zusammenhang stehenden Ausführungen des Kollegen Emmel gehe ich nicht ein. Verwahrung lege ich ein gegen seine Behauptung, daß die Löhne der Landarbeiter gesunken seien. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Lassen Sie mich doch auch einmal reden. Sie haben doch auf Ihrem Parteitag genügend reden können. (Heiterkeit.) Herr Emmel hat hier augenscheinlich das Manuskript der Rede vorgelesen, die ihm 1906 durch die Reichstagsaufsichtung abgeschnitten wurde. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Er selbst mußte zugeben, daß die Fleischverteuerung international ist. Ja, was sollen dann Ihre Vorschläge! Die Staaten, von denen wir billiges Fleisch bekommen könnten, haben ja ihr Kontingent nicht einmal ausgenutzt. Die Viehproduktion hängt ab von der Futterernte. Sie können vom Ausland kein Heu und Stroh einführen. Auch die Fleischbeschau wirkt verteuert; diese Konsequenz müssen die Herren der Linken, die sie beantragt haben, schon tragen. Zur Vermeerung der Bevölkerung dieser Leute nur wir unter möglichstem, leider ohne dabei die Unterstützung der Preissteigerungen zu finden. (Widerpruch bei der Fortfchr. Sp.) Auf unsere Volkspolitik können wir mit großer Befriedigung blicken, Deutschland hat sich unter ihrer glänzenden Leitung. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Frhr. v. Kadow (Voll): Unter der Fleischverteuerung leidet auch die polnische Bevölkerung schwer. Soll nicht die Volksgesundheit leiden, so bedarf es schleuniger Hilfe. Natürlich müssen die Mittel zur Abhilfe so gewählt werden, daß dadurch die Existenzbedingungen der inländischen Landwirtschaft nicht erschwert werden.

Abg. Trimborn (Z.): Herr Emmel hat wieder einmal in ganz sozialdemokratischer Weise gegen unsere Schutzpolitik gewartet. Aber an dieser halte ich unbedingte fest, und zwar als Vertreter der zweitgrößten deutschen Stadt. Die Sozialdemokratie sollte doch nicht die Rücksicht auf die Landarbeiter und das ländliche Proletariat vergessen, in deren Interesse die Schutzpolitik liegt, wie ja auch der französische Sozialist Guiffon in der Nr. 23 der „Sozialistischen Monatshefte“ mit Recht ausführt. Auch die sozialdemokratischen Schriftsteller Schippel und Calwer haben ähnliches schon gesagt, und der Münchener Sozialdemokrat Dr. Schulz hat sich in einer Verammlung des Hansabundes gegen die Aufhebung der Schutzzölle gewandt und behauptet, er befinde sich dabei in Uebereinstimmung mit sämtlichen wissenschaftlichen Vertretern seiner Partei, abgesehen von den parlamentarischen Vertretern (Große Heiterkeit), die sich von parlamentarischen Rücksichten leiten lassen. Was Ihren Parteigenossen nun geschehen wird, müssen wir abwarten. (Sehr gut im Zentrum.)

Redner bestritt dann das Bestehen einer Fleischnot, die Steigerung der Viehproduktion bilde vielmehr geradezu einen Ruhmesdiel der deutschen Landwirtschaft. Zugabende ist, daß die jetzigen Preise weit über dem Durchschnitt stehen. Die richtigste Erklärung für die Verteuerung sind jedenfalls die beiden letzten schlechten Futterernten. Zu Angriffen auf das Agrarertum bietet die Verteuerung also keinen Anlaß; das muß von dem Vertreter einer großen Stadt einmal klar ausgesprochen werden. (Lebhafte Bravo! rechts.) Es wäre interessanter gewesen, wenn statt Herrn Wiemer Herr Neumann gesprochen hätte, der bei Beginn der Verteuerung vor einer Dege gegen die Agrarier aus diesem Anlaß gewarnt hat. (Hört! hört!) Sehr wünschenswert wäre die von

Herrn Calwer geforderte Enquete über die Rolle, die der Zwischenhandel spielt. — Die Grenze gegen Holland könnte geöffnet werden; bei der Einfuhr aus Holland besteht keine Seuchengefahr; in diesem Punkte sind mir die Ausführungen des Staatssekretärs unverständlich. Die sanitären Einrichtungen Hollands stehen hinter denen anderer Länder nicht zurück; wie sollten denn auch die Holländer nichts tun, um ihr herrliches, in der ganzen Welt berühmtes Rindvieh, die von ihren Malern so prächtig dargestellte Milchkuhe veräußert zu halten. Aber auch in Deutschland selbst könnte noch viel geschehen, wir haben 3 1/2 Millionen Hektar unfruchtbares Land, namentlich Moorboden, worauf ein sehr intensiver Futterbau getrieben werden könnte. So können wir gute Nahrung zu normalen Preisen erzielen. (Bravo! im Zentrum.)

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Schorlemer bestritt, daß Holland bereits seuchensfrei sei; die Doffnung der holländischen Grenze für die Einfuhr lebenden Viehs könne daher nicht in Aussicht gestellt werden. Eine Enquete über die Einwirkung des Zwischenhandels auf die Fleischpreise erklärt er für überflüssig, da die Verhältnisse bekannt seien. Der direkte Bezug möglichst großer Mengen Fleisch von Holland und Dänemark durch die Kommunen nach dem Beispiel von Charlottenburg wäre eine wirksame Maßnahme dort, wo in einzelnen Orten die Verteuerung allzu groß ist. Verweigern die Regierg den Verkauf dieses Fleisches, so sollten die Kommunen eigene Verkaufsstellen errichten. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Antif.) erklärt sich gegen jede weitere Doffnung der Grenzen.

Abg. Dr. Köstke (L.) warnt die Regierung, in der Forderung der Rette zum Schutz der Gesundheit des deutschen Viehstandes weiter fortzuführen. Mit den Viehpreisen würde der Wert des Grund und Bodens sinken, und das würde jeden Landwirt treffen, auch den, der nicht Vieh verkauft. Daraus vermag sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Neumann (Fortfchr. Sp.) bestritt, daß zwischen ihm und dem Abg. Wiemer ein Gegensatz besteht.

Abg. Dr. Wiemer (Fortfchr. Sp.) wirft dem Abg. Köstke Koyfsecherei vor, die fortschrittliche Volkspartei sei stets für einen lädenlosen Seuchenschutz eingetreten.

Abg. Emmel (Soz.): Die Verhandlungen der oberelbassischen Bezirksloge über die Wingernt sind von dem Abg. Dr. Köstke ganz unrichtig dargestellt; meine Freunde haben dort nicht für einen Steuernachlaß der reichen Leute gestimmt, wohl aber für einen Steuernachlaß bei den armen Wingern. Auch für die Weklämpfung der Wechschädlinge haben wir gestimmt.

Abg. Dr. Köstke (L.) behauptet, eine Koyfsecherei nicht beabsichtigt zu haben, sondern eine ernste Rede. (Große Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Zurücksetzung der Besprechung und Rest der heutigen Tagesordnung.)

Schluss 7/8 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Fleischpreise.

Nach der Ansicht der konservativen und ultramontanen „Vollfreunde“ sind die hohen Lebensmittelpreise als ein Segen zu betrachten, der das Volk vor ungesunder Bällerei bewahrt. Andere Menschenfreunde meinen, wenn das Fleisch zu teuer sei, solle Geflügel, Eier und Kaviar essen. Solcher Hohn hat tatsächlich eine gewisse Logik, wenn man die Höhe der Fleischpreise berücksichtigt. Nach dem Durchschnitt der Preise in 60 preussischen Städten kostete nämlich ein Kilogramm Pfennige:

Table with 3 columns: Item, 1. Hälfte November, Steigerung. Rows: Rindfleisch (1009, 1010), Kalbfleisch (155,8, 169,1, 13,3), Hammelfleisch (174,7, 180,1, 14,4), Gammelfleisch (163,9, 173,4, 9,5).

Das sind für viele Proletarierfamilien tatsächlich unerschwingliche Preise. Sie müssen sich damit begnügen, das Fleisch im Metzgerladen — anzusehen.

Vorbereitungen für die Zolltarifreform.

In einer Ausföhrung des Handelsvertragsvereins am Dienstag, den 22. November, berichtete Dr. Borgius über die Frage einer rechtzeitigen und planmäßigen Vorbereitung der nächsten Handelsverträge mit Rücksicht darauf, daß bei einer eventuellen Einbringung einer Novelle zum deutschen Zolltarif die handelspolitische Kampagne bereits früher einleiten dürfte, als der Ablauf der jetzigen Handelsverträge an sich nötig machte. Ferner sei es sehr erwünscht, daß die seit Jahresfrist von Seiten der Regierung eingeleiteten produktionsstatistischen Erhebungen, die

moßte es sich der Rippelstedter Magistrat nicht nehmen lassen, unserer wackeren Feuerwehr noch ausdrücklich zu danken.

Unter Ortschulze hatte sich jedoch falsche Hoffnungen gemacht. Das Schreiben enthielt in dürren Worten die Aufforderung, für das zum Löschen aus der städtischen Wasserleitung entnommene Wasser, und zwar 800 Kubikmeter a 14 Pfennige, 112 Mark, buchstäblich: Einhundertzwölf Mark, binnen acht Tagen bei Vermeidung weiterer Maßnahmen an die Rippelstedter Stadtkasse zu zahlen.

Unsere Wit können Sie sich denken! Es kostete unserem Gemeindefreier viel Ueberwindung, den wohlwolligen Rippelstedter Magistrat in einem höflichen Gesuche um Erlass des Wasserzinses anzugehen.

Eine Antwort darauf bekamen wir nicht; dagegen erschien heute der Gerichtsvollzieher und pfändete im Auftrage des Rippelstedter Magistrats unsere Spritze!

Was werden Sie nun tun? fragte ich. Wir werden wohl oder übel zahlen müssen, denn der Exekutor sagte ganz höflich, wenn es in unserem Dorfe brennte, dürften wir die Spritze nicht benutzen, sonst machten wir uns des Brandbruchs schuldig! Hans Weiter.

Notizen.

— Vorträge. Die Ortsgruppe der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft veranstaltet am Freitag abends 8 1/2 Uhr im Berliner Rathaus, Zimmer 109 (Eingang Jüdenstraße), einen Lichtbilder-Vortrag. Herr G. W. Mendel spricht über: „Die Schädel der Wildtiere und ihre Wertung für die Entwidlungsgeschichte“. Eintritt auch für Gäste frei.

— Wozu Nachdruckshonorare gut sind. Die „Bremer Nachr.“, die eine der satirischen Gedichte unseres Mitarbeiter Franz nicht nur abgedruckt sondern außerdem verunglimpft hatten, wurden durch Eintreibung eines Nachdruckshonorars von 8 M. nach Gebühr bestraft. Die Wackeren werden zweifellos von jetzt an nur noch kämpfen oder nachdrucken, vorzüglich aber erstere. Jedes für sich ihnen gern gestattet. Ueber die 8 M. aber (für den Wahlkampf gegen den Liberalismus) quillert freilich schäumelnd der Bremer Parteisekretär in der „Bremer Bürgerzeitung“.

— Angelo Roffo, der italienische Forscher von allgemeiner wissenschaftlicher Bedeutung, ist in Turin gestorben, wo er seit langem als Professor der Physiologie tätig war. Er war ein Schüler des Deutschen Rollesworth, der auch in Turin lehrte und einst bei und zu den populärsten naturwissenschaftlichen Schriftstellern zählte. Roffos Forschungen betrafen besonders den Blutkreislauf, die Atmung und die Erscheinungen der Ermüdung. Letztere hat er durch ausgedehnte Experimente im Hochgebirge erforscht.

luriert. Der Zettel nennt ihn als Mitschuldigen des „Siegers“, einer Komödie, die in der Konkurrenz der Seichtgeit einen Rekord bedeutet. Handelte es sich nicht um das Neue Theater, bei dem man, was Premierer anlangt, Ungewöhnliches gewohnt ist, so ließe sich der Aufzählungsverlust von vornherein nur als persönliche Konzeption an Herrn Bonn und sein Gastspiel erklären. Die Aufmachung ist patriotisch. Zeit: Nach der Schlacht von Jena, Schauspiel: Das Berliner Königsschloß, handelnde Personen: die wackeren märkischen von Bredows, ein für das Preußentum schwärmender, sonst recht gerissener jüdischer Pferdehändler, und Napoleon in eigener Person. Der Offizier von Bredow wird verhaftet und soll laut Kriegsgerichtsbescheid erschossen werden. Seine tapfere junge Frau, die für ihn bittet, macht Eindruck auf den Kaiser. Der Tyrann wird galant und stürmisch; um den Preis ihrer Ehre könnte sie den Gatten, der selbstverständlich lieber sterben will, retten. Da trüht gerade im kritischen Moment des Zerwärtens der Jude, der gute Engel der Familie, unterm Tisch hervor und legt dem Kaiser auseinander, daß ein Sieger vor allem seine eigenen schlechten Triebe zu befiegen hat. Napoleon geht in sich und alles endet in eitel Wohlgefallen. Im übrigen — daher der Name „Lustspiel“ — verknüpft der Jude mit intensiver Schacherlust fünf Rippelgülden für die in Geldstämme befindlichen Bredows, redet der Kaiser andauernd mit Herr vivo l'empereur an und wird von diesem als Frühstücksgast zu Schweinebraten eingeladen. Alle Rimenkünste Bonns konnten aus der Rolle nicht einen Funken Leben herauskriegen, und ebenso vergeblich war die eifrige Bemühung der anderen Schauspielere. Dem pünktlich funktionierenden Applaus tat das indessen keinen Abtrag.

Humor und Satire.

Die gepfändete Spritze.

Als ich vor einiger Zeit durch ein thüringisches Dörfchen radelte, bemerkte ich einen Menekenaufzug vor dem Spritzenhause, worin offenbar der Gerichtsvollzieher seines lebenden Amtes wartete.

Ich sprang ab und mischte mich unter die Menge. Was mir dann ein fremdlicher Ortschöffe erzählte, sei hier mitgeteilt: Im Mai dieses Jahres, ließ er sich vernehmen, sahen wir in einer Nacht am südlichen Himmel einen Feuerkometen, der immer mächtiger wurde. Wir zogen deshalb die Spritze aus dem Spritzenhause, spannten sechs kräftige Pferde davor und jagten los. Hinter der Spritze folgten auf vierpännigen Wagen sämtliche Mannschaften unserer freiwilligen Feuerwehr. Wir hielten in dem Städtchen Rippelstedt, das vom Feuer arg bedroht war, achtzehn Stunden wachen und fuhren dann, keum und lahm, aber fröhlichen Dergens, heimwärts.

Viele Wochen später bekommt unser Ortschöffe ein Schreiben, das mit dem Siegel des Magistrats jenes Städtchens geschlossen ist. Na, denkt er, jede gute Tat belohnt sich zwar selbst; jedenfalls aber

Kleines feuilleton.

Ein moderner Theatralen. Der Direktor des Pariser Theatre Antoine, Gémier, wird im Frühjahr eine originelle Idee zur Ausföhrung bringen. Es handelt sich um ein Wandtheater, das nicht nur seine Künstlertruppe und sein ganzes Inszenierungsmaterial, sondern auch sein Gebäude mit sich führt. Gémier hat ein riesiges Zelt konstruieren lassen, das für 1500 Zuschauer Raum bietet. Es bietet alle Bequemlichkeiten, hat Zentralheizung und Wasserlosetz, und alle modernen Sicherungen gegen Feuergefahr. Das ganze Material einschließlich der Dekorationen und der sonstigen Requisiten wird 80 000 Kilogramm wiegen. Zu seiner Veröderung werden 8 Lokomobile genügen, die 31 Waggons ziehen werden. Die Reise wird auf den Landstrahlen vor sich gehen. Auf Schnelligkeit kommt es Gémier nicht an. Er will nicht mehr als 9 oder 10 Kilometer in der Stunde machen. Seine Künstlertruppe wird aus 20 Personen bestehen, sein Musikantenkorps doppelt so stark sein. Gémier will dem Publikum der Provinz ein ausverlesenes Repertoire in guter Vorlesung zu billigen Preisen — 1—3 Fr. — darbieten und so ein Werk „literarischer Dezentralisation“ vollbringen.

Der Siegerzirkus. Aus New York wird berichtet: Schon in diesen Tagen wird der große amerikanische „Siegerzirkus“, ein neues Erzeugnis amerikanischer Erwerbssinn, seine Tournee durch die Union antreten und dann auch Europa durchzweien. Insgesamt sind es bis jetzt sieben Zirkus, die das Jurlandengagement angenommen haben. Einer operiert mit Drachen und Fallschirmen. Die Unternehmner wollen jedoch die Truppe noch vergrößern und insgesamt zwölf Aviatiker vorführen. Die Ausreise aus New York wird in fünf Pullmannwagen und fünf besonderen Waggons stattfinden. Die Truppe verfügt über insgesamt 20 Zwei- und Eindecker und führt ihre eigenen Zelte, Automobile und Herde mit sich. Dieser Zirkus hat sich die Aufgabe der größten, besten und schnellsten Luftschiffahrt der Welt verpflichtet, und in tobendverrückten, abenteuerlich süßen Rennen durch die Lüste werden sie dem Publikum Gelegenheiten geben, für sein Geld auch etwas zu sehen, so lauten die ersten Sätze der bescheidenen Selbstpreisung dieses höchst modernen Zirkusunternehmens, das über ein Kapital von vier Millionen Mark verfügt.

Theater.

Neues Theater: Der Sieger, Lustspiel von Th. von Throta und F. Bonn. Ferdinand Bonn, der interessante Schauspieler, der seine kriegerische Direktionsstätigkeit im Berliner Theater mit der Ausföhrung eines selbst erzeugten Bombendramas „Andolofa, ein deutscher Jüngling“ begann, ist von dem ausföhrlosen Verlangen nach Autorfordern ansehnend noch immer nicht

denen bis jetzt in erster Linie die schwere Industrie berücksichtigt zu sein scheint, ebenfalls zu grundsätzlicher Beratung gestellt werden. Es wurde beschlossen, schon jetzt geeignete Schritte zu tun, um eine von langer Hand vorbereitete planmäßige Sammlung und Verarbeitung des Materials an Wünschen und Vorschlägen für die kommenden Handelsverträge sicher zu stellen und dafür Sorge zu tragen, daß die Interessen der bei den vorigen Handelsverträgen besonders benachteiligten Zweige der Fertigungsindustrie bei den künftigen Handelsverträgen besser gewahrt werden.

Daß die Interessenten aus dem Handel und der verarbeitenden Industrie allen Anlaß haben, in ganz energischer Weise gegen die Bevorzugung der Agrarier und der schweren Industrie, aufzumarschieren, das zeigte sich auch in der Frage der Reorganisation des Wirtschaftlichen Ausschusses. In einer zu dieser Materie angenommenen Resolution erklärt der Handelsvertragsverein:

„An dem Gesamtkarakter des Wirtschaftlichen Ausschusses wird durch die letzte Veränderung nicht das geringste geändert, sind doch unter den zwölf neuen Mitgliedern nur zwei Vertreter der Fertigungsindustrie, obwohl diese in erster Linie gerechtfertigten Anspruch auf weitere Berücksichtigung gehabt hätte.“

Von den 49 ordentlichen Mitgliedern des Wirtschaftlichen Ausschusses gehören an: 16 dem Großhandels-, 16 der schweren Industrie, acht dem Handel und nur acht der Fertigungsindustrie. So kommt es, daß u. a. folgende, sämtlich im H.-S.-B. vertretenen Branchen, von denen jede über 50 Millionen Mark jährlich exportiert, im Ausschuss noch gar nicht vertreten sind: die Edelmetallindustrie, Lederwaren, Konfektion, Fahrradindustrie, wichtige Zweige der chemischen und Maschinenindustrie. Ebenso wenig sind vertreten wichtige Zweige der Meeres- und Binnenfischerei, der Holzhandels-, der Holzhandels- und

Die Entscheidung über die Gestaltung des neuen Zolltarifs fällt bei den nächsten Reichstagswahlen. Der konservativen, Zenträler, Nationalliberalen und den mit diesen koalitierten Freisinn unterstügt, besorgt auf jeden Fall die Geschäfte der Agrarier und der schweren Industrie.

Eisenbahnerstaatlichung? Aus New York wird unterm 23. November gemeldet: In einer Rede vor der Railway Business Association befragte der Vorsitzende der Interstate Commerce Commission Knapp eine gefühlvolle Kooperation der Eisenbahnen an Stelle der bisherigen Politik einer unbeschränkten gegenseitigen Konkurrenz. Die Alternative sei: entweder Regularisierung der jetzigen Zustände oder die Übernahme des gesamten Betriebes durch die Regierung. Diese zweite Möglichkeit berge große Gefahren für das Wohl der Republik in sich. Knapp betonte weiter, es sei notwendig, für ausreichende Einnahmen bei den Bahngesellschaften zu sorgen, um einen entsprechenden Anreiz für die Heranziehung des nötigen Kapitals zu bieten, ferner zur Ermöglichung guter Arbeiterlöhne und zu Betriebsverbesserungen.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Frage der Mutterschaftsversicherung.

Im Auftrage der „Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht“ hielt der bekannte Statistiker Geh. Regierungsrat Prof. Dr. R. Mayer im Kaiserin-Friedrich-Hause einen sehr interessanten Vortrag über das aktuelle Thema: „Der Schutz von Mutter und Kind durch reichsgesetzliche Mutterschafts- und Familienversicherung“. Der gegenwärtig dem Reichstage vorliegende Entwurf einer Reichsversicherungsordnung bestimmt im § 110 auf die Dauer von 8 Wochen ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes für alle die Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor ihrer Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch versichert waren. Neu einbezogen werden in diese Art der Versicherung die Dienstboten, die Arbeiterinnen in Land- und Forstwirtschaft und die weiblichen Hausgewerbetreibenden. Darüber hinaus ist es den Kassen gestattet, freiwillig noch für weitere sechs Wochen vor der Entbindung Schwangerengeld zu zahlen. Von sozialdemokratischer Seite ist das Angulänglich der neuen Bestimmungen bei jeder Gelegenheit betont worden. Auch Prof. Mayer übte — was bei einem Manne in seiner Stellung hoch anerkannt werden muß — herbe Kritik an dem Gesetzesvorschlag. Unter Vorführung trefflicher Beispiele und auf ein außerordentlich reiches Tatsachen- und Zahlenmaterial gestützt, wies der Redner Punkt für Punkt das Angulänglich des Entwurfs nach. Er ist ungenügend, weil das vorgeschlagene Wochenlohn nur zum Teil die Ausgaben deckt, die der Arbeiterin anlässlich der Geburt eines Kindes erwachsen. Sie wird noch wie vor nicht die Mittel haben, um durch bessere Ernährung ihren durch die Leiden der Schwangerschaft und Geburt geschwächten Körper zu kräftigen und zur Stillung des Säuglings tauglich zu machen. Nicht einmal die erforderlichen Hebammenbesuche und ärztliche Behandlung der Schwangeren werden der Arbeiterin zugesichert, denn diese wichtigen Beiträge sind nur in das Belieben der Kassen gestellt, während zu fordern ist, daß sie unter allen Umständen Regelleistung aller Kassen werden. Ebenso unzulänglich ist die Bestimmung, nach welcher die Kassen für 12 Wochen Stillgeld in der Höhe des halben Krankengeldes zahlen können. Was hier als freiwillige Leistung gebietet ist, mühte ebenfalls zur Regelleistung aller Kassen und auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt werden. Kassen, die zu diesen Leistungen nicht imstande sind, haben überhaupt keine Existenzberechtigung.

Die Mutterschaftsversicherung ist von grundlegender Wichtigkeit für die Wohlfahrt unseres ganzen Volkes. Es ist kein Wunder, daß in Deutschland immer noch Jahr für Jahr mehr als 6000 Frauen bei der Geburt oder im Wochenbett sterben, weil sie in ihrer schweren Stunde nicht mit den Schutzmaßnahmen umgeben werden, die die Wissenschaft kennt und die in wohlhabenden Bürgerkreisen zur Anwendung kommen. Es ist eine Ungerechtigkeits gegen die Frauen, wenn die Reichsversicherungsordnung den Arzt, die ärztliche (anstandslos) Behandlung und die Hebammenbesuche als Pflichtleistung der Kassen verlegt. Mehr als doppelt soviel als die Schwedinnen bei den Deutschen an Toten im Jahre 1870 gefordert hat, sterben jährlich von den Frauen bei der Geburt und im Wochenbett.

Wochenlohn und Stillgeld zusammen gesehen noch immer nicht den Lohnausfall der Arbeiterin, die sich deshalb zur Einschränkung der Ernährung genötigt sieht. Dadurch leidet aber das Stillgeschäft, auf das der Vortragende mit Recht den allergrößten Nachdruck legt. Denn von der Ernährung des Säuglings, ob Brust- oder Flasche, hängt die Gesundheit des ganzen zukünftigen Lebens des betreffenden Säuglings ab, seine körperliche und seine geistige Leistungsfähigkeit, sein Knochenbau und die Reigung seiner Organe zu Krankheiten. Prof. Mayer ertrudte hierfür in eingehenden Darlegungen die Beweise aus der Statistik der Säuglingssterblichkeit und dann aus Krankheits- und Leistungsstatistiken überlebender. Kräftige Ernährung der Schwangeren und der Wöchnerin ist das beste Mittel, um dem Unvermögen der Frauen zum Stillen entgegen zu wirken.

Einen breiten Raum in den Ausführungen des Vortragenden nahm im Anschluß daran der reichhaltige Nachweis ein, daß die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge durchaus erwünschlich wäre, selbst wenn die Kassen das Fünftache von dem leisteten, was die Reichsversicherungsordnung obligatorisch vorseht. Einfindlich der im neuen Entwurf ins Auge gefassten Familienversicherung erhebt der Vortragende den Einwand: Sie wäre ganz schon, wenn es nicht hieße, die Zahlung kann sie zubilligen, sondern die Zahlung muß sie zubilligen. Ohne obligatorische Familienversicherung der Familienangehörigen ist die Krankenversicherung eine Halbwelt. Die Familienversicherung besteht heute schon für 3-4 Millionen Versicherte. Es liegt kein Grund vor, weshalb sie sich nicht für die Gesamtheit durchführen ließe. Von großer Wichtigkeit ist auch die Wochenhilfe an versicherten anverwandten Ehefrauen der Versicherten. Auch sie ist als Regelleistung zu fordern.

Eine vernünftige Regelung der Wochenhilfe in diesem Gesetz könnte uns zweimal hunderttausend Säuglingssterbefälle jährlich sparen, mehrere zehntausend der überlebenden Säuglinge könnten durch länger dauernde Brustfütterung aus Schwächlingen zu Lebensfähigen werden; Tausende von Wochenbettsodesfällen könnten so vermieden werden. Die Frauen brauchen nicht so große Lebensopfer auf dem Schlachtfeld des Lebens zu leisten; Tausende und Abertausende von Unterleibs- und Brustkrankheiten der Frauen und Siedlung, welches ihre Familien zerrüttet, ließen sich so vermeiden.

Wir haben zu den vorstehend zusammengefaßten Ausführungen Prof. Mayers nur wenige Bemerkungen zu machen:

1. Die Mehrleistungen, die Prof. Mayer den ohnehin fast belasteten Kassen aufbürden will, müßten wir durch Zuschuß des Staates gedeckt sehen, der unter allen Umständen an der Erzielung eines tauglichen Nachwuchses stark interessiert ist;

2. die Mutterschaftsversicherung kann nur eine der Waffen im Kampfe um die Weiterentwicklung unseres Geschlechtes sein. Gefunde Mütter gesunder Kinder als Normalerscheinung im Professionsleben werden wir erst dann haben können, wenn die Mutterschaft als soziale Leistung voll gewürdigt wird. Auf dem Wege hierzu mag uns die Mutterschaftsversicherung des Gegenwartsstaates eine willkommene Etappe sein.

Eine sächsische Mutterschaftsversicherung.

Die Verwaltung des durch seine Blumenfabrikation bekannten fremdländischen sächsischen Städtchens Sebnitz hat der Provinz einen Beweis sozialer Fürsorge gegeben, der allerorten Nachahmung verdient. In der letzten Sitzung der sächsischen Kollegien beschäftigten sich die Stadtverordneten mit einem Vorschlage des Rates auf Einführung einer Mutterschaftsversicherung. Den Stadtverordneten lag eine von dem Stadtrat Dr. Hesse verfaßte Denkschrift sowie der Entwurf zu einem Ortsstatut über die Mutterschaftsversicherung vor. Stadtrat Dr. Hesse, der sich um die Angelegenheit sehr bemüht hat, ergänzte den vorliegenden schriftlichen Bericht durch längere Ausführungen und meinte, da vom Staate in Sachen der Mutterschaftsversicherung nichts zu erwarten sei, müsse in anderer Weise für Beihilfe gesorgt werden. Wenn die Arbeiterinnen in gewissen Tagen ein sehr gesuchter Artikel seien, habe man die Pflicht, sie in Krankheitsfällen zu unterstützen. Auch der Bürgermeister verteidigte in warmen Worten die Vorlage, und bat um Annahme im ganzen. Erfahrungen seien auf diesem Gebiete noch nicht gemacht, man müsse deshalb die Erfahrungen abwarten. Der Stadtverordnetenvorsteher erklärte, daß er mit der Vorlage einverstanden sei, wolle jedoch nicht, daß auch Mädchen die Mitgliedschaft erwerben können. Er sprach die Befürchtung aus, daß dadurch die Unfruchtbarkeit unter den jungen Mädchen gefördert und eine Erhöhung der Zahl der unehelichen Kinder eintreten werde. Er mühte aber schließlich selbst zugeben, daß dies noch atmosphärische Anschauungen seien und forderte deshalb, daß die Wohltaten dieser sozialen Einrichtung auch den unehelichen Kindern zugute kommen sollen, da für diese der Schutz am notwendigsten sei. Ein Stadtverordneter meinte, daß die Zahl der unehelichen Kinder in den letzten Jahren ziemlich gleich geblieben und von einer Zunahme nichts zu bemerken sei. Nachdem Dr. Hesse und der Bürgermeister noch einmal für das Zustandekommen der Vorlage eingetreten waren, wurde diese gegen eine Stimme angenommen.

Besehende.

Stralen. Montag, den 28. November: „Erläuterung des Programms“.

Gerichts-Zeitung.

Das Gespenst des „Roabiters Aufrufes“

spukte gestern etwas im Amtsgericht Köpenick umher. Ein Mittelposierer Braun hatte richterliche Entscheidung über ein Strafmandat beantragt, durch das ihm 9 M. Geldstrafe auferlegt worden waren, weil er in der Nacht vom 22. zum 23. Oktober am Bahnhof Niederschöne- weide durch ruhlosenden Lärm großen Anstoß verübt habe. Der Termin war auf 10 Uhr angesetzt, da aber der in Niederschöne- weide wohnende Angeklagte in Köpenick Punkt 10 Uhr noch nicht zur Stelle war, so wurde in seiner Abwesenheit verhandelt. Gegen ihn trat als Belastungszeuge der Gendarm Donath aus Niederschöne- weide auf. Donath hatte, so erzählte er, am 22. Oktober gegen Witternacht seine Stulle essen wollen und war zu diesem Zweck in das Bahnhofsrestaurant gegangen. Die Frage, ob er zu der Zeit im Dienst war, wurde vor Gericht nicht erörtert. Im Restaurant sah den Gendarm ein Chauffeur, dem er kürzlich ein Strafmandat besorgt hatte. Der nahm nun an, daß Donath im Dienst sei. Der Chauffeur sei, so behauptete Donath, an ihn herangetreten, habe in beleidigenden Ausdrücken ihm Vorhaltungen darüber gemacht, daß er hier sitze und trinke, und ihm eine Anzeige in Aussicht gestellt. Da packte der Gendarm seine Stulle wieder ein, folgte dem Mann auf die Straße und schickte sich an, ihn festzunehmen. Zeuge Donath schickte, welche Mühe ihm das gemacht habe und wie er schließlich dem Festgenommenen die Kette angelegt habe. Inzwischen seien aber andere Leute dazu gekommen, man habe sich über die Festnahme aufgeregt, und Braun habe gerufen: „Wie in Roabit!“ Nun habe Donath auch Braun festgenommen, was wieder große Mühe gemacht habe, so daß er, der Gendarm, ihn am Stragen habe packen müssen. Zeuge fügte hinzu, gegen beide seien noch besondere Anzeigen wegen Beleidigung bezw. wegen Widerstand erlassen worden. Bei dem Wort „Roabit“ hatten der Vorsitzende und der Amtsanwalt aufgehört. Der Vorsitzende unterstrich dieses Wort, indem er wiederholte: „Wo er hat gesagt: Wie in Roabit!“ Der Amts- walt führte aus, Geldstrafe sei zu milde, Freiheitsstrafe sei das Richtige, er beantrage 4 Wochen Haft. Wohlgerichtet: für den ange- blieh ruhlosenden Lärm; denn nur um den handelte es sich ein- weilen. Nachdem das Gericht sich zur Beratung zurückgezogen hatte, erschien im Saal niemand der Angeklagte. Es war 7 Minuten nach 10 Uhr, als das Gericht in den Saal zurückkehrte und der Vorsitzende das Urteil verkündete. Braun entschuldigte sich, er habe mit der Straßenbahn schlechten Anschluß gehabt. Der Vorsitzende antwortete: „Das Urteil können sie noch anhören.“ Es lautete auf eine Woche Haft. Die Urteilsbegründung betonte, der Angeklagte habe sich eines besonders anstößigen Verhaltens schuldig gemacht. Aufreizend sei der Ausruf: „Wie in Roabit!“ gewesen, der das Publikum hätte deanclassen können, gegen den Gendarmen Partei zu ergreifen.

Das eigenartige Urteil, das — wohl wider Willen — eine schwere Verurteilung des Verhaltens der Polizei in Roabit ent- hält und dafür den Angeklagten büßen lassen will, wird in der Be- rufungsinstanz schwerlich aufrecht erhalten werden.

Eine haltlose Anklage gegen Streikende.

Zwölf Angeklagte in einer Sache hatten gestern vor der 180. Abteilung des Schwurgerichts Berlin-Mitte zu erscheinen. Nach der Darstellung der Anklage hatte die Sache ein höchst gefähr- liches Gesicht. Die zwölf Angeklagten sollen in drei Fällen ge- meinschaftlichen Hausfriedensbruch begangen haben. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme handelt es sich um einen so harm- losen Vorgang, daß man annehmen kann, es würde wohl über- haupt nicht zur Anklage gekommen sein, wenn es nicht Streikende gewesen wären, an denen die Anklagebehörde ein Exempel statuieren wollte.

Während des Schmiedestreiks sollten Erhebungen angestellt werden über die Zahl der Meister, welche bewilligt hatten, sowie der arbeitenden Gesellen. Die Streikenden gingen mit so großem Eifer an die Erfüllung dieser Aufgabe, daß sich ihrer zwölf zu- sammensanden, um einige Werkstätten in der Luisenstraße zu

kontrollieren. Dort befinden sich auf einem vom Eisenbahnstaß verpachteten großen Grundstück außer einem Omnibusdepot und mehreren Fußgepfächten auch einige Schmiedewerkstätten. Die zwölf Angeklagten gingen zuerst nach der Werkstatt des Meisters Höppler. Nur einige von ihnen gingen hinein, um den Gesellen zu sprechen. Meister Höppler sagte: „Nacht, daß Ihr raus- kommt.“ Dieser Aufforderung wurde sofort Folge geleistet. Auf dem Hofe unterhielt sich der Meister mit den Angeklagten dann in ganz freundschaftlicher Weise. Die Wächterin des Grundstücks, Frau Behrens, stand auf dem Dache eines Schuppens und strich daselbst mit Teer an. Da rief ihr Meister Höppler zu, sie solle die Streikenden vom Hofe weisen. In richtiger Würdigung der Situation sagte Frau Behrens die Sache von der weiteren Seite aus. Sie lachte und spritzte mit dem Teerpinsel nach den Strei- kenden, ohne sie zum Verlassen des Grundstücks aufzufordern. Hierauf gingen die Angeklagten zur Werkstatt des Meisters Falke. Der war gar nicht anwesend. Trotzdem versuchte er als Zeuge die Sache möglichst günstig darzustellen. Gesehen und gehört hat er nicht, was die Angeklagten machten. Aber ein Inspektor der Omnibusgesellschaft soll ihm erzählt haben, die Streikenden seien im Sturmsturm auf den Hof gekommen und hätten den Gesellen Falke bedroht. Der Geselle habe am ganzen Körper wie Eis- blaun gezeitert. Eine Aufforderung, das Grundstück zu verlassen, ist auch in diesem Falle nicht erfolgt. Nun gingen die Angeklagten nach der Werkstatt des Meisters Timm. Inzwischen hatte irgend jemand die Polizei benachrichtigt. Ein Schuttmann erschien auf dem Hofe und stellte die Namen der Angeklagten fest. Erst in diesem Augenblick kam Meister Timm hinzu, der von der ganzen Sache nichts wußte. Auch hier sind die Angeklagten nicht zum Ver- lassen des Grundstücks aufgefordert worden. — Trotzdem sind sie, wie gesagt, wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruches in drei Fällen angeklagt.

Dem Anwalt blieb unter diesen Umständen nichts übrig, als die Anklage in den Fällen Falke und Timm fallen zu lassen. Im Falle Höppler aber hielt er die Anklage aufrecht und bean- tragte gegen jeden der Angeklagten eine Woche Gefängnis.

Die Verteidiger, Rechtsanwälte Dr. Ostas Gohn und Kuhn, wiesen nach, daß auch der Vorgang mit dem Schmiedemeister Höppler nicht als Hausfriedensbruch angesehen werden kann und die Angeklagten deshalb freigesprochen werden müssen. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt der Verteidigung und sprach sämtliche Angeklagte frei. In den Fällen Falke und Timm — sagte der Vorsitzende — könne von Hausfriedensbruch gar keine Rede sein. Im Falle Höppler könnte es scheinen, als wenn Hausfriedensbruch begangen wäre, aber es sei auch hier nicht der Fall. Ungewöhnlich sei es ja, daß zwölf Mann hoch auf den Hof gehen, um mit einem Schmiedegesellen zu sprechen. Aber die Angeklagten hätten sich anständig benommen, es sei kein rohes Wort gefallen und keine Tätlichkeiten vorgekommen. Mangels ausreichender Beweise müsse Freisprechung erfolgen.

Wegen Schulversummen

Ihrer Kinder waren Pfl und Genossen aus der Gegend von Bonn angeklagt worden. Das Landgericht sprach sie frei weil der Schul- weg bei dem herrschenden schlechten Wetter sich in einem derart schlechten Zustande befunden habe, daß mit einer Gefährdung der Gesundheit der Kinder zu rechnen gewesen sei. — Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob das Kammergericht das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück: In Frage läge die Rabinetsorder von 1825, welche im Rheinland die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts über die Schulpflicht eingeführt habe. Danach könnten nachlässige Eltern bestraft werden, wenn die Kinder ohne ausreichenden Grund die Schule veräumten. Ob die Angeklagten in dem Sinne nachlässig waren, sei noch nicht geprüft. Die Feststellung über die Beschaffenheit des Schulweges genüge noch nicht. Es frage sich zum Beispiel, ob die Kinder nicht einen besseren, wenn auch weiteren Weg gehen konnten; ob es nicht möglich war, sie per Wagen in die Schule zu schaffen. Uff.

Aus aller Welt.

Das Paradies der Klöster.

Aus Brüssel wird uns geschrieben: Der gute Ruf, den Belgien bei den Fremden genießt, droht ihm wieder einmal verhängnisvoll zu werden. — Als selbsteig in Frankreich die Trennung von Kirche und Staat vollzogen wurde, haben sich die Kongregationen flugs nach dem benachbarten Belgien gewendet, wo sie insbesondere von der Regierung eine bessere Behandlung wie in ihrem Vaterlande zu erwarten hofften. Die belgischen Alerikalen haben dieses Vertrauen auch völlig gerechtfertigt. Die Regierung unterstützte durch Millionen- subventionen die von den Nonnen unternommene Verpflanzung des Unterrichts und der Senat erledigte mit der größten Promptheit die Massenansuchen um Naturalisierung. — Nun, da Portugal mit dem geistlichen Orden Rekrus machte, wenden sich auch diese wieder vertrauensvoll dem „Paradies der Klöster“, Belgien, zu. Der diplomatische Weg wird ja wohl schon angebahnt sein, um eine gastliche Aufnahme vorzubereiten; aber auch auf dem Interatenwege wird bereits für „Unterkunft“ gesorgt. Ein Alerikales Blatt läßt vernehmen, daß portugiesische Nonnen sich im Gebiete der Provinz Lüttich oder in Brabant anzulassen wünschen, und zwar vor der Hand mit fünfzehn Schwestern, Grundstücken uff.

Verhuldbig: für Schwestern und Grundstücke reicht es den armen Kongregationen; sowie sie aber im Lande sind, hört man von ihrer Armut und die Regierung wird unentwegt angepumpt. . . . Armes Belgien! Wenn jetzt auch noch Spanien dem Beispiel Portugals folgt, können die Belgier selber auswandern. Die Konkurrenz mit den mit Geschäfts- und Erwerbssinn wie man wohl höchst irrtisch begabten Orden wird für die Einheimischen nachgerade unheimlich. Immerhin lassen die Wächter die Hoffnung aufkommen, daß der großmütige Alerikale Wächter selbst in nicht allzu langer Zeit vor die Türe gesetzt werden wird, womit auch den aus anderen Ländern vertriebenen Schwärzen das Vertrauen auf gute Aufnahme in Belgien schwinden dürfte.

Raubmord in Frankfurt a. M.

Western vormittag wurde in einer Schutzkille in der Bergerstraße in Frankfurt a. M. die Leiterin des Geschäftes, eine Frau Maier, durch zahlreiche Messerstiche ermordet, aufgefunden. Der Täter hatte nach der Ermordung der Frau die Ladenkasse beraubt. Der Leichenbefund ergab, daß zwischen dem Mörder und der Ge- tödteten ein längerer Kampf stattgefunden haben muß. Wenige Stunden später wurde der Mörder in der Person des Kellers Waldschmidt aus Gladenbach festgestellt. Bei der Verhaftung bemächtigte sich des Publikums, das den Mörder lynchen wollte, eine solche Erregung, daß die Polizei blanz zog, um die ansturmende Menge zurück- zuhalten. Im Gefängnis hat der Keller gestern Abend mit einem Taschenmesser einen Selbstmordversuch gemacht. Die Verletzungen sind so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Aus einem industriellen Niesenunternehmen.

Eine allgemeine Fällung veranlaßt auch die Biema Fried. Krupp A.-G. in gewissen Zeiträumen. Das Ergebnis einer solchen Fällung vom Mai dieses Jahres wird in der letzten Ausgabe der Kruppischen Mitteilungen veröffentlicht. Auf sämtlichen Werken der Firma waren 70249 Arbeiter und Beamte be- schäftigt, die mit ihren Familienangehörigen eine Kopf-

Jahrl von 228000 Personen ergeben. Rechnet man dazu noch die von den Betrieben der Konsumanstalt Angestellten, die Arbeiter und Beamten auf dem Hügel und bei der Gewerkschaftsmischer Spitze, an der die Firma beteiligt ist, mit ihren Familienangehörigen, zusammen 12 800 Personen, hinzu, so beläuft sich die Gesamtzahl der zur Firma Krupp gehörigen Gemeinschaft auf 241 535 Personen, womit etwa die Einwohnerzahl von Städten in der Größe von Charlottenburg oder Chemnitz erreicht wird. Bei den Werken der Firma sind vor allem zu nennen: die Gußstahlfabrik Essen mit ihren Zehnerwerken, Schießplätzen, Kohlenzechen und Eisenbergwerken, ferner die Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen, das Stahlwerk Annen, das Kruppwerk in Magdeburg und die Germania-Werke in Kiel. Von den 70 249 Betriebsangehörigen im engeren Sinne waren 61,8 Proz. verheiratet und 38,7 Proz. ledig. Von den Arbeitern und Beamten sämtlicher Werke waren 12 800 mit 81 267 Familienangehörigen in Fabrikwohnungen und Logier- und Schlafhäusern untergebracht. Im Besitze der Gußstahlfabrik Essen allein ist die Zahl der Fabrikwohnungen in den letzten sieben Jahren von 4291 auf 6739 gestiegen.

Alle die Kleinstmehrwerte, die durch die Arbeit der Arbeiter und Angestellten geschaffen werden, fließen in die Taschen der Familie Krupp. So will es die „göttliche“ Weltordnung!

Kleine Notizen.

Selbstmord einer Familie. Durch Leuchtgas hat sich in Frankenthal in der Pfalz das Ehepaar Dollé und ihr 30jähriger Sohn

vergiftet. Das Motiv der Tat liegt in den zerrütteten Vermögensverhältnissen der Familie.

Während eines Brandes in der Brauerei Gans in Mannheim erlitten zwei Brauereiarbeiter so schwere Brandwunden, daß sie nach kurzer Zeit starben.

Eine Explosion schlagender Wetter ereignete sich in der letzten Nacht auf der Feste Victoria Mathias bei Essen. Fünf Bergarbeiter erlitten bei der Explosion leichte Verletzungen.

Durch einen Eisenbahnzug wurde in der Nähe von Allenstein ein Wagen mit zwei Zuffassen überfahren und zertrümmert. Die beiden Zuffassen sind tot.

Gesunkener Dampfer. Nach einem Zusammenstoß mit dem englischen Dampfer „Soypho“ ist im Hamburger Hafen der einlaufende englische Dampfer „Jhllon“ gesunken. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Die Cholera in der Türkei. Infolge der immer weiteren Ausbreitung der Cholera kündigte der Gouverneur von Pera an, daß alle Schulen geschlossen werden sollen. Auch die Schließung der Restaurants ist in Aussicht genommen.

Briefkasten der Redaktion.

Brand, Schwere. Es sind nur noch 120 Millionen Mark vorhanden. — **G. 9.** Das ist abhängig von den politischen Umständen und dem Verhalten getroffenen Abmachungen. Betrachten Sie daher den Eigentümer. — **Alter Abonnent 27.** Nicht krankenversicherungspflichtig. — **W. St. 12.** 1. In Berlin bis 11 Uhr. 2. Polizeistraf, falls später. — **R. G. 83.** Fragen Sie bei dem Verband der Bordiers, Paul Metz, Rosenfelder Str. 57, an. — **G. Bierger Dr. 9.** Nach Bankrott, seit 1895. — **G. W. Vierterfeld.** Der Vertrag ist nicht kündbar. Ein Kauf mit daran anschließendem Leihvertrag oder ein Sicherungsübereignungsvertrag würde wickeln. Der letztere würde der Situation entsprechen. — **W. G. 49a. Ra.** — **St. 3. 100.** Der Tausch ist erforderlich. — **Sänger, Nidort.** Sie raten sowohl vom Beitritt als wie zur Uebernahme einer Vertretung ab. — **H. 20.** An den Transportarbeiter-Verband, Angelufer 15, oder an die Geschäftsleitung. — **Beck, Wählendek.** Nach Ihren wissenschaftlichen Werken nicht. — **Arbeiterretariat Hensburg.** Beide haben ihr Bureau gemeinschaftlich, Chausseestr. 121. — **H. 25.** Wir halten eine Anfechtung des Testaments aus dem angegebenen Grunde für aussichtslos. — **G. 2. 46. 1. Klein. 2. Ja.** — **R. G. 1895.** Fragen Sie bei der Akademie direkt an. — **S. M. 11. Wein.** — **G. 2. 100.** Werden Sie sich an den Gemeindefreiwirtschaftsverband, Angelufer 14/15. — **S. 12.** Nur dann, wenn Verführung vorliegt und der gefällige Vertreter Strafantrag stellt. — **H. 21.** Auf Verhüte zur Siedenermittlung können wir uns nicht entlassen. — **56. H. N.** Wenn die Geldmittel es gestatten, raten wir zur Beschaffung eines Vertreters. Die Möglichkeit der Bestrafung ist nicht ausgeschlossen. — **29573. C. G.** Verjährt ist der Anspruch noch nicht. Prüfen Sie aber, ob Sie bei dem Vergleich mit dem Vater nicht etwa auf Ihre Rechte gegen den Sohn verzichtet haben. — **H. 3. 3080.** Die Frage läßt sich nur nach Prüfung des Urteils beantworten. — **H. 17.** Nach Ihrer Darstellung ist Ihr Anspruch begründet. — **H. 2. 1. und 2. Ja.** — **G. 8.** Wenn Sie nachweisen können, daß als Zahlungstermin der Januar vereinbart ist, so können Sie auf Herausgabe klagen. Ist der Nachweis nicht zu führen, so ist vorher zu zahlen. — **G. 6. 40.** Hat der Schwiegervater dem Kinde in der Zeit, für welche Klimente rückständig sind, Unterhalt gewährt, so sind Sie zahlungspflichtig.

Öffentliche politische Versammlungen.

3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, den 27. November, abends 6 1/2 Uhr:

Versammlung für Männer u. Frauen

im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Vortrag des Landtagsabg. Heinrich Ströbel.

Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein.

Eintritt inklusive Gatterode 20 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Um rege Beteiligung ersucht

Der Eintragsort: August Vohl, Raumnstr. 30.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 27. November. Sämtliche Abteilungen 1/2 Uhr: Baumhülsweg (Speer). 3. Abt.: Die Abteilungsversammlungen finden nicht wie bisher im Märkischen Hof, sondern Reichsberger Hof, Reichsberger Straße 147, und zwar jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat statt. Die nächste Versammlung ist am 30. November, abends 8 1/2 Uhr, während die erste im Dezember ausfällt. Verein Lichtenberg, 1 Uhr: Kartoffelkultur nach Raulsdorf-Süd (zum Wärfen). Start an den bekannten Stellen. Bei schlechtem Wetter per Bahn oder Straßenbahn zwischen Raulsdorf und Raulsdorf. 13/3

Ortskrankenkasse für das Goldschmiedegewerbe zu Berlin.

Am Sonntag, den 3. Dezember 1910, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Angelufer 15, Saal 1, findet die Wahl der Delegierten für die Jahre 1911-1912 statt. Die Wahl der Teilnehmer findet von 9-10 Uhr und der Arbeitgeber von 9-10 Uhr statt. 206/20 Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. Der Vorstand: H. K.: Otto Almsinger, Vorsitzender.

Tolstoi-Romane für nur 3 Mark

Ganzkleinend. m. künstl. Dackelpr. Frankfurter, b. Boring all. 4 Romane Tolstoi, Graf Leo, Auferstehung Tolstoi, Graf Leo, Kroutzer-Sonate Tolstoi, Graf Leo, Anna Karenina Tolstoi, Graf Leo, Krieg u. Frieden Otto & Co., Schönberg-Berlin, Martin-Lutherstr. 50. 197/4

ZOMAROM

Bouillon-Würfel
der beste und billigste

Nährmittelfabrik „Zomarom“ München, Promenadestraße 6. Generalvertreter: Alfred Hirsch, Berlin W. 30, Bamberger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 5737.

„Silesia-Bad“

Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.

Lieferant aller Kassen.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 6157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Arbeiter-Bekleidung — Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft Alexanderstr. 12.
Landsberger Allee 148. Rixdorf: Bergstr. 66.

JOSETTI JUNO

Cigaretten müssen Sie stets verlangen, wenn Sie Wert darauf legen, eine Marke zu kaufen, deren Qualität Sie vollkommen zufrieden stellt.
Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

Soeben ist erschienen:
Preussischer Kommiss
Geschichten aus dem Soldatenleben von AUGUST WINNIG
Mit zahlreichen Illustrationen von J. Damberger-Rändchen
Preis 1,50 M. Gebunden 2.— M.
Auch in 10 Heften a 15 Pf. zu beziehen.
Der Verfasser paßt den in Deutschland immer abnehmenden Stoff frisch und lebendig an. Er entwirft fesselnde Bilder, die für Gedulte und Nichtgedulte gleich interessant sind und gegenüber der landläufigen Militärverherrlichung einmal die Wirklichkeit schildern. Zu beziehen durch alle „Vorwärts“-Expeditionen sowie durch die Spedition des „Vorwärts“ Lindenstr. 69 (Laden).

Chick u. elegant
kleidet man sich b. Schneidermeister **M. Katz,**
Dresdener Straße 76
gegen Teilzahlung v. monatlich M. 10,00 od. wöchentlich M. 2,50 nach Maß in künstlerischer Ausführung.
Engl. Jacketanzug 58 M.
Smoking-Anzug . . 72 M.
Gehrock-Anzug . . 78 M.
Paletots und Ulster von 55 M. an.

Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten Herren-Winter-Paletots u. Ulster und Anzüge in neuem sowie speziell Monats-Garderobe von kostbaren getragenen Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Battangänge sind in großer Auswahl stets zu tauschenden billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Hochbahnhofsstation Rottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Ohne jede Anzahlung verkaufe ich Pianos
erstklassiges Fabrikat (unial präpariert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisanschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Conrad Krause Nachf. Berlin, Ansbacher Str. 1
Ecke Kurfürststr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Betrifft Herren
welche sich elegant kleiden und auch beim Einkauf sparen wollen. Wir empfehlen aus unserer Abteilung fertige Herrensachen: Gegenüberkauft Winterpaletots, Ulster und Anzüge. Diese Stücke sind zum Teil aus feinsten Materialien gefertigt (mit Steppfutter, auch auf Seide gefüttert), für jeden Herrn passend am Lager, u. s. w.
Serie I Serie II Serie III Serie IV
Winterpaletots . 10.- 14.- 18.- 22.- etc.
Ulster engl. Farben 12.- 16.- 20.- 24.- .
Jackett-Anzüge 11.- 15.- 18.- 24.- .
Gehrock-Anzüge 18.- 22.- 27.- 32.- .
Belnkleider v. M. 5.— an
Hochzeitsanzüge, Übergangspaletots, Bekleider, Sammetmäntel etc. sehr preiswert
Versendung von Gesellschafts-Anzügen.
Abonnements-Haus Jägerstr. 11 G. m. b. H.
in Laden
zwischen Friedrich- und Kanonenstraße
Verzehr- und Abonnements-Abteilung, Sonntag 9-10, 12-2 Uhr geöffnet.

Achtung! Zigarrenhändler!!
Einfache, elegante, sowie originelle
Zigarren-Weihnachtspackungen
ferner: 1/20 u. 1/40 in allen Sorten u. Preislagen.
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 49, 70 Neue Königstraße 70
Telephon: Amt VII, 3647.
Tabak — Zigarren — Zigaretten — en gros.

Aepfel
für Tafel- und Wirtschaftszwecke von 9 M. an aufwärts empfiehlt: (191/20)*
Freiherrl. v. Friejensche Gartenbau-Gesellschaft, G. m. b. H.

Gewerkschaftshaus
mit 100 Seiten, Versammlungssaal, Saal in einer lüftungsreichen Industriehalle an launigen, nachweislich tüchtigen Vätern zu vergeben.
Angebot unter M. 893 FM. an Rudolf Mosse, Stuttgart.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Grosser Lebensmittel-Verkauf

Soweit
Vorrat

Obst

Kochäpfel	Pfund	8	Pf.
Thüringer Tafeläpfel ..	Pfund	12 15	Pf.
Kochbirnen gross	Pfund	13	Pf.
Apfelsinen	Dutzend	25 45	Pf.
Almeria-WeiTrauben ..	Pfund	20 28	Pf.
Bananen		13	Pf.

Gemüse

Rot-, Weiss-, Wirsingkohl	Kopf	5, 8, 10	Pf.
Blumenkohl	Kopf	15, 20, 25	Pf.
Teltower Rübchen	Pfd	10	Pf.
Sellerie	Knolle	5, 8, 10	Pf.
Mohrrüben	3 Pfd.	10	Pf.

Wild u. Geflügel

Junge Hühner	Stück	80	Pf.	1 ⁰⁰	1 ²⁰
Junge grosse Hähne ..	Stück	1 ⁴⁵	1 ⁶⁵	2 ⁰⁰	
Suppen-Hühner	Stück	1 ⁴⁵	1 ⁶⁵	2 ⁰⁰	
Junge Enten	Stück	1 ⁹⁵	2 ²⁵	2 ⁶⁵	
Hirsch	<u>Ragout</u>	25	<u>Blatt</u>	55	<u>Keule</u> 80 <u>Rücken</u> 80
Reh	<u>Rücken</u>	4 ⁵⁰ bis 8 ⁰⁰	<u>Keule</u>	4 ²⁵ bis 7 ⁵⁰	<u>Blatt</u> 1 ⁴⁰ bis 1 ⁷⁵
Hasen grosse, gestreift	Stück	3 ¹⁰	3 ⁵⁰		
Pa junge Bratgänse	Pfd.	60	Pf.		
Pa Oderbr. Fettgänse	Pfd	65, 68	Pf.		

Wurstwaren

Oldenburger Cerv. u. Salami	Pfund	1 ²⁰
Cervelat u. Salami Thüringer Art	Pfund	1 ³⁰
Teewurst Rügenwalder Art	Pfund	1 ¹⁵
Tomaten-Leberwurst	Pfund	1 ²⁰
Pasteten-Leberwurst	Pfund	1 ⁰⁰
Feine Leberwurst	Pfund	95
Landleberwurst	Pfund	85
Jagdwurst	Pfund	95
Sülzwurst	Pfund	75
Rot- und Zwiebelwurst	Pfund	50
Mausschinken	Pfund	1 ²⁰
Schinkenspeck	Pfund	1 ⁰⁵
Spickbrust	Pfund	1 ⁴⁵

Fische

Nur Leipziger Strasse

Leb. Hechte Pfd. 56, 80 Pf.	Leb. Port.-Schleie Pfd. 1 ¹⁰	Frischer sch. ved. Flusslachs im ganz. Pfd. 95 Pf.
Leb. Karpfen Pfd. 60, 80 Pf.	Grosse lebende Hechte im Anschnitt Pfd. 75 Pf.	Tafellachs im ganz. 38, im Anschn. 55 Pf.
Leb. Bleie Pfd. 40, 50 Pf.	Frischer Haffzand. Pfd. 55 Pf.	Heilbutt im ganzen, Pfd. 30, 45 Pf.
Leb. Aalquappen Pfd. 48 Pf.	Frische Hechte Pfd. 45 Pf.	Rotzungen ... Pfd. 20, 30 Pf.

Schellfisch, Kabeljau, Seelachs, Schollen zu billigsten Tagespreisen

Nur Leipziger Strasse und Alexander-Platz

Schweinefleisch

Rückenfett	65	Pf.
Bauch	65, 70	Pf.
Schinken	70, 75	Pf.
Lieser	70	Pf.
Blatt	70	Pf.

Hammelfleisch

Dünnung	60	Pf.
Rücken	75	Pf.
Dicke Rippe	75	Pf.
Hammelkeule	80, 85	Pf.
Kotelett	Stück 15	Pf.

Rindfleisch

Querrippe	70	Pf.
Kamm	75	Pf.
Rinderbrust	75	Pf.
Schmorfleisch	95	Pf.
Roulade	95	Pf.

Kalbfleisch

Kalbskeule	1 ¹⁰ bis 1 ²⁰
Kalbsrücken	1 ¹⁰ bis 1 ²⁰
Kalbsbrust	1 ⁰⁰ bis 1 ¹⁰
Kalbskotelett	1 ⁴⁰
Schnitzel	1 ⁰⁰

Gehacktes 60 Pf. | Frische Blut- u. Leberwurst 60 Pf. | Gulasch 60 Pf.

Wettbewerb.

Unser Preisausschreiben hat folgendes Resultat ergeben:

Erster Preis: 500 M. für den Namen:

Deutsch-Pilsener Brauhaus.

Zweiter Preis: 300 M. für den Namen:

Hansa-Brauerei.

Dritter Preis: 100 M. für den Namen:

Vorwärts-Brauerei.

Für die beste Schutzmarke: 100 M.

Unter den übrigen Teilnehmern werden → 200 Kasten a 30 Flaschen unseres Bieres verlost.

Pilsener Brauhaus G. m. b. H. in Berlin

Rungestraße 18a.

Dandy

La Fleur

Deutschlands

führende Marken

überall erhältlich

MANOLI Cigaretten-Fabrik

Gibson Girl

Abbas

Stadtverordneten-Versammlung.

23. Sitzung vom Donnerstag, den 24. November, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michalec eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Zur Erledigung kommt zunächst die Vorlage wegen Gewährung einer Beihilfe für ein vom Altverein des Zoologischen Gartens zu errichtendes Aquarium...

Referent ist Stadtv. Dr. West (Soz.): Der Ausschuss hat, der Vorlage entsprechend, die Gewährung von 25000 M. jährlich auf 40 Jahre als Beihilfe zum Betriebe eines Aquariums befürwortet, desgleichen die Erhöhung der Subvention für den Zoologischen Garten von 12000 auf 21000 M. jährlich unter der Bedingung, daß die in dem Vertragsentwurf bezüglich des neuen Aquariums angestrebten Vergünstigungen für die Schülerbezüge vom 1. April 1911 ab auch auf den Zoologischen Garten Anwendung finden...

Stadtrat Ramsau: Der Altverein hat erklärt, diese letztere Bedingung nicht erfüllen zu können; es sei in dem geplanten Gebäude kein Platz dafür. Auch liege zurzeit angesichts der zahlreichen vorhandenen gleichen Zwecken dienenden Institute kein Bedürfnis vor; sollte es später sich aufzwingen, so werde es an Entgegenkommen nicht fehlen.

Stadtv. Solmitz (Fr. Fr.) bekämpft sich als Urheber der Resolution, bittet jedoch, sie nach diesen Erklärungen fallen zu lassen. Die Vorlage wird nach den Ausschlußanträgen angenommen, die Resolution abgelehnt.

Bei den Ausschachtungen auf dem Terrain für eine neue Jrenanstalt in Buch sind in diesem Sommer Spuren einer vorgeschichtlichen Ansiedelung bloßgelegt und durch das R. A. M. u. s. weiter verfolgt worden, wobei zum ersten Male eine vollständige Dorfanlage aus der Bronzezeit (zirka 1000 Jahre v. Chr.) aufgedeckt worden ist. Zum Abschluß der Ausgrabungen und für die systematische Untersuchung des Geländes sind im ganzen 2500 M. über den Etat erforderlich. Die Bewilligung erfolgt ohne Debatte.

Auf Grund der Beratungen der gemischten Deputation sucht der Magistrat für die zukünftige Verteilung von Mitteln im Etat, aus denen den in Berlin ortsbahngelagerten Kriegsteilnehmern von 1894, 1895 und 1870/71 Zuwendungen bewilligt werden können, die Zustimmung der Versammlung nach. Die Empfänger müssen am 2. September 1910 ihren Wohnsitz in Berlin gehabt haben, die Zuwendungen, die ihnen auf Antrag bewilligt werden können, dem Grade ihrer Bedürftigkeit angemessen sein. Im Etatsjahr 1911 sollen 150000 M. für diesen Zweck ausgeworfen werden.

Stadtv. Modler (A. L.) hebt hervor, daß die gemischte Deputation die Zuwendung als eine Ehrengabe, nicht als ein Almosen betrachtet wissen will. Da der 2. September 1910 als Stichtag gelten solle, sei es auch angezeigt, schon für das Jahr 1910 eine Ehrengabe zur Verteilung zu bringen. Modler bringt einen entsprechenden Antrag ein und bittet, ihn trotz der ablehnenden Haltung des Kammerers einstimmig anzunehmen.

Stadtrat Ramsau: Trotz seines warmen Herzens für die Veteranen muß der Magistrat in den Grenzen des Möglichen bleiben und kann nicht Hoffnungen erwecken, die nachher nicht in Erfüllung gehen. In dem Dispositionsquantum sind für diesen Zweck keine 150000 M. mehr vorhanden; auch würden die vorliegenden Tausende von Gesuchen ja gar nicht mehr rechtzeitig erledigt werden können. Unsere Finanzen würden durch den Antrag Modler in Unordnung gebracht werden.

Stadtv. Bergmann (Soz.): Aus der Tatsache, daß Tausende von Gesuchen vorliegen, geht unzweifelhaft hervor, daß eine Notlage vorhanden ist; der Antrag Modler kann und soll eine rasche Abhilfe schaffen. Die Schwierigkeit der Erledigung der Arbeiten im Magistrat soll man doch nicht immer und namenlos nicht bei solchen Gelegenheiten vorschleppen. Solange der Staat seine Aufgabe nicht erfüllt hat, den Bedürftigen zu helfen, müssen wir uns für verpflichtet ansehen, helfend einzugreifen. Was die „ungeordnete Finanzwirtschaft“ anbetrifft, so werden wir uns bei anderer Gelegenheit darüber aussprechen; durch 150000 M. mehr oder weniger aber kann niemals die Finanzwirtschaft Berlins über den Haufen geworfen werden. Selbst bei völliger Erschöpfung des Dispositionsfonds werden die erforderlichen Mittel aufzubringen sein. Wer schnell hilft, hilft doppelt. (Beifall.)

Stadtv. Gassel (A. L.): Ich muß ja anerkennen, daß uns die 150000 M. im nächsten Jahre fehlen werden. Da es sich aber um eine ganz besondere Ausgabe handelt, muß auch einmal eine Ausnahme statthaft sein. Es ist die Anregung zu der Maßnahme gekommen aus der Feier des 40jährigen Gedenktages des Sieges von Sedan, und da scheint es uns notwendig, mit der Zuwendung auch sofort zu beginnen, da das Reich seiner Verpflichtung nicht nachkommen ist. Die Berliner Finanzen werden dadurch nicht in Verletzung geraten. Die Gesuche werden in der Zeit bis zum 31. März wirklich noch alle zu erledigen sein.

Vorsitzer: Von einem Nothstand, der vorliegen soll, ist keine Rede gewesen. Wir wollen hier ein Geschenk machen.

Stadtv. Bergmann: Gewiß soll hier der Charakter einer Armenunterstützung ausgeschlossen sein. Der Begriff des „Nothstandes“ ist andererseits sehr behdbar; auch der Stadtrat Ramsau sprach von den Tausenden von „Geschunden“.

Stadtv. Gassel: Es soll wohl weniger ein Geschenk als eine Ehrengabe sein; die Zuwendung soll ja auch „nach dem Grade der Bedürftigkeit“ erfolgen.

Die Vorlage wird darauf einstimmig, der Antrag Modler gegen eine erhebliche Minderheit angenommen.

An den Vereinen für das W. L. I. der aus der Schule entlassenen Jugend wird zur Einrichtung und zum Unterhalt von 7 im Etatsjahr 1910 neu eröffneten Schulfächern ein Betrag von 10500 M. als außerordentliche Kostenbeihilfe gewährt.

Am 31. März er. gelangte in der Versammlung folgende Resolution zur Annahme: „Den Magistrat zu ersuchen, das

Auswärtswohnen der Beamten

nur unter scharfer Kontrolle der Bedürfnisfrage in Zukunft zu gestatten.

Der Magistrat bringt zur Kenntnis, daß er daraufhin bestimmte Grundzüge für das Auswärtswohnen festgesetzt hat, nach welchen diese Erlaubnis erteilt wird.

Stadtv. Bergmann: Die Vorlage versucht eine Frage zu ordnen, welche schon öfter und lange erörtert worden ist. Wenn man glaubt, daß Berlin dem Beispiel gewisser Vororte auf diesem Gebiete zu folgen hätte, so ist das ganz irrtümlich. Groß-Berlin ist ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, die Verkehrsbeziehungen zwischen den einzelnen Orten und Berlin sind durchaus flüssig. Es spielen hier sehr stark Hausbesitzerinteressen hinein. Die jetzt vorgeschlagenen Bestimmungen stellen allerdings ungefähr dasjenige fest, was bisher seitens des Oberbürgermeisters imgeachtet worden ist. Er hat stets eine strenge Prüfung der Bedürfnisfrage eintreten lassen. Unter diesen Umständen haben wir gegen die mitgeteilten Bestimmungen nichts einzuwenden.

Stadtv. Gassel: Es handelt sich hier nicht um Maßnahmen, welche die Folgen von Maßnahmen einzelner Vorortgemeinden sind, es handelt sich auch nicht um eine Kampfmahregel gegen die Vororte. Der Rechtsstandpunkt ist der, daß die Beamten und Lehrer einer Stadt ihre Residenz in dieser Stadt zu nehmen haben. Ausnahmen zu statuieren, muß aus Billigkeitsrücksichten zulässig sein; in dieser Beziehung muß in einem Ausschuss nähere Prüfung stattfinden. Nicht im Interesse der Hausbesitzer, sondern der ganzen Bevölkerung Berlins, insbesondere im steuerlichen Interesse muß gefordert werden, daß die Beamten, Lehrer und Lehrerinnen, die ihre Amtspflicht in Berlin zu erfüllen haben, auch in Berlin wohnen. Unsere Beamten und Lehrer müssen sich als Bürger unserer Stadt Berlin fühlen.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Ich hoffe meinerseits, daß die Vorlage ohne Verschärfung aus dem Ausschuss herauskommen wird, denn ich halte sie nicht für ein Ruhmesblatt in der Geschichte der städtischen Verwaltung. (Anruhe.) Als der verlorene Kollege Wallach diese Forderung zuerst vorbrachte, wurde er hier nicht ganz ernst genommen. (Stürmischer Widerspruch.) Jetzt hat sich das Blatt gewendet. Selbstverständlich hat niemand, dessen Amtspflicht es verlangt, daß er in der Stadt wohnt, das Recht, auswärts zu wohnen. Die Vorlage aber geht darauf hinaus, auch denen, deren Auswärtswohnen dem Interesse des Dienstes absolut nicht schaden würde, das Auswärtswohnen zu beschränken. Soweit sollten wir lediglich im steuerlichen Interesse doch nicht gehen. Wir wissen doch, wie schwer es ist, tüchtige Beamte für die Stadt heranzuziehen. (Widerpruch.) Das geht ja bis in die obersten Stellen hinauf. Jetzt wollen Sie die Auswahl noch weiter erschweren. Im Westen Berlins gibt es jetzt kaum noch Häuser, deren Wohnungen sich für Beamte eignen. Entweder sind es alte Häuser, in die er nicht hineinmag, oder moderne, wofür er den Wohnungspreis nicht erschwingen kann. (Lebhafter andauernder Widerspruch.) Alle Beschränkungen, die nicht im Interesse des Dienstes erfolgen, sind unnötig und vom Uebel. (Zuruf: Krähwinkel!) Praxis und Praxis ist zweierlei. Man will jetzt die bisherige milde Praxis möglichst beseitigen, um wenigstens in Zukunft die Wünsche gewisser Gruppen der Versammlung zu erfüllen.

Stadtv. Labowitz (A. L.): Wir hätten es für eine Courtoisie gehalten, wenn der Magistrat diese Vorlage erst im Gemeindeblatt veröffentlicht hätte, nachdem er sie uns zur Kenntnis gebracht. Schon Suarez hat im Landrecht den Grundbesitz der Residenz für die Beamten aufgestellt. Bisher hat der Magistrat zuweilen eine zu laze Praxis geübt. Vieles nehmen unsere städtischen Beamten in den Vororten kommunale Beamter an. In einem mehrere Hunderttausend Einwohner zählenden Vorort ist der Stadtverordnetenvorsitzer beförderter Berliner Kommunalbeamter!

Stadtv. Hülstein (Soz.-fortschritt.): Ob die zitierte Bestimmung des Allgemeinen Landrechts Anwendung auf Gemeindebeamte findet, ist mir zweifelhaft. Daß endlich feste Normen geschaffen werden, kann man nur begrüßen. Aber über das Maß des Notwendigen soll man nicht hinausgehen. Die Beamten ziehen nicht aus Uebermut oder Verneinungssucht in die Vororte hinaus, sondern weil die wirtschaftlichen Verhältnisse sie hinausdrängen. Die Hausbesitzer haben sich mit Petitionen an uns gewandt. Das tun sie doch, weil sie ihre Wohnungen teurer vermieten wollen. (Zustimmung und stürmischer Widerspruch.) Soll auf dem Wege etwa der Kampf gegen die Vororte eingeleitet werden?

Stadtv. Gassel: Soll die Kompetenz der Schuldeputation ausgeglichen werden? Von einem Kampfe gegen die Vororte ist hier gar nicht die Rede. Der Standpunkt des Kollegen Mommsen richtet sich unmittelbar gegen die Interessen der Stadt. (Stürmische Zustimmung; vereinzelter Widerspruch.) Auch in Berlin kann man mit der Ortszulage und der Mietschädigung behaftet wohnen; und was hätten sonst diese Zuschüsse zum Gehalt für einen Zweck? Nicht vom Interesse der Hausbesitzer, sondern vom allgemeinen Interesse wird unser Verlangen diktiert; richtige Maßnahmen, die im allgemeinen Interesse liegen, deshalb zu unterlassen, weil sie auch den Hausbesitzerinteressen nähern, haben wir keine Veranlassung. Mit der Erteilung der Erlaubnis nach diesen Bestimmungen sollten übrigens Beamte nicht betraut werden, die selbst diese Erlaubnis in Anspruch genommen haben. (Sehr gut!) Das Dezernat darüber muß von unbefangenen Personen ausgeübt werden.

Oberbürgermeister Rischauer: Die Auffassung des Magistrats und meine eigene werde ich im Ausschuss und bei der späteren Beratung zum Ausdruck bringen. Die Schuldeputation soll in betreff der Gesuche der Lehrer keineswegs ausgeschaltet werden; in der Berufungsinstanz kann sich der einzelne an den Magistrat wenden. Ein Recht, diese Grundzüge festzustellen, hat die Versammlung nicht; es handelt sich um Aufsichtsbefugnisse, welche der Magistrat wahrzunehmen hat. Der Dezernent hat nur die Vorentscheidung; die Endentscheidung trifft ich selbst; nach nie bin ich von ihm beeinflusst worden, günstig für die Antragsteller zu entscheiden, mehrfach aber ist das Gegenteil der Fall gewesen. Mit Ablauf seines Mietvertrages wird der Betreffende nach Berlin ziehen, und zwar am 1. Oktober 1911.

Stadtv. Gassel: Ich muß für uns das Recht in Anspruch nehmen, an den Handlungen des Magistrats Kritik zu üben; auch nach den eben erfolgten Ausführungen halte ich nicht für unwünschenswert, daß Beamte mit der Erteilung der Erlaubnis betraut werden, die selbst nicht in Berlin wohnen. Jahrelang haben wir taktvoll, bloß privatim auf diesen Fall hingewiesen; hätten wir ihn nicht öffentlich zur Sprache gebracht, so würde der Herr vielleicht auch am 1. Oktober 1911 noch nicht in Berlin wohnen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss. Zur Diskussion steht nunmehr der vom Magistrat vorgelegte Bericht über den Stand der Verlehrsfragen.

Stadtv. Gassel beantragt mit Rücksicht auf die Bedeutung der Vorlage und die geringe Zeit, die zu ihrem Studium bisher gegeben gewesen sind, die Abhebung von der heutigen Tagesordnung.

Stadtv. Bergmann schlägt sich dem Antrage an, verlangt aber, daß sie unbedingt in der nächsten Sitzung verhandelt werde, da eine Verklebung vitale Interessen der Stadt Berlin eventuell gefährden könne.

Stadtv. Rosenow (A. L.) äußert sich in gleichem Sinne. Die Versammlung beschließt die Abhebung, nachdem der Vorsitzende noch darauf verwiesen hat, daß er geschäftsordnungsmäßig den Bericht auf die nächste Tagesordnung setzen müsse.

Vom 1. Oktober 1910 bis 1. Oktober 1913 sollen bei der Einziehung der Waisenpflegelosten von den unterhaltspflichtigen Angehörigen, gleichviel ob es sich um Anstalts- oder Familienpflege handelt, folgende Einheitsätze zugrunde gelegt werden:

Table with 2 columns: Category and Amount. Rows include: für Kinder im 1. Lebensjahre täglich 80 (bisher 70) Pf., 2. 65 (50) Pf., von 2-6 Jahren 55 (50) Pf., schulpflichtige Knaben 55 (50) Pf., Mädchen 50 (50) Pf.

Die bisherigen Sätze hatten nur bis 31. März 1910 Geltung; die Versammlung soll nachträglich genehmigen, daß sie auch für das abgelaufene Sommersemester in Rechnung gestellt werden. Die Vorlage gelangt ohne Debatte zur Annahme.

In den städtischen Erfrischungshäusern im Treptower und im Altariapark soll von jetzt an auch sogenanntes echtes Bier, für 0,30 M. nicht mehr als 0,4 Liter verköhlt werden dürfen. Der Antrag ist motiviert mit dem unzureichendem Ergebnis des Betriebes: Ein Wintergeschäft ohne Bierausgang sei nicht möglich, die letzten beiden Sommer seien verregnet.

Stadtv. Werner (A. L.) will das Wort „sogenanntes“ beseitigen und hält das „nicht mehr als 0,4 Liter“ für einen Druckfehler. Er beantragt dafür zu setzen: „nicht weniger als 0,4 Liter“.

Stadtv. Wurm (Soz.): Wir halten nicht für richtig, eine öffentliche städtische Erfrischungshalle zu einem Bierausgang zu machen. Man braucht gar nicht Abstinenz zu sein, um diese Auffassung zu teilen. Wer soll alkoholfreie Erfrischungshätten errichten, wenn nicht die Gemeinde? Diejenigen, die das Bedürfnis haben, kein Bier zu trinken und sich in einem Räume aufzuhalten, der ihnen nicht von Biertrinkern freitig gemacht wird, müssen doch auch zu ihrem Rechte kommen. Wir sehen daher den Antrag als einen Fehlschlag an, können aber auch gar nicht begreifen, wie der Magistrat dazu kommt, mitten im Laufe von Verträgen Änderungen vorzuschlagen, welche dem Pächter höhere Erträge sichern sollen. Wenn die Stadt Verträge geschlossen hat, muß sie auch daran festhalten. Jeder Pächter läuft die Gefahr, daß er schlechtere Geschäfte macht, wenn es regnet; übrigens, wenn es regnet, regnet es auch ins Bier hinein. Kommen wir hier entgegen, so können alle städtischen Pächter mit gleichen Ansprüchen an die Stadt herantreten. Wir dürfen den kleineren Gemeinden nicht ein falsches Vorbild geben.

Bürgermeister Dr. Meide erklärt, er habe lange Jahre auf genau demselben Standpunkt gestanden, aus idealen Gründen der Abstinenz- und Temperenzidee gehuldigt. Aber dieser Standpunkt lange, sozialpolitisch betrachtet, mandamental nicht mehr zu. Er bemüht sich, die Gründe des Vorredners zu widerlegen; die Zeiten hätten sich geändert; man könne die Pächter nicht zugrunde gehen lassen, sie könnten die Pacht nicht weiter zahlen. In allen ähnlichen Einrichtungen anderer Großstädte komme Bier zum Ausschank. Echtes müsse man nehmen, da das „Helle“ beim Berliner keinen besonderen Beifall finde. Das „nicht mehr“ sei kein Druckfehler, es solle eben nicht zu viel Bier für 30 Pf. geliefert werden!

Stadtv. Wurm: Wenn die Pächter in solcher Notlage sind, kann man ja auch mit Ermäßigung der Pacht helfen. Allgemein aber ist es nicht üblich, von dem Verträge während seiner Dauer abzugehen. Dem Berliner Bier hat der Bürgermeister ein solches Zeugnis ausgestellt. Es soll auch kein Druckfehler sein, wenn dort steht: „nicht mehr als vier Zehntel“. Also eine Straffsteuer für den Biergenuss! Durch diese Verteuerung wird nur ein exklusives Publikum in die Häuser gezogen, dem Arbeiter aber das Lokal verwehrt. In London wird in keinem öffentlichen Park ein Alkoholgetränk ausgeschenkt. Daß die Wöllerei durch die kleinen Gläser eingeschränkt wird, eine so weitgehende Fürsorge braucht Berlin wirklich nicht zu üben. Wenn der Bürgermeister meint, die Abstinenz- und Temperenzideen seien abgetan, so übersieht er, welche Erfolge die Bewegung erzielt hat. 150 Millionen Liter Schnaps sind durch unsere Agitation weniger getrunken worden.

Die Anträge Werner werden abgelehnt, ebenso aber auch die Vorlage.

Schluß der öffentlichen Sitzung nach 8 Uhr.

Soziales.

Die Aussperrung der Bühnenarbeiter am Neuen Operentheater beschäftigt gestern den Schichttermin der Kammer 6 des Gewerbegerichts. Es klagten die sechs Bühnenarbeiter, die aus Solidarität für zwei gemahregelte Kollegen am 8. November ihre Kündigung eingereicht, aber dann vor Ablauf der Kündigungsfrist entlassen wurden. Sie verlangten Zahlung ihrer verdienten Löhne sowie Entschädigungssummen für den Rest der Kündigungsfrist. Aus den vom Direktor Paffi gemachten Einwendungen und den klägerischen Erwidrerungen war folgendes zu entnehmen: Die Kläger nutzten Ende August die ihnen günstige Wirtschaftslage aus und stellten Lohnforderungen. Diese wurden vom Direktor, wenn auch ungerne, bewilligt, weil Erfahrungsfrage nicht zu haben waren. Der Direktor suchte dann wiederholt den früheren Zustand wieder herzustellen, das Scheiterte an dem Zusammenhalt der Bühnenarbeiter. Der Direktor erkannte schließlich die Zustände schriftlich an, machte einige von ihm verfügte Kündigungen rückgängig und gab auch dem Verlangen auf die Einführung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist statt. In etwa neun Wochen war es dem Direktor Paffi gelungen, sich die Erfahrungsfrage für die noch beschäftigten Arbeiter zu fectern. Daraus kündigte er am 7. November zwei Arbeiter. Das beantworteten die übrigen mit einer Kündigung ihrerseits. Einige Tage später wurde durch das Umschlagen eines Beleuchtungsrahmens ein Beleuchtungsforper zertrümmert. Direktor Paffi entließ nun alle Arbeiter. Er behauptet, die Kläger hätten ihm den Schaden absichtlich zugefügt. Die von ihm schriftlich anerkannten Vertragsbedingungen hält er für nichtig und rechtsungültig. Er habe dem Drude der Arbeiter nachgegeben, weil er Erfahrungsfrage nicht hatte. Der Wehrhahn sei ihm mithin abgepreßt. Er könne Einbehaltung des Lohnes verlangen.

Der Vorsitzende, Magistratsassessor Dr. Sedt, bemühte sich vergebens, dem Direktor klarzumachen, daß der seit Wochen bestehende Vertrag durchaus rechtmäßig ist. Den Klägern sei es nicht zu verdenken, wenn sie die günstige Wirtschaftslage für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen ausnutzten. Der Umstand, daß keine Arbeitskräfte zu bekommen waren, könne für die Ansetzung der Verträge nicht geltend gemacht werden. An der Unbeliebbarkeit des Direktors, daß Verträge eingehalten sind, scheiterten die Einigungsversuche des Richters, so daß die Sache vor der Kammer zur Entscheidung kommen muß.

Die Wählerei gegen die Ortskrankenkassen, wie sie namentlich durch die „Nationalliberale Korrespondenz“ betrieben wird, erfährt in der Herbstgeneralversammlung der Ortskrankenkasse Gera-Neuß am 22. d. M. eine scharfe Verurteilung. Das Vorstandsmittglied der Arbeitgeber, Fabrikant Flemming, erklärte auf Aufforderung eines Vertreters, daß während seiner 14jährigen Tätigkeit als Vorstandsmittglied in den Vorstandssitzungen niemals etwas Ungehöriges vorgekommen sei, und das zweite Vorstandsmittglied, Stadtrat Bertel, erklärte darauf, daß während seiner Tätigkeit im Vorstände alle Beschlüsse in sachlicher Weise und im besten Einvernehmen gefaßt seien.

Die Ortskrankenkasse Gera ist eine derjenigen, die von dem Reichsverbandler Dr. Weisler, einem Parteiführer der russischen Nationalliberalen, ganz besonders aufs Korn genommen worden ist — bisher allerdings stets mit schmachlichem Mißerfolg.

Wasserstands-Nachrichten. Der Landesanstalt für Gewässerunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Table with 4 columns: Station, Date, Water Level (am), and Change (seit). Rows include: Remel, Teltow; Regel, Nuthardt; Weichsel, Born; Ober, Köthen; ...

+) bedeutet Waß, -) bedeutet Unterpegel.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 25. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Festlinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)

Neues königl. Opernhaus. Geschlossen.

Königl. Schauspielhaus. Wallenrins Lager. Die Piccolomini. Deutsches. (Anfang 8 Uhr.)

Kammerstücke. Komödie der Irrungen. Heirat wider Willen. Bekking. Das zweite Leben. Neues Schauspielhaus. Wann kommst du wieder?

Kleines. Joachim von Brandt. Berliner. Der scharfe Junker. Neues. Der Sieger. Trianon. Der heilige Gaim. Komische Oper. Die Bodeme. Heißens. Der Unterpräfekt. Thalia. Polnische Wirtschaft. Schiller u. Frauen. (Anfang 8 Uhr.)

Die Fee Caprice.

Schauspielhaus. Sodoms Ende.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Hermannschlacht.

Welken. Der Unterpräfekt.

Neues Opernhaus. Der Graf von Luxemburg.

Lustspielhaus. Der Feldherrnhügel.

Saiten. Prestosa.

Moderne. Der Doppelmeß. Herrnsfeld. Eine verlorene Nacht. Der Verdächtige.

Volkoper. Der Freischütz. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Neues Schauspielhaus. (Anfang 7 Uhr.)

Sodoms Ende. Der Unterpräfekt.

Mitrosow. Hurra — Wir leben noch!

Kajino. Der schnelle Judsch.

Apollon. Spezialitäten.

Wandlung. Spezialitäten.

Waldhalla. Bravo! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Wintergarten. Spezialitäten.

Sandstein. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Karl Haverland. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr: Vortrag vom Stiftungsfonds der Berliner Gewerbeausstellung 1879.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Das zweite Leben.
Sonntag 8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: Der scharfe Junker.
Morgen: Der scharfe Junker.

Neues Theater.
Leitendes
Schauspiel Ferdinand Bonn.
Abends 8 Uhr: Der Sieger.
Sonntag und Montag: Der Graf von Luxemburg.
Sonntag und Montag: Der Graf von Luxemburg.

Theater des Westens.
Heute: Geschlossen.
Morgen 7 1/2 Uhr: Das Puppenmädchen.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.

Moderne Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 Uhr: Doppelmeß.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr: Der Feldherrnhügel.

Berliner Volksoper
Welle-Wallacestr. 7/8.
1/2 Uhr: Der Freischütz.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 25. Nov., abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Sonntag 8 Uhr: Alles im Frieden.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Die Hermannschlacht.
8 Uhr: Die Räuber.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Der Unterpräfekt.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Prestiosa.
Schauspiel in 4 Akten von Wolf.
Sonntag 8 Uhr: große Kinderdarstellung: Jürgens Kasse. 8 Uhr: Berlin geht zu Bett.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Niltenshüter. 8 Uhr: Hofmanns Löhner.
Montag: Prestiosa.

Ausstellungs-Theater am Zoo
abends 8 Uhr:
Oedipus auf Kolonos.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Rund um Asien.
Hörsaal 8 Uhr:
Vortrag vom Stiftungsfonds der Berliner Gewerbeausstellung 1879.

Kaiser-Panorama
Reise nach dem Orient.
II. interessant. Reise in Siam.
Eine Reise 20 W., Kind nur 10 W.
Abonnent. 1 M. Tausende Abonnenten.

ROSE-THEATER
Große Frankfurt Str. 122.
Bei aufgehob. Abonnem. **Die Anne-Lise.**
Histor. Lustspiel in 5 Akten von Herß.
(Ueber sämtl. Wlge ist ber. verfasst.)
Sonntag nachm. 4 Uhr: Im Gaubertlande Abbezahls. 8 Uhr: Sonntag und Montag: Die Millionenerbän. Sonntag nachm. 3 Uhr: Das vierte Gebot.

Apollon Theater
Anfang 8 Uhr. Letzte Woche des **Kolossal-Programms.**
II. a.: Der berühmteste Kunstschütze der Welt Col. G. Bordoverry.
Walter Steiner mit neuen Schlägern.
10 Uhr:
Mizzi Wirth
in ihrer Kostüm: Frauenkaiser.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
Große Aufführung in 7 Bildern v. J. Freund. Musik v. J. Holländer.
In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr — Nachh. gestattet.

WINTERGARTEN
Ein beispielloser Erfolg!
Brémonval
Etoile Parisienne
Lafory Herlein
v. d. Großen Oper amerik. Oper-Paris. rettensängerin
"General" Edward La Vinc,
der tapferste Haudogen
sowie die übrigen unerreichten
!! November-Attraktionen !!

Passage-Theater.
Garland **Negeroperette**
16 Solokräfte
Jean Moreau
Edm. Nadège
Glima-Kämpfe
der Isländer-Truppe
und das große Programm.

Passage-Panoptikum.
Nitzetto
der Mensch ohne Skelett.
Enddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

Walhalla-Theater
Weinbergweg 19/20 (Rosent. Tor.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! — Da capo!
Eine Weltneuheit in 5 Bildern von R. Reichardt, Musik v. R. Zelle.
In Szene gesetzt v. Dir. James Klein.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Preziosa
in glänzender Ausstattung.
— Ermäßigte Preise. —
Königstadt-Kasino.
Polanitzstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Das erfolgreiche November-Programm mit **Frau Sobanski.**
Reu! Molly Verch, Franz Rudolf, Father and Son, Little Pix etc.
Riesen-Erfolg!
Ein alter Fläschchen.
Vollständ. m. Gef. i. 1 Akt v. O. Richter.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat).
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.
Lustspiel in 4 Akten v. O. Blumenthal.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ebre.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.
Drama in 5 Akten v. D. Sudermann.
Ende 11 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Egmont.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.

LICHT-SPIELE
TOLSTOI.
Authentische Aufnahme.
Mozartsaal.

Sport-Palast Potsdamer
Str. 70-72a
Grösster Eispalast der Welt
Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen
Feerie „Am Nordpol“ x 200 Eislauf-Künstler
3 Militär- und Zivilkapellen
Restaurant für 6000 Personen
Entree: Bis 7 Uhr 75 Pf., nach 7 Uhr 1 Mark.
Unterricht im Eislauf
Vorverkauf in den Warenhäusern von Hermann Tietsch und ständig an der Kasse.

Rollschuhbahn
Kurfürstendamm 151
Morgen Sonnabend, 26. Nov.
Beginn der großen Sportwoche
für Amateure
Die Preise im Werte von 2000 Mark sind ausgestellt im Schaufenster des Vera-Schuh-Geschäftes, Friedrichstraße 174.

Karl Haverland-Folies Caprice.
Anfang 7 1/2 Uhr. Kommandanten- (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Candianys Sketsch
Italienische Nacht
Karl Groth m. neuen Schlägern
(sowie 14 erstklass. Spezialitäten.)
Komiker Schnitzel
Solo-Teil:
Der Dorfmusikant.
Morgen und folgende Tage:
Der Feldweibelhügel

Sänger-Abteilung I Süd-Ost (Gau Berlin) und
Männer-Chor Köpenick
M. d. D. A. - S. - B. :: :: :: :: M. d. D. A. - S. - B.
Chormeister: Herr PAUL KURZ.

Sonntag, den 27. November 1910
in der Brauerei Friedrichshain
(Am Friedrichshain)
Musik-Aufführung
Mitwirkende:
Konzert- u. Opersängerin Frau Emmy von Holstein aus Kopenhagen.
Violin-Künstlerin Frau Bianca Becker-Samolewska.
Herr Professor Otto Becker, Orgel- und Flügel-Begleitung. 1052b
Nach dem Konzert: **Tanz.**
Anfang 6 Uhr. — Billets im Vorverkauf 50 Pf., an der Kasse 60 Pf.

Sozialdemokratischer Verein im fünften Berliner Wahlkreise
Sonntag, den 27. November:
Vortragsabend des Herrn Robert Koppel
Ernstes und Heiteres
(Näheres im Programm)
In den Sophien-Sälen (großer Saal) Sophien-Strasse 17-18.
Eröffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.
Eintritt 60 Pf. (inkl. Garderobe).
Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Billets auch zu haben bei Rosemann, Wilsstr. 64 (Zigarrenhandlung), Zucht, Immanuelkirchstr. 12 (Parteispedition), Hahnloch, Auguststraße 50 (Parteispedition).

CLOU
Mauerstr. 82 — Zimmerstr. 90/91
Berliner Konzerthaus
Anfang 8 Uhr:
Vorletzter Tag!!!
Gastspiel v. Mitgl. des Mailänder Scala-Orchesters
66 Künstler. Dirig.: Egisto Tango. **10 Solisten.**
Wochentäglich nachm. Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Excelsior Lichtspielhaus
Rixdorf Bergstraße 151-152
Richardstraße 12-13 Passage
das glänzende Eröffnungs-Programm.

Zirkus A. Schumann.
Freitag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr:
Ganz Berlin spricht von der Ausstattungs-Pantomime
Der große Coup
1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr:
Schmuggler
Mirza Golem
berühmte Truppe, 12 Personen.
Neu! **Mr. Pearson** Neu!
„Der Römer“.
Hohe Schule geritten im Herrenstall
Fräul. Baptista.
Wachen zu Pferde
geritten von Fräul. Dora Schumann und Herrn Karl Geh.

Zirkus Busch.
Freitag, 25. Nov., abends 7 1/2 Uhr:
Großer Gala-Abend.
Die berühmten Tonnasperde, dressiert und vorgeführt von Herrn Direktor Pierre Althoff.
Außerdem: Frau Dir. Adele Althoff mit ihren exzellentesten Freizeitsporturen.
Um 9 1/2 Uhr zum 76. Mal:
„VENEZIA“
Besonders hervorzuheben: Das Ballett unter Wasser. Der große Karneval — und Gaudel-Korso auf dem Kanal-Grande!
Vorher das gr. Gala-Programm.

Herrnfeld Theater
Der größte Schlager der Theater-Saison 1910.
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Trauerspiel in zwei Akten von Anton und Donat Herrnsfeld.
Vorher: Der Verlobte.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

U.T. 5 Union-Theater
Voranzelge:
Degreänisterlichkeiten
Graf Leo Tolstois

Casino-Theater
Vollinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Das Original Berliner Volkstheater
Julie Wippchen.
Urbildner Humor!
Urbildner Leben!
Im Stile der ehem. Wallner-Bühne.
Vorher: Der Verlobte.
Sonntag 8 1/2 Uhr: Mutter Gräbert.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Im Hausloch.
Wilt. Humor. v. Weijel.
Anfang wochentags 8 Uhr
Sonntag 7 Uhr.

Theater Sanssouci.
Gastspiel des **Schimpanse Lord Tommy!**
9 1/2 Uhr:
Ah die Kerls!!
Berliner Pötte, Musik v. Eindehoffer.
Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vom. Grotzjan, Gehob.: Rud. Morz, Schöndorfer Allee 129. Tel. 8. 9353.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 W., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten, nur wochent. gültig, 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Theater „Groß-Berlin“.
Freitag **Artushof**
Noabit.
1/2 Uhr: Die Kartenlegerin.
4 Uhr: Kindermärchen-Vorstellung: Nottöpfchen. — Gratisspielwert.
Sonntag 8 Uhr: Nottöpfchen. Gratisspielwert.
4 Uhr: Nottöpfchen. Gratisspielwert.

Kino-Theater Busch
nur **64 Badstr. 64**

B. A. W. Bosphorus
am Moritzplatz.
Täglich: Variete. Konzert.
Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Gaim.
Berl. Boek-Brauerei
Max Schwarz. Fidiolstr. 2/3.
Sonntag, 26. Novbr. er.:
Wiener Walzer-Abend
von 10655
JohannStrauß
aus Wien. (42 Künstler.)
Anf. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Rel. Platz 75 Pf.
Vorverkauf 40 resp. 60 Pf. in der „Dom.“-Zentrale, Gneisenaustr. 72.
Für den Inhalt der Zuvorate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Todesanzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine teure Frau, unsere innigstgeliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Julie Bebel

geb. Otto

nach längerem Leiden im 68. Lebensjahre verschieden ist.

Wir bitten, Blumenschmuck und Kondolenzbesuche unterlassen zu wollen.

Stille Bestattung. Kremation Freitag, den 25. November.

Zürich und Schöneberg-Berlin, den 22. November.

August Bebel.
Frieda Simon geb. Bebel.
Dr. F. B. Simon.
Werner Simon.

Heute abend 6 1/2 Uhr verschied sanft nach kurzem Kranksein mein lieber Mann, unser guter, treuer Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Louis Paradies

im 68. Lebensjahre.

Dies zeigen in tiefer Trauer an
Rosine Paradies, geb. Mayer,
Julia Liebknecht, geb. Paradies,
Willy Paradies,
Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht.

Berlin, den 23. November 1910
Hohenstaufenstr. 45.

Beerdigung: Sonntag, den 27. November, mittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes, Weißensees. 1971b
Kondolenzbesuche dankend verboten.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 23. November verstarb unser Genosse, der Klempner

Otto Schmidt

Geburtsjahr 73.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Nov., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes, Müllerstr. 44/45, aus.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Mittwoch starb unser Kollege, der Klempner

Otto Schmidt.

Beerdigung Sonnabend, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philipp-Koppe-Friedhofes, Müllerstr. 44/45, aus.

Die Kollegen der Firma
Fr. Peters Nachf. 1972b

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungshaus Berlin.

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Karl Schärcke

am 23. d. M. an einem Leberleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Ferner war unser Mitglied, der Klempner

Otto Schmidt

am 23. d. M. an einem Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Philipp-Koppe-Friedhofes in der Müllerstr. 44/45 aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer

Filiale Berlin 7.

Am Dienstag, den 22. Novbr., verstarb unser Mitglied, der Schraubendreher

Gustav Kleemann

Wälderstr. 145a.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 26. Novbr., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des jüdischen Friedhofes, Müllerstr. 44/45, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Danfagung.

Sage allen Teilnehmern bei der Beerdigung meines lieben Mannes sowie für die reichen Kranzspenden meinen besten Dank.

1972b

Marie Kwiecinski.

Bücher

Restauslagen - Gelegenheitsreprinte - Antiquarische Werke.

Alle Bücher sind gut gebunden.

Naturwissenschaftliche und Reiseverke.

Gölsche, Wilhelm, Was ist die Natur?
1 Band, statt M. 8,- nur M. 1,50

— **Entwicklungsgeschichte der Natur.**
2 Bände illustriert, statt M. 18,- nur M. 10,-

— **Aus der Schneegrube.** Preis statt M. 4,- nur M. 2,-

Sommeli, P., Die Pflanzenwelt.
1 Band illustriert, statt M. 5,- nur M. 3,50

Brehm-Rothmäler, Die Tiere des Waldes. Mit 20 Kupferstichen und 71 Holzschnitten.
Preis statt M. 88,- nur M. 10,-

Fryce, J., Bilder aus Süd-Afrika.
Preis statt M. 6,- nur M. 3,-

Guchta, H., Der Sudan unter ägyptischer Herrschaft. Reist einen Anhang: Briefe Dr. Emin Paschas und Lupton Begg an Dr. B. Junker. Preis statt M. 8,- nur M. 1,50

Carns Sterne, Wälder und Berge. Eine Entwicklungsgeschichte des Naturganges in gemeinverständlicher Darstellung. Herausgegeben von Wilhelm Gölsche.
2 starke Bände illustriert, statt M. 25,- nur M. 10,-

Hawes, Charles S., Im äußersten Osten. Von Korea über Vladivostok nach der Insel Sachalin. Reisen und Forschungen unter den Eingeborenen und russischen Verbrechern. Autorisierte Uebersetzung aus dem Englischen. Mit 57 Illustrationen und 5 Karten.
Preis statt M. 12,- nur M. 4,50

Junker, Dr. W., Reisen in Afrika 1875-1886. 3 Bände. Mit zahlreichen Vollbildern, Textillustrationen und Karten.
Preis statt M. 88,- nur M. 20,-

Seller, Prof. Dr. C., Das Leben des Weeres. Mit 16 Tafeln in Farbendruck und Holzschnitt, sowie über 200 Abbildungen im Text.
Preis statt M. 20,- nur M. 5,-

— **Reisebilder aus Ostafrika und Madagaskar.** Mit 48 Holzschnitten. Preis statt M. 7,- nur M. 3,-

— **Die ostafrikanischen Insekten.** Mit vielen Illustrationen und Länderkarten. Preis statt M. 6,50 nur M. 3,-

Kobelt, Dr. W., Die Verbreitung der Tierwelt. Mit 12 Tafeln und vielen Textillustrationen.
Preis statt M. 20,- nur M. 10,-

Bohn, J., Sibirien und das Amurgebiet. Geschichte und Reisen, Landschaften und Völker zwischen Ural und Behringstraße. Mit 70 Textabbildungen und 3 Tonbildern.
Preis statt M. 6,- nur M. 3,-

Krieger, Dr. M., Neu-Guinea. Mit vielen Vollbildern, zahlreichen in den Text gedruckten Abbildungen und Karten.
Preis statt M. 18,50 nur M. 6,-

Landell, Henry, Durch Sibirien. Eine Reise vom Ural bis zum Stillen Ozean. Mit 48 Holzschnitt-Illustrationen und einer Karte in Farbendruck.
Preis statt M. 20,- nur M. 6,-

Schmann, Dr. F. W. Paul, Länder- und Völkerkunde. 2 Bände illustriert, statt M. 18,- nur M. 10,-

Regel, Prof. Dr. Fr., Kolumbien.
Preis statt M. 8,50 nur M. 5,-

Schleiden, W. J., Das Meer. Mit 16 farbigen Tafeln, Vollbildern und 253 Holzschnitten.
Preis statt M. 17,50 nur M. 10,-

Schulze, Prof. Dr. J. A., Die physikalischen Kräfte im Dienste der Gewerbe, der Kunst und der Wissenschaft. Mit 418 Holzschnitten, 15 großen Abbildungen und 8 Banddruckarten. Preis statt M. 12,- nur M. 4,50

Schweizer, Georg, Emin Pascha. Eine Darstellung seines Lebens und Wirkens, mit Benutzung seiner Tagebücher, Briefe und wissenschaftlichen Aufzeichnungen. Mit Karten und zahlreichen Illustrationen.
Preis statt M. 14,- nur M. 5,-

Sievers, Dr. W., Australien und Ozeanien. Eine allgemeine Landeskunde. 187 Abbildungen, 12 Karten, 20 Tafeln in Holzschnitt und Farbendruck.
Preis statt M. 16,- nur M. 7,50

Syndall, John, In den Alpen. Mit einem Vorwort von G. Wiedmann.
Preis statt M. 8,- nur M. 3,-

Bücher verschiedenen Inhalts.

Partels, Adolf, Handbuch zur Geschichte der deutschen Literatur. Preis statt M. 9,- nur M. 4,-

Berg, Leo, Deutsche Märchen des 19. Jahrhunderts. Preis statt M. 3,- nur M. 1,80

Gölsche, W., Ernst Haeckel. Preis statt M. 4,- nur M. 3,-

Frauswetter, C., Nordische Weisheitswörter. Preis statt M. 7,- nur M. 3,50

Gühner, Dr. E., Das Buch vom langen Leben. Preis statt M. 6,- nur M. 2,40

Grobenius, Leo, Die reiserer Menschheit. Preis statt M. 7,50 nur M. 2,50

Grimmelshausen, Simplicius Simplicissimus. Preis statt M. 4,- nur M. 1,50

Gendell, H., Gedichte für das Volk. Preis nur M. 1,-

Rivner, J., Die Darstellung des ersten Menschens in der bildenden Kunst, von der ältesten Zeit bis auf unsere Tage. Mit 105 in den Text gedruckten Abbildungen.
Preis statt M. 12,50 nur M. 6,-

Rohb, Kulturgeschichte der Menschheit. Preis statt M. 19,50 nur M. 6,50

Lassalle, F., Das System der erworbenen Rechte. Preis statt M. 8,- nur M. 5,-

Lassalle Tagebuch. Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Paul Lindau.
Preis statt M. 3,- nur M. 1,25

Mantegazza, P., Physiologie des Hasses. Preis statt M. 7,- nur M. 2,-

Morris, William, Eine königliche Lektion. - Ein Traum von John Bull. Preis statt M. 1,50 nur M. 1,-

Müller-Jahnke, Clara, Ich bekame. Die Geschichte einer Frau.
Preis statt M. 3,- nur M. 1,-

Veht, Christian, Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840-1850. Preis statt M. 10,- nur M. 4,-

Zeidel, H., Friedrich der Große. - Der Peros der deutschen Volkbildung. Preis statt M. 1,50 nur M. 1,-

Zoleranz-Guch, Das. Aufsätze und Aussprüche über die Freiheit der Meinungsäußerung aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert. Preis statt M. 2,- nur M. 1,-

Zu beziehen durch alle Vorwärts-Expeditionen sowie von der

**Expedition des Vorwärts,
Lindenstraße 69, Laden.**

Danfagung.

Sagen Hermit allen, welche meinem lieben Mann und unserem Vater, dem Schloffer **Alfred Gumbke** auf seinem letzten Wege das Ehrengeleit gegeben, insbesondere dem Metallarbeiterhand, dem Vorstand der Wagenbauerei und den Kollegen der Firmen **Ullrich** und **Sachmann** meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
Ida Gumbke nebst Kindern.

Danfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sage ich hiermit allen Verwandten, Kollegen, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
18792
Frau **Elisabeth Jäschke** nebst Kindern.

Danfagung.

Für die vielen, reichen Kranzspenden und Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Frau und Mutter
Otilie Herzog
sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Genossen Herrn **Dörner** der Bauergemeinschaft „Paradies“ für seine trostreichen Worte am Sarge meines herzlichsten Dank.
Otto Herzog nebst Kindern.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Hautleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 28. November 1910:

Mitglieder-Versammlungen Tischler, Bezirk Südosten II

um 5 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend), im Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 117.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Unsere Agitation. 3. B. Bandsangelegenheiten. 93/18

Rüchennöbeltischler

abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Sigmöbeltischer

abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelseufer 15 (Saal I).

Tages-Ordnung:

1. Legt die Notwendigkeit einer Branchenbildung vor? 2. Verbandsangelegenheiten.

Ginfeyer.

Montag, den 28. November 1910, abends 8 Uhr, bei Becker, Weberstraße 17:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. - 2. Bericht von der Generalversammlung. - 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Kommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnadel: Verwaltungshaus Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 3. Col III. Amt 3, 1937.

Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung aller in Eisenkonstruktions-Werkstätten beschäftigten Arbeiter

in den Sophienjalen, Sophienstraße 18.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen K. Cohen über: Die Steuerpolitik und die Aufgaben der Gewerkschaften. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Da in dieser Versammlung über die wirtschaftliche Lage der in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Arbeiter beraten werden soll, ist jeder Kollege verpflichtet, zu erscheinen.

Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

der

Rohrleger und Helfer Berlins u. Umg.

im Gewerkschaftshaus, Engelseufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Störmer** über: Vater Staat und seine Kinder. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Kollegen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir, daß jeder von Ihnen in dieser Versammlung anwesend ist. Da bei dem dritten Punkt der Tagesordnung über verschiedene Branchenangelegenheiten Bericht erstattet werden soll, muß für zahlreiche Besuch gesorgt werden.

Sonntag, den 27. November, vormittags 10 Uhr:

Versammlung der Fahrstuhlmonteure u. Helfer

in den Prachtjalen der Volkbrauerei, Chausseest. 64.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Kollegen! Zur Eure Pflicht und erscheint pünktlich!

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß Metallarbeiter-Kalender für 1911 a 60 Pf. bei den Bezirkskassieren und im Bureau zu haben sind.

Zahlstellen wurden neu errichtet bei **Ed. Kalkbrenner** (54), Chausseest. 27, **Wid. Reinisch** (190), Chausseest. 107. 126/1 Die Ortsverwaltung.

Geschäfts-Eröffnung!

Ich habe in der Triftstr. 8 (Ecke Gantorstr.) eine Schweine-Schlächtereier u. Wurstfabrik eröffnet und bitte um gütigen Zuspruch. 1852L
Ich bemerke ausdrücklich, daß mein Geschäft mit der Firma **Morgenstern** nicht in Verbindung steht.
Hochachtungsvoll

Otto Schützsack.

13. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. November vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
1 223 98 407 563 80 [500] 704 877 982 [5000] 1251
63 429 315 24 608 327 43 954 61 2077 446 742 808 3781
324 4206 207 [500] 416 42 [1000] 73 872 613 56 733
963 5007 [5000] 187 411 560 [500] 66 753 6163 451
628 71 679 110 35 36 83 809 7185 323 626 877 [1000]
8073 [5000] 22 49 [500] 84 503 60 621 87 700 [500]
605 49 9007 18 [500] 108 12 85 204 [1000] 77 435 613
10063 130 246 210 61 73 671 11071 114 [1000] 56
304 491 501 728 65 73 809 12079 95 107 90 405 13 42
880 636 73 737 [500] 13228 [1000] 271 719 [5000] 853
78 [1000] 14309 49 254 585 15113 [1000] 29 49 227 207
904 381 947 16821 242 215 340 53 621 29 65 815 73 97
17087 181 286 614 18013 43 206 615 21 907 19019
41 418 81
20019 [1000] 175 549 786 21263 [1000] 282 568
704 73 808 22029 230 388 840 53 75 924 23202 113
71 216 604 89 24243 [1000] 347 [1000] 587 [500]
25176 323 31 97 [1000] 352 97 496 500 20663 144
236 328 453 59 420 741 78 853 911 27135 137 351 404
82 626 44 845 28102 95 607 715 [1000] 608 937 29039
47 146 309 463 514 623 740 829 906
30014 66 145 63 294 33 97 306 [1000] 65 413 682
773 [1000] 906 21 31034 32 136 550 820 945 32265 340
46 69 [500] 90 553 73 896 25 42 33099 73 75 300 730
[1000] 444 876 613 [10000] 95 970 [500] 34133 859 78
647 78 35145 706 346 485 [500] 551 330 36206 205 522
613 748 909 29 87 37312 114 455 791 84 111 920 35142
54 207 994 454 96 577 728 87 828 91 90 943 39163 80
474 90 514 37 39 61 65 618 [1000] 900
40097 89 [500] 313 653 41053 [1000] 74 101 239 59
42063 217 82 90 [1000] 222 437 65 [500] 709 43051
45000 222 606 59 44119 254 446 [1000] 57 535 849
60 979 45328 94 726 51 [1000] 987 46299 24 [500]
498 [500] 254 28 49 47247 515 54 [1000] 63 636 81
480 45082 101 686 80 834 74 49301 137 12 [500] 98 237
985 73 575 [1000] 87 [500] 636 87 898 904
50014 88 [500] 600 637 71 756 [500] 51074 [1000]
78 122 49 481 212 29 622 258 52150 [500] 366 [500]
60 449 582 [500] 630 69 701 879 53000 10 [1000] 205
71 682 851 81 54042 204 414 35 808 696 55012 73
138 56292 215 64 229 89 86 431 603 65 57088 262 690
724 27 55327 211 506 79 92 807 933 59107 804 58 77
60006 63 [500] 65 174 79 60 4 248 441 506 25 100
67 808 79 829 81011 139 408 728 44 805 8 62 81 923
62348 56 519 [500] 873 63127 [500] 651 907 89 82
64212 [500] 445 [500] 878 65513 [500] 34 818 829 82
64238 383 901 67209 19 307 29 35 660 62609 236 87
613 924 65 69131 248 329 [500] 34 [1000] 726 804 74
70081 289 427 705 68 817 71013 210 351 546 82
721 851 72559 217 805 951 73054 809 933 42 74711
690 734 32 44 75127 [500] 34 69 81 309 [500] 413 875
76182 247 [500] 81 71 321 37 [500] 426 604 77427 696 80
967 [500] 76 78129 215 82 428 748 90 930 [500] 79173
814 478 518 612 912 73
80041 [500] 121 23 304 87 647 84 85 759 672 960
81600 187 991 381 655 982 82103 375 855 600 [1000]
85 881 920 [1000] 83015 171 321 413 46 753 834 84712
[5000] 228 83 325 623 62 66 781 [500] 822 85124 271
839 402 621 716 82 939 81 86289 822 406 35 47
84 [500] 612 82 918 40 87123 60 246 410 854 88232
[500] 181 63 89 403 600 674 760 89133 35 254 506 614
827 72 [500]
80010 [500] 223 425 604 727 669 588 91053 221
619 612 92162 497 554 719 618 67 69 [500] 63 93310
490 711 61 887 818 29 94112 [500] 81 455 43 95119
210 372 673 [1000] 706 83 859 [1000] 915 96238 [1000]
216 411 45 569 [500] 652 87 705 975 [500] 97221 185
[1000] 511 [500] 878 98279 84 450 558 99079 141 287
81 259 63 [500] 712 828 30
100510 [500] 27 480 602 14 23 888 [500] 609 71
101953 321 31 [500] 773 840 [500] 953 102028 245
[500] 838 72 90 784 963 103019 87 144 234 408 15
685 861 585 104008 83 310 81 105115 202 81 91
307 23 056 610 33 106590 120 687 707 11 107092
382 87 212 41 37 64 66 80 353 619 [1000] 992 104049
126 46 [500] 432 68 788 509 82 109102 242 315 29
200 14 88 621 722 [500] 919 [1000]
110099 443 500 809 890 111017 211 89 454 514
[500] 75 702 822 29 112186 321 686 794 113045 135
64 500 960 114023 43 [1000] 194 303 321 803 71 115243
403 32 684 857 305 71 116307 510 689 814 909 94
117003 417 [1000] 21 91 685 75 [1000] 803 118140 210
883 841 119149 740 94 900
120110 26 226 378 677 882 121307 93 401 11 501
24 122415 27 63 692 1230 1090 [1000] 99 123008 231
87 515 99 64 651 854 861 95 124085 102 776 12541
67 283 [1000] 710 63 854 885 126289 249 59 433 506
718 831 66 910 127216 313 424 425 [1000] 128196 268
440 585 70 129144 88 [1000] 250 245 564 817 27 83 904
19 35 85 [1000]
130092 219 455 520 742 131299 526 777 132129
458 571 [1000] 747 [500] 687 133077 154 217 433 64
877 96 812 728 802 988 134003 174 293 [1000] 340
135165 15 [1000] 397 [500] 621 29 133647 45
326 506 97 607 51 137959 180 429 138128 224 448
[500] 562 745 86 [500] 819 924 [500] 32 139388 [500]
839 40 637 902
140024 198 216 34 27 309 56 723 815 141063 365
434 142674 782 848 948 78 143780 418 308 59 723
834 144646 [1000] 95 211 [500] 454 [500] 588 145023
79 798 214 17 188 941 146098 355 [500] 806 57 774
147012 168 80 226 338 81 [1000] 488 521 633 42 700 54

14. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. November nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
19 [500] 609 [1000] 92 890 906 1021 171 240 418
671 [1000] 619 71 50 2042 145 279 663 654 911 3084
118 211 [1000] 25 [500] 4287 444 551 645 945 5236 87
408 79 129 614 214 797 [500] 654 952 7169 234 96 894
933 8120 809 529 621 [500] 815 79 [1000] 9042 865 362
10000 91 834 11228 305 14 31 12032 101 20 [500]
602 [1000] 605 89 13377 284 541 634 [500] 68 765 972
14490 50 593 886 99 15383 93 577 921 16087 96 115
45 282 431 599 612 [500] 754 [1000] 98 17180 207 441
50 67 801 83 92 18134 471 528 [1000] 394 909 19493
608 80 827 42 [1000]
200189 431 584 59 782 814 92 21002 41 214 445 510
22021 117 292 560 655 [500] 86 907 23183 408 49 [500]
625 900 23 24314 536 822 96 25028 88 300 550 63 715
82 873 28022 [500] 99 128 85 37 276 [1000] 423 [500]
27038 273 234 [1000] 509 80 84 [500] 724 75 945 28095
755 621 84 791 807 85 89 704 [500] 79 29256 65 214 49
604 603 747 [500] 73 845
30012 194 [500] 225 438 809 [500] 94 921 [1000]
31191 91 [1000] 462 648 821 62 32173 218 434 214 16
682 837 890 33104 44 276 502 [500] 432 551 973 34643
192 84 25 659 15 [500] 35271 [500] 821 81 891 912
23 33109 282 34 632 912 37024 89 164 228 45 [500]
66 254 249 [500] 606 44 853 38059 168 744 663 914
39113 [500] 272 849 736 47
40181 [500] 79 213 423 726 904 41319 43 617 [500]
687 960 4241 69 579 805 [500] 92 43126 741 66 842
[500] 44107 349 444 551 787 832 45292 593 780 46282
284 423 600 743 850 47293 204 588 [1000] 896 48180
[500] 819 53 82 93 816 48 49102 75 681 901
50050 134 [500] 85 524 128 61 123 880 51483
[500] 267 13 72 763 94 52001 32 55 670 680 718 849
75 53844 404 703 [500] 879 85 54108 210 624 715 24
78 954 55211 56316 416 875 [500] 904 67 57003
473 609 927 58109 312 46 68 480 749 66 804 975 59095
83 219 47
60120 297 645 955 85 61148 428 508 924 61 81
62061 115 19 262 726 481 503 603 804 9 937 85 63058
734 555 64211 427 173 [500] 631 80 92 899 65063 221
215 54 [500] 507 538 58 [1000] 662 709 8 861 66047
58 187 203 344 545 816 716 95 [500] 851 [500] 85 920
67124 237 45 [1000] 574 80 479 81 632 103 [1000] 832
611 68111 261 302 411 524 55 623 69021 35 264 364
[1000] 718 289 99 [1000]
70019 498 458 729 [1000] 61 73 71064 [500] 365
245 54 508 [1000] 627 716 29 833 845 72666 132 701
[1000] 848 73009 227 499 503 511 74003 825 803 75237
419 511 639 541 837 76122 233 234 564 88 77647 232
73 [500] 189 428 705 919
80096 81 128 227 868 848 802 [1000] 853 81065 118
23 234 404 389 80 796 903 [1000] 82184 637 819 83022
81 41 120 79 445 565 661 84009 96 129 25 28 326 430
88 508 587 85094 37 831 526 99 883 86188 [1000] 63
323 47 472 505 [500] 87011 [1000] 120 27 406 26 71 308
49 [1000] 971 88014 484 32 [500] 538 41 [500] 638
89090 574 609 22 726 [500] 90 [1000]
90008 24 253 807 91064 313 [500] 88 496 92232
639 715 21 30 82 899 945 93053 211 80 315 31 57 [500]
29 71 646 57 874 94457 907 429 72 660 65 [500] 906
95184 318 425 40 865 96009 96 478 548 515 98 987 [500]
97068 349 413 983 709 98037 72 128 245 21 415 723
649 [1000] 99002 112 718 515 707 26 54 71
100047 308 504 95 727 922 55 101044 270 [500]
277 [500] 248 92 86 581 620 10244 258 96 899 927 66
83 103181 228 302 415 50 734 37 96 843 942 104025
282 [500] 415 819 49 964 105498 603 199 82 106235
61 324 787 880 949 77 107154 210 59 451 912 [1000]
108294 497 [1000] 671 805 108210 [500] 544 649 717
82 821 908
110415 718 [1000] 44 82 954 111041 159 436 609
869 53 12023 440 579 712 954 118123 256 430 544
325 898 114610 734 [1000] 26 227 445 665 901 47 98
315289 94 631 701 [1000] 12 116110 83 239 81 478 730
117123 [1000] 81 260 596 624 25 [500] 29 712 43 61
63 [1000] 115010 96 188 309 407 [500] 96 637 43 94
707 900 8 110807 100 [500] 121 98 327 550 87 301 5
120094 843 419 736 33 855 121010 [1000] 323 47
90 [1000] 414 771 122051 228 12 968 449 984 123998
121 202 397 447 586 708 29 853 124123 35 236 [1000]
601 846 125064 71 294 480 371 74 807 50 126329 905
[500] 96 127082 163 250 507 718 35 [1000] 60 865
128216 245 418 771 129122 146 358 81 645 85 796 29
130021 38 377 637 972 131145 280 900 132120
[500] 96 570 709 915 34 133092 140 728 836 395 63 50
134024 128 214 288 906 63 88 135149 45 478 632 76
875 136147 81 379 585 225 756 137010 [1000] 174 221
482 624 88 888 848 138054 58 454 967 139191 325 420
603 [1000] 18 28 250
140219 24 229 547 141223 42 624 815 841 79 [500]
99 142244 79 [500] 556 681 728 506 143022 126 304
280 727 800 869 144018 23 187 209 329 134 505 632
[500] 624 73 958 145021 89 134 209 73 523 146105 27
[1000] 69 266 613 717 147204 [500] 548 604 712 25
148788 229 628 78 823 228 149007 [500] 49 844 65 69
821 45 878 697 [1000]
150133 41 861 413 514 644 902 87 848 151015 88
87 68 213 76 [1000] 944 94 707 22 813 [500] 79 [500]

15. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. November nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
19 [500] 609 [1000] 92 890 906 1021 171 240 418
671 [1000] 619 71 50 2042 145 279 663 654 911 3084
118 211 [1000] 25 [500] 4287 444 551 645 945 5236 87
408 79 129 614 214 797 [500] 654 952 7169 234 96 894
933 8120 809 529 621 [500] 815 79 [1000] 9042 865 362
10000 91 834 11228 305 14 31 12032 101 20 [500]
602 [1000] 605 89 13377 284 541 634 [500] 68 765 972
14490 50 593 886 99 15383 93 577 921 16087 96 115
45 282 431 599 612 [500] 754 [1000] 98 17180 207 441
50 67 801 83 92 18134 471 528 [1000] 394 909 19493
608 80 827 42 [1000]
200189 431 584 59 782 814 92 21002 41 214 445 510
22021 117 292 560 655 [500] 86 907 23183 408 49 [500]
625 900 23 24314 536 822 96 25028 88 300 550 63 715
82 873 28022 [500] 99 128 85 37 276 [1000] 423 [500]
27038 273 234 [1000] 509 80 84 [500] 724 75 945 28095
755 621 84 791 807 85 89 704 [500] 79 29256 65 214 49
604 603 747 [500] 73 845
30012 194 [500] 225 438 809 [500] 94 921 [1000]
31191 91 [1000] 462 648 821 62 32173 218 434 214 16
682 837 890 33104 44 276 502 [500] 432 551 973 34643
192 84 25 659 15 [500] 35271 [500] 821 81 891 912
23 33109 282 34 632 912 37024 89 164 228 45 [500]
66 254 249 [500] 606 44 853 38059 168 744 663 914
39113 [500] 272 849 736 47
40181 [500] 79 213 423 726 904 41319 43 617 [500]
687 960 4241 69 579 805 [500] 92 43126 741 66 842
[500] 44107 349 444 551 787 832 45292 593 780 46282
284 423 600 743 850 47293 204 588 [1000] 896 48180
[500] 819 53 82 93 816 48 49102 75 681 901
50050 134 [500] 85 524 128 61 123 880 51483
[500] 267 13 72 763 94 52001 32 55 670 680 718 849
75 53844 404 703 [500] 879 85 54108 210 624 715 24
78 954 55211 56316 416 875 [500] 904 67 57003
473 609 927 58109 312 46 68 480 749 66 804 975 59095
83 219 47
60120 297 645 955 85 61148 428 508 924 61 81
62061 115 19 262 726 481 503 603 804 9 937 85 63058
734 555 64211 427 173 [500] 631 80 92 899 65063 221
215 54 [500] 507 538 58 [1000] 662 709 8 861 66047
58 187 203 344 545 816 716 95 [500] 851 [500] 85 920
67124 237 45 [1000] 574 80 479 81 632 103 [1000] 832
611 68111 261 302 411 524 55 623 69021 35 264 364
[1000] 718 289 99 [1000]
70019 498 458 729 [1000] 61 73 71064 [500] 365
245 54 508 [1000] 627 716 29 833 845 72666 132 701
[1000] 848 73009 227 499 503 511 74003 825 803 75237
419 511 639 541 837 76122 233 234 564 88 77647 232
73 [500] 189 428 705 919
80096 81 128 227 868 848 802 [1000] 853 81065 118
23 234 404 389 80 796 903 [1000] 82184 637 819 83022
81 41 120 79 445 565 661 84009 96 129 25 28 326 430
88 508 587 85094 37 831 526 99 883 86188 [1000] 63
323 47 472 505 [500] 87011 [1000] 120 27 406 26 71 308
49 [1000] 971 88014 484 32 [500] 538 41 [500] 638
89090 574 609 22 726 [500] 90 [1000]
90008 24 253 807 91064 313 [500] 88 496 92232
639 715 21 30 82 899 945 93053 211 80 315 3

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

P.-O.-H. Seegfeld. Der Theaterverein „Heiderösch“ veran- staltet am Sonntag, den 27. November, in dem Lokale von Nikolai ein Theaterabend. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Lokal uns nicht zur Verfügung steht.

N.-B. In Nieder-Schönhausen hält der Männergesangsverein „Deutsches Lied“ am 26. November im Restaurant Schloß Schön- hausen ein Vergnügen ab. Auch dieses Lokal bitten wir streng zu meiden.

In Nieder-Schönhausen steht uns das Lokal „Gesellschaftshaus“ (Hns. Karl Orth), Blankenfelder Str. 17, zu den altbekannten Ver- einigungen zur Verfügung. Das Lokal „Schwarzer Adler“, Blanken- felder Str. 4, hat den Besitzer gewechselt (jetziger Inhaber Karl Witt). Es steht nach wie vor zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

T.-B. Nizdorf. Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß die Passage-Festtage bis jetzt der Partei und den Gewerkschaften noch nicht zur Verfügung stehen. Wir bitten Vereine und Gesell- schaften, dies zu beachten.

In Rudow bei Johannisthal stehen der Partei immer noch keine Saallokale zur Verfügung. Es wird deshalb gebeten, die Lokale von Rolle und Palm, beide in der Köpenicker Straße gelegen, zu berücksichtigen. Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in den „Kornbullen“, Kommandantenstr. 68/69, eine Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Landtagsabgeordneten Ströbel.

Rach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Entree inkl. Garderobe 20 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Der Vorstand.

Wilmersdorf-Halsensee. Die am Donnerstag im „Vorwärts“ angeklündigte Flugblattverbreitung zur Kinderbewe- gung findet für unseren Ort erst an einem späteren Sonntage statt; ebenso wird der am Dienstag mit wichtiger Tages- ordnung stattfindenden Mitgliederversammlung wegen der Volksversammlung erst später abgehalten. Der Vorstand.

Tempelhof. Heute: Letzter Unterrichtabend im „Wilhelms- garten“.

Schmargendorf. Heute Freitag abends 8 1/2 Uhr im Restaurant „Schützenhaus“, Lüneburgerstraße 20, öffentliche Gemeindevor- bersammlung der 3. Klasse. Referent: Genosse Groger-Nizdorf.

Britz-Rudow. Sonntag, früh 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus Flugblatt- und Handzettelverbreitung. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 27. November, morgens 8 Uhr, von den Bezirkslokalen Flugblattverbreitung. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 27. November, früh 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus Handzettelverbreitung für die am Dienstag, den 29. November, stattfindende Volksversam- lung, in der Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Frank spricht. Die Bezirksleitung.

Straßen. Am Sonntag, den 27. November, früh 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung. Die Mitgliederversammlung für November fällt aus.

Wahlfeld (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 27. No- vember, nachmittags 4 Uhr, im „Gasthof zur Sonne“ (Inhaber A. Wirth): Volksversammlung für Männer und Frauen. Tages- ordnung: 1. Christentum, Kirche und Sozialdemokratie. Referent: Genosse Unger. 2. Diskussion. Die Nieder-Schönhauser Genossen treffen sich um 12 Uhr bei Schiffeler, Nordend. Die Bezirksleitung.

Bernau. Am Sonnabend, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus: Große Frauenversammlung. Tagesordnung: Junker- polit, Kaiserreden und die Meinung der Frauen. Referentin: Frau Frida Wulff-Berlin.

Schönendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Sonnabend, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Otto Vaciß. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Den Veteranen von 1870/71, die am 1. Sep- tember 1910 in Berlin wohnten, will die Stadt eine kleine Ehrengabe in klingender Münze gewähren. Ob man's wirklich hochtrabend eine Ehrengabe nennen oder schlicht als Geschenk oder Unterfütterung bezeichnen soll, darüber wurde gestern beinahe gestritten. Den meisten der Veteranen wird es wahrscheinlich sehr gleichgültig sein, gleichgültiger jedenfalls als die Frage, wieviel man ihnen geben will und wann man es ihnen geben wird. Ein Antrag des Stadt- verordneten Modler forderte, daß hiermit nicht erst bis zum nächsten Jahre gemartet werde. Aber der Magistratsvertreter Stadtverordneter Kamslau wehrte ab, das liege außer- halb der Möglichkeit, weil im Stadtsäckel das Geld knapp sei. Genosse Borgmann wies treffend darauf hin, daß der Magistratsvertreter selber von der großen Zahl der Gesuche gesprochen hatte, die schon eingegangen seien. Da sei schnelle Hilfe doppelte Hilfe. Vorsteher Michellet meinte, es handle sich keineswegs um Vinderung eines Kostandes. Die Ver- sammlung bewilligte die vom Magistrat geforderten Mittel und stimmte erfreulicherweise auch dem Antrag zu, daß die Zahlung an die Veteranen schon in diesem Jahre erfolgen möge.

Den Beamten und Lehrern der Stadt soll es nur in Ausnahmefällen gestattet werden, außerhalb Berlins zu wohnen. Das ist eigentlich schon immer so gehalten worden, aber der Magistrat hat jetzt die Vorjahre in bestimmter Form gebracht und sie den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme vorgelegt. Zu beschließen hat da die Versammlung nichts, doch hält sie die Erörterung in einem Ausschuss für wünschenswert. Der Magistrat fand prinzipielle Zustimmung bei den meisten Gruppen der Versammlung, auch bei der sozialdemokratischen Fraktion, deren Gründe Genosse Borgmann vortrug. Mißbilligend sprach sich Herr Rommjen aus. Borgmann hatte erklärt, daß unsere Ge- nossen die eigennützigen Absichten, die für die Hausagrarien maßgebend seien, selbstverständlich durchaus verwerfen. Das war für Herrn Cassel ein Anlaß, wieder mal zu erklären, daß seine Leute keineswegs einseitig die Interessen der Haus- besitzer zu fördern suchen. Und Beifall spendeten ihm die — Hausbesitzer — nur ein klein wenig, denn er meinte es nicht böse —, da kam es während einer nochmaligen Rede Rede Cassels zu einem Krakeel, den ein wütender Zwischenruf Kommissars herbeiführte. Von besonderem Reiz war ein Zu- sammenstoß zwischen Cassel und dem Oberbürgermeister Kirchner, der durch gewisse Anspielungen sich person- lich gekränkt fühlte. Doch Herr Cassel war im Recht, wenn

er beanspruchte, sogar den Herrn Oberbürgermeister kritisieren zu dürfen.

Zum Schluß gab es noch eine kleine Alkohol- debatte im Anschluß an den Magistratsantrag, den die Pächter der bisher alkoholfreien Restaurants im Treptower Park und im Viktoriapark fortan den Ausschank auch von Bier zu gestatten. Genosse Wurm warnte vor diesem Schritt, den der Bürgermeister Reide mit der „Not“ der Pächter zu entschuldigen suchte. In der Abstimmung wurde der Antrag des Magistrats abgelehnt, wobei die sozialdemokratische Fraktion den Ausschlag gab.

Ein Pferdeschlachthof soll auf dem Gelände des städtischen Schlachthofes errichtet werden. Die Kosten sind auf 350 000 M. veranschlagt.

Aus dem Rathause.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Vorlage über die Entsendung von Kindern in Heil-, Heim- und Erholungsstätten hat am Mittwoch nach zwei mehrstündigen Sitzungen seine Beratungen beendet. Unsere Genossen gaben sich alle Mühe, dem Ausschuss die dringende Notwendigkeit des sozialdemo- kratischen Antrages darzulegen, statt 50 000 M. wie die Magistratsvorlage, 200 000 M. für die Zwecke der Ent- sendung zu bewilligen. Trotzdem ziffernmäßig nach- gegeben wurde, daß gegenwärtig nach den amtlichen An- gaben der Armendirektion 1768 schwächliche und kränkliche Kinder, die von den zuständigen Organen sämtlich als „dringend notwendig“ begutachtet waren, der Ueberweisung harren, gelang es schließlich mit knapper Not, bei Stimmgleichheit 75 000 M. loszujagen. Die Bedingung der Magistratsvorlage, daß die Entsendung der Kinder nur in städtische Heimstätten erfolgen soll, wurde glücklicherweise gestrichen. Es wäre dies auch geradezu lächerlich gewesen, da diese Heimstätten nur 124 Kindern Platz bieten und außerdem mit gewissen Krankheiten behaftete Kinder, wie etwa mit offener Lungentuberkulose, dort keine Ausnahme finden. Wenn darauf hingewiesen wurde, daß es nicht notwendig sei, die teuren fremden Heimstätten zu benutzen, sondern daß man die Kinder in eigenen An- stalten unterbringen müsse, so ist dem durchaus beizupflichten. Unsere Genossen erkannten auch die Vorzüglichkeit der städtischen Heimstätten an, beklagten aber, daß derartige An- stalten zu wenig vorhanden sind. Dementsprechend wurde vom Genossen Dr. Weyl der folgende Antrag auf schleunige Vermehrung der städtischen Heimstätten gestellt und einstimmig zum Beschluß erhoben: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um eine möglichst baldige Vorlage zur Errichtung größerer, einfach ausgestatteter Wald- erholungsstätten, ähnlich wie die bestehenden Heimstätten, für kränkliche, schwächliche sowie für lungenkranke Kinder ohne Unterschied des Alters und Geschlechtes, die das ganze Jahr hindurch geöffnet sind.“ — Bei der Erörterung dieser Frage wurde dem Ausschuss vom Herrn Kammerer ein u- erhörtes Stückchen Mißwirtschaft, wie sie in der Armenverwaltung besteht, vorgeführt. Man erfährt hier, daß von den 100 000 Mark, die zur Ent- sendung von Kindern in Heil- und Erholungs- stätten im Etatsjahr 1910 bestimmt waren, 72 800 M. verwandt waren zur Begleichung von Rechnungen aus dem Jahre 1909! Anstatt, daß die Armenverwaltung, wenn sie mit den für das Jahr 1909 ausgeworfenen Geldern nicht ausreichte, mit einer ent- sprechenden Nachtragsforderung gekommen wäre, hat sie die Rechnungen anstehen lassen und erst in diesem Jahre aus dem ihr für die Zwecke der Entsendung im Etatsjahre 1910 zur Verfügung gestellten Fonds bezahlt. In diese peinliche Lage wäre die Armenverwaltung allerdings nicht gekommen, wenn man ihr im vorigen Jahre nach dem Antrage unserer Genossen 175 000 M. statt der von der Mehrheit der Stadt- verordnetenversammlung bewilligten 100 000 M. zur Ver- fügung gestellt hätte. Diese 72 800 Mark sind nun Hunderten und Aberhunderten unglücklicher Kinder in diesem Jahre vorenthalten worden!

Zur weiteren Einführung des Automobil-Fenerlöschbetriebes sollen auch auf dem Grundstüd der Feuerwache Baustr. 1 bauliche Veränderungen vorgenommen werden. Entwurf und Kostenschlag hierzu über 23 500 M. fanden ebenfalls Genehmigung.

Mit der Eingemeindung von Treptow nach Berlin und dem Plane, eine Schnellbahn durch die Reicholzstraße nach dem Götlicher Bahnhof—Dönhofsplatz—Vehleer Bahnhof zur Hebung der Verkehrs- not zu erbauen, befaßte sich am Mittwoch abend eine vom Be- reitender Berliner Grundeigentümer „Eid-Dr“ nach den Köpenicker Hof, Köpenicker Straße 174, einberufene, auch von Treptowern besuchte Versammlung. Der Vorsitzende, Stadtverordneter Heden und Roter Aemelt, hielten Vorträge zu diesen aktuellen Fragen, die zu einer lebhaften Debatte führten, an der sich auch Treptower be- teiligten. Nach einer längeren Erörterung wurde ohne Widerpruch beschlossen, den Magistrat Berlin dringend zu er- suchen, nochmals mit Treptow und den Staatsbehörden wegen der Eingemeindung von ganz Treptow oder des größten Teils von Treptow im Interesse der Entwicklung beider Gemeinden mit mög- lichster Beschleunigung zu unterhandeln und, falls diese Ein- gemeindung zustande kommt, für eine Schnellbahnverbindung Treptow—Dönhofsplatz um. zu sorgen. Für den Fall aber, daß eine Eingemeindung von Treptow ausstuflos sein sollte, wurde der Wunsch ausgedrückt, den Treptowern entgegenzukommen, natürlich unter der Voraussetzung, daß die Gemeinde Treptow und die Inter- essenten dann auch das Risiko für den Bau der Schnellbahn über- nehmen.

Volkszählung und Religionsbekenntnis.

Am 1. Dezember dieses Jahres findet wiederum eine allgemeine Volkszählung statt. Dabei dürfte es von hohem Werte sein, außer allen anderen Angaben auch über die Religionszugehörigkeit der Volksgenossen ein möglichst genaues Bild zu erhalten. Zehntausende haben in den letzten Jahren ihren Austritt aus dem Christentum oder dem Judentum vollzogen. Viele derselben bezeichnen sich als „Dissidenten“. Dissidenten sind aber alle nichtandes- brüchlichen Sekten wie Adventisten, Baptisten, Methodisten auch, und mit diesen zusammen versteht das Statistische Amt alle „Dissidenten“ in die Rubrik „sonstige (oder andere) Christen“. — Wer der Kirche den Rücken kehrt, hatte doch seine Gründe dafür, es laun ihm also nicht gleichgültig sein, noch immer dazu gezählt zu werden. Um sich davor zu schützen, muß man in die betreffende Rubrik des Zählbroschets das Wort „konfessionslos“ schreiben. Angehörige freier Gemeinschaften können außerdem noch in Klammern deren Bezeichnung (freireligiös, Monist, Humanist usw.) schreiben, die maßgebende Bezeichnung ist aber das zuerst zu schreibende Wort „konfessionslos“.

Mit Beweinungsbewusstsein vor den Friedhöfen. Und wird ge- schrieben: Am letzten Sonntag, dem Totensonntag, wanderten

Tausende die Hermannstraße (Nizdorf) entlang nach den Friedhöfen. Viele Teilnehmer mußten die unangenehme Erfahrung machen, daß vor den Begräbnisstätten Schutteleute postiert waren, teilweise sogar Doppelposten. Es ist dies ja nichts Ungewöhnliches, man ist leider daran gewöhnt, bei allen möglichen und unmöglichen Anlässen von der Polizei beaufsichtigt zu werden. Was mich aber empörte, war die Ausrüstung derselben; ein jeder war mit dem vorzüglichsten Browning bewehrt. Man mag über das Schicksal der Polizei, über die Übermächtigkeit um. desselben verschiedener Ansicht sein, an diesem Tage und bei solchem Anlaß wirkte es beleidigend, pietätlos, brutal. Auf den Friedhöfen Gottesdienst, wo von den Geistlichen auf die Bedeutung des Tages mit Betrachtungen auf den Tod hingewiesen wurde, beim Verlassen des Friedhofes der Schuttpmanns-Doppelposten mit dem Revolver . . .

Leichenfund in der Havel.

Das geheimnisvolle Verschwinden des an der hiesigen Hochschule für die bildenden Künste studierenden Kunstmalers Paul Rehberg hat jetzt, wie es scheint, seine Aufklärung gefunden. Gestern früh wurde am Burgwall bei Spandau die Leiche eines jungen Mannes aus der Havel gezogen, von dem man glaubt, daß er mit dem vermißten Studenten Rehberg identisch ist. Die Leiche war bereits so stark in Verwesung übergegangen, daß sie vorläufig noch nicht mit Sicherheit rekonstruiert werden konnte. Der Tot trug eine Studentenummütze und einen Uhrzylinder mit studentischem Abzeichen bei sich. Im Nacken wies die Leiche eine Verletzung auf, die möglicherweise von einem Stroh herrührt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Verletzung von dem Schraubenflügel eines Dampfes hervorgerufen worden ist. Die Spandauer Polizei steht auf dem Standpunkt, daß Rehberg das Opfer eines Unfalles geworden ist.

Von einem einsürzenden Bretterstapel getötet. Einen furchtbaren Tod fand gestern nachmittag der Arbeiter Anton Kiallas aus der Sorauer Straße 4. K. war bei der Firma Weissenagen, Cammer Chaussee 143, beschäftigt. Als er gestern auf dem Gerüstplatz zu tun hatte, stürzte in nächster Nähe plötzlich ein zwei Etagen hoher Bretterstapel ein. K., der nicht daneben gestanden hatte, wurde unter den einsürzenden Trümmern vollständig begraben und er- schlagen. Als hinzuströmende Arbeitskollegen zu Hilfe eilten war es zu spät. Nur noch den bis zur Unkenntlichkeit zermalnten Leich- nam des K. vermoderten sie aus dem Trümmerhaufen herauszu- schaffen. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schanhaus gebracht.

Im Namen der Ordnung. Ein Arbeiter teilt uns folgendes Erlebnis mit:

Am Montag, den 21. November, ging ich früh 7 Uhr nach der Speichhalle um Kaffee zu trinken; man kann dort 10 Pf. sparen. Um 1/8 Uhr wollte ich mich zur Arbeit begeben, als ein Heer von Kriminalbeamten erschien und uns alle aufordnete, nach der Wache zu gehen. Wir mußten alle folgen; es waren ungefähr 60 Mann. Auf der Wache wurden wir einem Verhör unterzogen und dann zum Präsidium gefahren. Dort wurden wir nochmals alle aufgerufen. Ich meldete mich zum zweiten Male und sagte, daß ich feste Wohnung und feste Stellung hätte, aber trotzdem wurden wir nach den Befehl abgeführt, als ob wir alle Verbrecher wären. Um 1 Uhr bekamen wir Kaffee und ein Stück Brot. Dann wurden wir nach Abteilung V gefahren, wo wir stehend oder sitzend verweilen mußten. Da ich einer der letzten war, kam ich erst um sechs Uhr daran und wurde nach kurzen Verhör freigelassen. Als ich am anderen Morgen um 7 Uhr zur Arbeit komme, sagt der Meister, ich habe für Sie zwei andere eingestellt; hier haben Sie Ihre Papiere und Ihr Geld. Ich mußte natürlich, da wir einjährige Kündigung ausge- macht hatten, sofort gehen. Dadurch habe ich nun eine gute Arbeit verloren. Als ich zur Polizei ging, wurde mir mitgeteilt, daß es in solchen Fällen Entschädigung nicht gebe, ich solle doch nicht in eine solche „Kaschemme“ gehen. Und alles das geschieht im Interesse der Ordnung!

Gegen die langen Hutnadeln wendet sich folgende Bekann- mung des Polizeipräsidenten: Seit längerer Zeit ist die Beobachtung gemacht worden, daß viele Damen ihre Hüte auf dem Kopfe durch lange Nadeln befestigen, deren Spitzen über den Hutrand herausragen. Diese Hutnadeln bilden im Straßen- verkehr, besonders innerhalb der Straßenbahnwagen, für alle, die in der Nähe der Trägerinnen solcher Nadeln kommen, eine schwere Ge- fahr, und es sind auch tatsächlich bereits mehrfach Anzeigen über Verletzungen, die durch Hutnadeln infolge plötzlicher Kopfbewegungen verursacht sind, bei mir eingegangen. Ich sehe mich daher im Interesse der öffentlichen Sicherheit veranlaßt, die Damen zu er- suchen, derartige langherausragende Hutnadeln entweder ganz zu vermeiden, oder wenigstens deren Spitzen durch schützende Hüllen, wie sie hier in den Geschäften feilgeboten werden, zu bekleiden und so unschädlich zu machen. Ich darf wohl erwarten, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um der gefährlichen Ansätze zu steuern, und es mir erspart bleiben wird, anderweite polizeiliche Maßnahmen da- gegen zu ergreifen.

Kirchenwahlen unter polizeilicher Heberwachung scheinen nicht alle Tage vorzukommen. Das war aber gestern der Fall, als es sich um jüdische Gemeindevahlen handelte. In dieser Gemeinde führen die Orthodoxen und Liberalen eine heftige Fehde. Ganz wie in öffent- lichen politischen Versammlungen sah in einem Wahllokal in der Burgstraße an einem besonderen Tischchen ein Polizeileutnant als „Aufsichtsbehörde“ in voller Uniform.

Ein Unhold auf der Wanneseebahn. Ein gemeingefährlicher Mensch trieb gestern abend auf der Wanneseebahn sein Unwesen. Er fuhr fortwährend auf der Straße Berlin-Steglitz und setzte sich nur in solche Richtungen abteile, in denen sich einzelne Damen befanden. Vor deren Augen beging dann der Unhold die obersten Dinge. Er entblöhte sich und zwang die Frauen, ihm bei dem schamlosen Treiben zuzusehen. Leider hatten die meisten der Betroffenen nicht den Mut, den frechen Menschen feststellen zu lassen. Erst als eine der Damen zwischen den Stationen Friedenau und Steglitz die Not- leine zog, konnte die Festnahme des Unholdes erfolgen. In dem Unhold ermittelte man einen Händler Knappe aus Schlagsensee.

Selbstmord eines Studenten. Durch zwei Revolvergeschüsse nahm sich gestern abend der 23jährige Student der Rechte Walter Holländer, der einzige Sohn des vor einigen Jahren verstorbenen Berliner Bankiers, das Leben. Der junge Mann wohnte bei seiner Mutter in der Jagowstr. 10 in der Kolonie Grunewald. Vor einiger Zeit halfte er mit einer Dame ein Liebesverhältnis an, das aber vor wenigen Tagen plötzlich eine Trübung erlitt. Der Kummer hierüber ließ in ihm den Entschluß reifen, gewaltsam aus dem Leben zu scheiden.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen ereignete sich vorgestern nachmittag gegen 4 Uhr an der Ecke der Adler- und Feldstraße. Dort fuhr der Wagen der städtischen Straßenbahn mit ziemlicher Wucht gegen die rechte Seitenwand des die Kreuzung passierenden Koloniewagens Nr. 1680 der Linie 8 der Großen Ber- liner Straßenbahn, der mit der Hinterräder aus den Schienen ge- hoben wurde. An dem angefahrenen Wagen wurde eine große Seitenscheibe eingedrückt, der Trepp abgerissen und die Herrronfläche und die Räder zerborsten, während der Wagon der Siemens- und Halskebahn leichtere Beschädigungen davongetragen hatte. Glück- licherweise sind bei dem Zusammenstoß Personen nicht verletzt worden, obwohl beide Wagen gut besetzt waren. Die Passagiere, die bei dem Anprall von ihren Sitzen geschleudert wurden, kamen mit dem Schrecken davon.

Ein Opfer der Klatscherei. Ist die 46 Jahre alte Frau Ida des Steinbrudereibeyers Erbeel aus der Brinzeffmannstr. 3 geworden. Die Frau geriet in Klatschereien hinein, die seit einiger Zeit in

Ihren Bekanntenkreisen getrieben wurden. Sie nahm sich diese Dinge endlich so zu Herzen, daß sie aus dem Leben zu scheiden beschloß. Während sich gestern morgen um 1/2 Uhr ihr Mann in seiner Druckerei und ihre 18jährige Tochter, die Verkäuferin ist, im Geschäft befanden, sprang sie aus dem Fenster des vierten Stockes, das neben ihrer Wohnung liegt, auf den asphaltierten Hof hinab. Sie verlegte sich so schwer, daß sie nach fünf Minuten verstarb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Eine furchtbare Überraschung wurde gestern abend der Ehefrau des 39jährigen Mechanikers Franz Schulz, Soldat Nr. 71, bereitet. Als Sch. von der Arbeit heimkehrte, kam es zwischen ihm und seiner Frau zu einem erregten Aufreißt wegen Familienangelegenheiten. Frau Sch. entfernte sich dann, um mit ihrem jüngsten Kinde zum Arzt zu gehen. Daheim wieder angelangt, fingelte sie vergeblich an der Korridortür. Als sie sich gewaltsam Eintritt verschafft hatte, fand sie ihren Mann zu ihrem Entsetzen am Spiegelkasten erhängt auf. Sch. hatte sich in der Zwischenzeit das Leben genommen.

Dem Treiben eines Kautionschwunders hat die Kriminalpolizei wieder einmal ein Ende gemacht. Der 80 Jahre alte Paul Kerlau hat schon seit Jahren in einem fort beim „Grünen“. Er bildete Ein- und Verkaufvereinigungen, die bald dieses, bald jenes vertreiben sollten. Zuletzt handelte es sich um einen Kaffeeapparat. Zunächst kam jedoch keine Gründung, Kerlau beschränkte sich vielmehr darauf, Leuten, bei denen er Geld witterte, seine Pläne auseinanderzusetzen und sie gegen Vorsicht als Kaffierer, Quackhändler, Lageristen, Rechner usw. anzuschreien. Seine Redegewandtheit wurde witzig unterstützt durch eine schöne Einrichtung, die sein Bureau und die dahinter gelegene Wohnung zierte. Wenn die Leute nichts zu tun bekamen, mißtrauisch wurden und ihr Geld zurückverlangten, so gab er bald diesen, bald jenem einmal fünf oder zehn Mark zur Verhütung. Plötzlich verschwand er dann, ohne die Meile bezahlt zu haben. Auch die Hauswirte hatten das Nachsehen, denn die Einrichtung gehörte anderen Leuten, denen sie verkauft oder verpfändet war. Der Schwindler tauchte bald wieder anderswo auf, fing von neuem an zu „gründen“ und brachte es so fertig, auf Kosten anderer stets auf großen Fuß zu leben. Endlich wandten sich einige Angehörige an die Kriminalpolizei, die jetzt das ganze Treiben aufdeckte und Kerlau hinter Schloß und Riegel brachte.

In der Nacht eines Glasermeisters brandschätzte seit einiger Zeit ein Schwindler, ein wiederholt bestraffter 41 Jahre alter Glasergehilfe Karl Kundmann, kleine Geschäftskonten und Verkauf von Häusern, in denen Glasermeister wohnen. Er kommt meistens gegen Abend, erzählt, daß sein Sohn eine Scheibe zerbrochen habe und daß er sich von dem in dem Hause wohnenden Kollegen 20 M. habe leihen wollen, den Meister aber nicht angetroffen habe. Unter dieser schwindelhaften Vorpiegelung veranlaßt er dann die Leute, ihm das Geld zu leihen und verschwindet mit der Beute.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Turnstraße. Als die 35jährige Frau Karle, Straßauer Platz 6/7 wohnhaft, vor dem Hause Nr. 75 des genannten Strahenzuges die Straße überqueren wollte, wurde sie von dem Motorwagen 2231 umgestoßen und kam neben dem Gleise zu liegen. Die Verunglückte erlitt einen Schädelbruch und schwere Gehirnerschütterung und wurde in einer Droschke nach dem Krankenhaus Moabit übergeführt.

Eine größere Verkehrshindernisse gab es gestern nachmittag in der Umgebung des Hodeischen Marktes. Sie entstand dadurch, daß vor dem Hause Neue Schönhauser Straße 14 ein Spanndraht der Großen Berliner Straßenbahn ritz und mit der Koflette, die im Mauerwerk des bezeichneten Hauses befestigt war, auf die Straße stürzte. Hierbei wurde ein Geschäftswagen der Maschinenhandlung von Hermann Lembo in der Ringstraße 27 umgeworfen. Um das Verkehrsbehinderung zu beseitigen, wurde auch die Feuerwehr herbeigerufen. Personen sind bei dem Unfall nicht verletzt worden. Der Straßenbahnverkehr wurde während der Reparaturarbeiten in der Neuen Schönhauser Straße eingeleitig aufrecht erhalten.

Metallarbeiter! Beim Kaufmann des Norden-Bezirks am Sonnabend, den 19. November, in den „Germaniasälen“, Chausseestr. 110, sind folgende Gegenstände gefunden worden: 1 Damenportemonnaie mit Inhalt, 1 Damenhandtasche, 2 Damensäume, 2 Rucksackbiletts, 1 Taschentuch. Abzugeben im Verbandsbureau, Charlottstr. 3, Zimmer 1.

Ferner ist eine Skalwattennadel mit roten Steinen (Keeblatt) verloren gegangen; bitte dieselbe, wenn gefunden, abzugeben.

Die Sängerkolonie I Süd-Ost (Bau Berlin) und Männerchor Adpenid veranstalteten am Sonntag, den 27. November 1910, in der Brauerei Friedrichshagen eine „Musikfestsitzung“ unter Mitwirkung der Konzert- und Opernsängerin Frau Emmy v. Holstein aus Kopenhagen, Violinkünstlerin Frau Bianca Weder-Samolewowa, Herrn Prof. Otto Weder, Orgel- und Pflügelbegleitung, Chormeister Herr Paul Kurz, Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Mittwoch — abgesehen von einer Reihe kleinerer Vorlagen — zunächst mit dem Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffend Aufhebung der Gemeindebeschlüsse über den Bau einer Zentralmarkthalle an der Ribbuststraße. Entsprechend dem Antrage des Ausschusses beschloß die Versammlung die Aufhebung der früher in dieser Angelegenheit gefassten Beschlüsse und die Einsetzung einer gemischten Deputation zur Prüfung der Frage der Errichtung einer Großmarkthalle. Auch die Sozialdemokraten traten für diese Anträge ein, obwohl sie, wie ihr Fraktionsredner Klid betonte, nicht erkennen, daß das Terrain an der Ribbuststraße wegen seiner zentralen Lage für den Bau der Markthalle geeigneter sei als das in Aussicht genommene Terrain am Neuen Fürstendammweg. Andererseits aber mühten sie zu geben, daß das Terrain an der Ribbuststraße nicht ausreicht. Ueber die Frage der Errichtung einer Großmarkthalle brauche man sich hier den Kopf nicht zu zerbrechen, das werde Sache der Deputation sein. Er müsse aber betonen, daß sich eine Großmarkthalle niemals rentieren werde, wenn nicht auch ein Detailhandel damit verbunden ist.

Eine lange Debatte rief die Beratung der Vorlage über den Erlaß eines Ortsstatuts gegen die Verunstaltung der Ortschaft hervor. Namens der Sozialdemokraten sprach Zietich, der dem Bestreben des Magistrats, der Bauaufsicht und der Geschmackslosigkeit in der Architektur entgegenzutreten, volle Anerkennung zollte. Er erklärte, daß seine Freunde grundsätzlich keine Gegner eines solchen Ortsstatuts sind, daß es aber fraglich sei, ob der beschlossene Entwurf damit erreicht wird. Es komme darauf an, Städtebilder zu schaffen, die den Bedürfnissen der Neuzeit und auch dem Geschmack gerecht werden. Dazu genüge es aber nicht, daß der Wille in der Stadtverwaltung vorhanden ist, sondern auch der Geschmack des Publikums müsse sich anpassen, er wachse aus der Zeit heraus. Vor allem sei notwendig ein gewisses Gemeinempfinden, ein Bewußtsein der Bürger. Auch den könne man nicht durch Ortsstatut schaffen, sondern auch er müsse herauswachsen aus den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Den Sozialdemokraten liege weit mehr als eine Fassadengestaltung in künstlerischer Beziehung ein gesundes Bauen am Herzen, aber davon stehe im Ortsstatut nichts. Wenn der Magistrat wirklich etwas Gutes schaffen wolle, dann würden die Sozialdemokraten gern mit Hand anlegen. — Die Debatte endete mit der Heberweisung der Vorlage an einen Ausschuss, dem als Vertreter der Sozialdemokratie die Genossen Klid und Zietich angehören.

Die Vorlage des Magistrats betreffend die Veräußerung des Dispositionsfonds zur Verwendung minderwertiger Arbeitskräfte gelangte zur Annahme. Auch die Sozialdemokraten stimmten schließlich dafür, obwohl ihr Vertreter Genosse Zietich

eine Reihe von Bedenken gegen diese Art von Sozialpolitik geltend machte. Vor allem betonte der sozialdemokratische Redner, daß es nicht angehe, unter Notstandsarbeiten solche Arbeiten zu verstehen, mit denen die minderwertigen Arbeitskräfte beschäftigt werden. Gegen diesen Begriff der Notstandsarbeiten, wie er sich in der Vorlage des Magistrats finde, müsse er Protest erheben.

Von weiteren Vorlagen, die teils ohne, teils nach unerheblicher Debatte zur Annahme gelangten, seien erwähnt die Vorlagen betreffend Bewilligung einer Beihilfe von 10 000 M. an den Verein Hoffnungstal und betreffend Erweiterung des Rathauses.

Eine Reihe von Anträgen aus der Mitte der Versammlung, darunter ein sozialdemokratischer Antrag betreffend die Errichtung eines Gemeindefriedhofes, werden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Die Charlottenburger Schlächterinnung gegen Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot. In seiner Verantwortung über die Interpellationen betreffend Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischnot hatte der Charlottenburger Magistrat den gemeinsamen Bezug von dänischem Fleisch für die städtischen Arbeiter in Aussicht gestellt. Dieser Beschluß soll jetzt in die Tat umgesetzt werden. Darüber ist die freie Schlächterinnung höchst erobert, die Innungsmitglieder wollen nicht einmal den Verkauf des Fleisches übernehmen. Nach längeren Verhandlungen mit dem Magistrat haben sie den Verkauf dänischen Fleisches an jüdische Arbeiter rundweg abgelehnt und dem Magistrat den schmerzlichen Vorwurf gemacht, daß er dadurch das so „schwer bedrängte“ Schlächtergewerbe schädige, anstatt, wie es seine Pflicht sei, die Schlächter „in dieser uns alle an den Rand der Leistungsfähigkeit bringenden Zeit“ zu unterstützen, damit die Schlächter „als nicht zu wenig Steuern zahlende Bürger nicht ganz lahmgelegt würden“. Weiter hat die Innung „festgestellt“, daß die Konkurrenz schon dafür sorgt, daß die in Charlottenburg fast in jeder Fleischerei verlangten Fleischwaren besser und besserer Qualität schon jetzt mit ganz bescheidenem Verdienste, oft aber sogar mit Verlust abgegeben werden, und schließlich sprechen die Schlächter die Ansicht aus, daß die Maßnahmen des Magistrats das Ansehen ihres Gewerbes schädigen und daß ihnen dadurch das Vertrauen der Ribbürger entzogen wird, sie bitten deshalb, das Fleischergewerbe nicht durch Einrichtung städtischer Fleischverkaufsstellen zu schädigen und zugrunde zu richten.

Es ist einleuchtend, daß alles das, was die Schlächter gegen die Maßnahmen des Magistrats vorbringen, nichts als leere Redensarten sind. Geradezu lächerlich ist es, wenn sie in einer Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung behaupten, daß das dänische Fleisch minderwertig sei und daß der Magistrat es nicht billiger verkaufen könne, als die Schlächter selbst die besseren inländischen Fleischwaren abgeben, wenn der Magistrat nicht auf Kosten der Bürger tausende und abertausende Mark dabei zusehen will. Wenn es in der Eingabe weiter heißt, daß in vielen anderen Städten das Ruhlose eines solchen Unternehmens städtischerseits schon festgestellt und wieder davon Abstand genommen ist, so beweisen die Innungsmeister damit, daß sie von den wirklichen Verhältnissen keine Ahnung haben. Gerade da, wo sich städtische Verbände zur Linderung der Fleischnot emporgeschwungen haben, sind die Schlächter bald gezwungen worden, mit den Preisen herunterzugehen, und den Vorteil hatte naturgemäß die Bevölkerung. Die Charlottenburger Schlächterinnung unterstützt durch ihren Protest lediglich den Fleischwucher und gießt den Agariern Wasser auf ihre Mühle.

In eine recht eigenartige Lage kommt dadurch, nebenbei bemerkt, die liberale Fraktion, die bei der Besprechung der Interpellation über die Fleischnot sich vor wech wie vollstrenndlich geäußert und nun zu ihrem Schmerz sehen muß, daß der erste Unterzeichner der Petition der Schlächterinnung, Herr Gottlieb Pasche, Obermeister und neugewählter Stadtverordneter ist, der von den Liberalen als Kandidat auf den Stuhl erhoben wurde. Für diesen Mann haben auf Veranlassung der Liberalen die unteren Beamten Charlottenburgs gestimmt. Vielleicht sehen die Wähler nun ein, was für eine Dummheit sie gemacht haben.

300 000 Einwohner hat Charlottenburg am 23. November nach der Fortschreibung des statistischen Amtes erreicht. Im Jahre 1875 war es eine Mittelstadt mit 25 000 Einwohnern, 1894 wurde das erste Hunderttausend überschritten, bereits acht Jahre später hatte sich die Einwohnerzahl verdoppelt und wieder nach acht Jahren ist nunmehr das dritte Hunderttausend erreicht. Charlottenburg steht nach Einwohnerzahl jetzt an zwölfter Stelle unter den deutschen Großstädten.

Die Mitglieder des Magistrats haben dem „Jubiläumsgärtner“ ein Geschenk in Gestalt eines Sparbuchs überreicht, das dem Vater des Reugeborenen mit Glückwünschen übergeben ist.

Schöneberg.

Der Vortrag über Einführung in die moderne Gesellschaftslehre findet nicht, wie gestern mitgeteilt wurde, Donnerstag, sondern am heutigen Freitag abends 8 1/2 Uhr bei Großer, Martin-Lutherstraße 51 statt.

Der erste Volkunterhaltungabend der Stadt Schöneberg ist diesmal der Kammermusik gewidmet und findet Sonntag, den 27. November, abends 7 Uhr, in der Aula der Hohenollerndule, Belgierstraße, Ecke Eisenacher Straße, statt. Dilette zum Preise von 30 Pf. sind bis Sonnabend abend in der Expedition, Martin-Luther-Str. 51, zu haben.

Rixdorf.

Das Vorgehen der Polizei gegen die Freie Turnerschaft Rixdorf wird charakterisiert sich immer mehr als eine fanlose Draufgängererei, die um so sonderbarer wirken muß, wenn sie im Auftrage der Regierung vor sich geht. Vorgehen abend war, wie uns berichtet wird, in dem Fabrikgebäude von Laborenz, Anseledstraße, eine fliegende Polizeiwache untergebracht, um das Turnen der zweiten Schülerabteilung des genannten Vereins im Lokale des Fests, Anseledstraße, mit Gewalt zu verhindern. Das Turnen fiel aus, dafür fand eine Märchenvorlesung für Kinder und deren Eltern statt. Die Sache hatte gerade begonnen, als die Kriminalpolizei, bestehend aus neun Mann, gefolgt von einem Polizeileutnant und einem Schuttmann, den Saal betrat. Der Leiter der Versammlung machte darauf aufmerksam, daß es sich um eine private Veranstaltung handele, zu der die Polizei keinen Zutritt habe, er forderte daher die Polizisten auf, den Saal zu verlassen. Dies taten die Führer des Festes nicht. Sie verlangten vielmehr, daß ihnen der Name eines Turnleiters angegeben werde. Es erfolgte die Antwort, daß es ja kein Turnabend sei, sondern eine Märchenvorlesung. Darauf wurde der Leiter der Versammlung notiert und die Kinder aufgefordert, den Saal zu verlassen. Die mitgelommenen Eltern weigerten sich, darauf wurde der Saal mit Gewalt geräumt und einzelne Frauen und Männer, die mit ihren Kindern nicht gehen wollten, verhaftet. Bis nach 8 Uhr belagerte noch ein Polizeiaufgebot von neun Schuttmann das Lokal, damit niemand mit Kindern mehr in den Saal gelangen sollte. Selbst Beurlaubung wurde das Betreten des Lokals nicht gestattet. Angeblich weil es sich um eine politische Versammlung handele, wie der Nachtmeister erklärte. Erst der Reklamation des Versammlungsleiters gelang es, auch den Lehrlingen Eintritt zum Saal zu verschaffen.

Seinen Wochensohn in Höhe von 24 M. mit braunem ledernen Portemonnaie verloren hat am Sonnabend, den 19. November, auf dem Wege vom Hermannsplatz bis zur Sanderstraße ein hiesiger Arbeiter. In dem Portemonnaie befand sich außerdem noch eine Photographie mit Namen. Der ehrliche Finder wird gebeten, das Verlorene bei Arnold, Pfälzerstr. 6 III, abzugeben.

Wilmerdorf-Galensee.

Der Gesangsverein „Wilmerdorfer Männerchor“ veranstaltet am Sonnabend abend 8 1/2 Uhr, im Victoriagarten, Wilhelmstraße 115, ein Konzert mit künstlerischem Programm. Es wird auch auf zahlreichen Besuch der Genossen gerechnet.

Mummelsburg.

Die Gemeindevertretung hatte in ihrer Sitzung am letzten Mittwoch zunächst die Wahl von zwei Kreisratsabgeordneten vorzunehmen. Gewählt wurden zwei Vertreter des Vorgänger-Grundbesitzervereins, die Gemeindevertreter Bettrid und Schröder; unser Vertreter Jahn blieb mit 10 Stimmen in der Minderheit. Unsere Genossen hatten bei der diesmaligen Wahl der Kreisratsabgeordneten mit einer gewissen Bestimmtheit erwartet, daß schon die reine Anstandsplatz die bürgerlichen Vertreter veranlassen würde, bei einer Zahl von fünf Kreisratsabgeordneten, welche die Gemeinde zu wählen hat, nun auch einen Vertreter der Sozialdemokratie, die nach dem Resultat der letzten Reichstagswahl allein drei Viertel der ganzen Bevölkerung ausmacht — mit wählen würden! — In dieser Ansicht wurden unsere Vertreter noch bestärkt, als in einer vertraulichen Gemeindevertreterung, in welcher die Kreisratswahlen vom Bürgermeister zur Sprache gebracht worden waren — auf ein solches Verlangen unserer Vertreter — von seiner Seite dagegen Erwähnungen erhoben wurden. Unser Vertreter wäre auch höchstwahrscheinlich gewählt worden, wenn nicht noch in letzter Stunde der Gemeindevertreter Carlmann, der sich ärgerlich und im persönlichen Verlebe sich als ein ganz besonderer Arbeiter- und Sozialistenfreund aufspielt — im Vunde mit dem neu erkorenen Führer der Vorgänger-Grundbesitzer, Gemeindevertreter Bettrid, ihre treuen Schäflein hätten zusammengetrommelt. Sie wollten unter allen Umständen die Helden sein, die dafür geortet haben, daß die feilliche Eintracht im Niederbarnimer Kreisrat durch seinen Sozialdemokraten eine unliebbare Störung erfährt. Unsere Vertreter werden aber nicht unterlassen, bei gegebener Gelegenheit dieses beschämende Verhalten der bürgerlichen Vertreter in gebührender Weise zu kennzeichnen und auch ihre Taktik in Zukunft danach zu richten wissen. Hieran wurden für jede Hilfe bei der Volksabstimmung 5 M. als Entschädigung bewilligt. In das Krankenhausatorium wurde der befohdete Schöpfe Moser gewählt. In der folgenden nichtöffentlichen Sitzung fand die Anstellung des Klassenassistenten Freidank auf Lebenszeit statt. Gegen die Stimmen unserer Vertreter wurde beschlossen, bei der Mummelsburger Gemeindeparkasse eine Anleihe in Höhe von 445 000 M. zu einem Zinssatz von 3 1/2 Proz. aufzunehmen. Unsere Vertreter stimmten dagegen, weil bei dem Zinssatz von 3 1/2 Proz. die Sparkasse kaum ihre eigenen Unkosten deckt und im übrigen selbst noch mit Unterbilanz arbeitet.

Straßen.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Festsetzung des Fremdenschulgeldes. Der Gemeindevorstand schlug vor 6 M. Schulgeld pro Schüler und Monat zu erheben. Die Zahl der Ausländer am Orte ist in letzter Zeit erheblich gestiegen. Insbesondere hat die hiesige Jute-Spinnerei eine große Anzahl Tischen herbeigeführt. Die Zahl der fremdsprachigen Schüler beträgt bereits 55, welche auf die einzelnen Klassen verteilt sind. Der Unterricht wird hierdurch ungünstig beeinflusst und der Erfolg desselben in Frage gestellt. Es soll daher für diese Kinder eine besondere Klasse eingerichtet werden, wodurch die Anstellung einer weiteren Lehrkraft notwendig wird. Von verschiedenen Rednern wurde der Satz von 6 M. für zu hoch erklärt. Unser Genosse wies darauf hin, daß hauptsächlich Arbeiter mit niedrigem Einkommen in Frage kämen, die gar nicht in der Lage seien, für 3 bis 4 Kinder das Schulgeld zu zahlen. Die Arbeiter würden dadurch gezwungen, nach ganz kurzer Zeit den Ort wieder zu verlassen. Die Jute-Spinnerei müsse zu den Kosten herangezogen und dadurch das Schulgeld ermäßigt werden. Der Redner gab ferner dem Wunsch Ausdruck, daß die Einrichtung der geplanten Klasse beschleunigt werde. Nachdem Herr Hoffmann erklärt hatte, die Firma sei bereit, zu den Kosten beizutragen, wurde der Gemeindevorstand ersucht, Verhandlungen mit der Firma anzubahnen. Darauf wurde die Angelegenheit vertagt. Eine Schifferkinderkassette soll auch in diesem Winter wieder eingerichtet werden. Die Zahl der Schüler beträgt 12 gegen 35 und 40 Schüler in den Vorjahren.

Lichtenrade.

Am Sonnabend, den 26. November, feiert der Arbeiter-Radfahrer-Verein Lichtenrade im Wirtschaftshaus Lichtenrade (H. Deter), am Rohnhof, sein erstes Stiftungsfest. Die Genossen werden gebeten, da der Verein stets für unsere Bestrebungen tätig ist, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Berlin.

Am Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, veranstaltet der Arbeitergesangsverein „Freiheit“ im Gymnasium ein Konzert mit darauffolgendem Tanz. Da sich der betreffende Verein bei Parteiveranstaltungen bereitwillig zur Verfügung stellt, werden die Parteigenossen ersucht, sich recht rege daran zu beteiligen. Programm 20 Pf.

Kunstlicher Marktbericht: der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktfrage: Fleisch: Juhuh stark, Geschäft etwas reger, Preise für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Juhuh reichlich, Geschäft lebhaft, Preise fast unverändert. Geflügel: Juhuh reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise etwas gedrückt. Fisch: Juhuh reichlich, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Juhuh genügend, Geschäft sehr stark, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 24. November 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Temperatur (Grad C)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur (Grad C)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur (Grad C)
Strombe	767 990	4 wolkig	4	Kaplan	774 9	2 Nebel	—	5	
Damburg	769 990	2 bedeckt	1	Petersburg	771 090	2 bedeckt	—	2	
Berlin	767 9	2 wolkig	0	Schw.	759 890	Nebel	10		
Frankf. a. M.	769 990	1 moffen	—	Berstem	762 890	4 Regen	8		
München	769 990	2 wolkig	—	Wien	764 090	1 bedeckt	1		
Wien	762 990	5 halb bed.	—						

Wetterprognose für Freitag, den 25. November 1910. Teilweise heiter, aber veränderlich mit leichten Schneefällen und stellenweise nördwestlichen Winden; Temperatur in der Höhe des Gefrierpunktes. Berliner Wetterbureau.

Jugendveranstaltungen.

Steglich und Umgebung. Am Sonnabend, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, ereignet die „Freie Jugendorganisation Steglich und Umgebung“ ihr erstes Stiftungsfest im „Reichshof“, Friedenau, Alteisenstr. 60. Für den künstlerischen Teil des Abends sind folgende Künstler genannt: Finken Ulla King (Soprano), Herr Wilhelm Speer (Klarinettist), Herr Rudolf Tobias (am Klavier) und das Volkstheaterensemble des Herrn Koller. Die Festrede hat der Reichstagsabgeordnete Paul G. S. H. übernommen. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 30 Pf., für Jugendliche 20 Pf. Nach Beendigung des Programms großer Ball.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist toeben das 8. Heft des 24. Bandes erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Burkhart Giel. — David Mendos Steuerreform. Von R. Kaufmann. — Der Weg der Reaktion. Von Wilhelm Döbel. — Der moderne Nationalismus in England. Von W. Weber. — Die Eisenbahnindustrie und ihre Arbeiter. Von J. K. K. — Neue Bücher über Genossenschaftswesen. Von S. Feiler. — Literarische Rundschau: David Teich, Marullo und Berlin. Von K. K. — Notizen: Eine neue Aufgabe im Klassenkampf. Von P. K. K. K. — Briefwechsel.